

Vorpost

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich: 2 Mark,
 für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Rollen-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Bezeich-
 nung und Veranlassung-Angaben 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgege-
 ben werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Emil IV. Nr. 1984.

Freitag, den 9. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Emil IV. Nr. 1984.

Der ungarische Konflikt.

Man schreibt uns aus Wien:

Der Bruch zwischen der Krone und der ungarischen Koalition ist nun besiegelt: Die Mission des Grafen Andrássy ist völlig ergebnislos geblieben und an eine Wiederaufnahme der am Sonntag abgebrochenen Verhandlungen ist nicht mehr zu denken. Die Verhältnisse in Ungarn, die ja ohnedies, infolge des nun ein volles Jahr währenden Regierens ohne Parlament, sehr schwierige geworden sind, werden jetzt bald einen sehr ernsten Charakter annehmen. Als nächste Folge des nun mit aller Schärfe deklarierten Konfliktes ist die Ostroyierung der Handelsverträge zu erwarten und die Auflösung des Abgeordnetenhauses ohne Ausschreibung der Neuwahlen wird bald folgen. Der kritische Termin ist hier der 1. März, bis zu welchem Lage der Reichstag vertagt ist. Da eine weitere Vertagung — es wäre die vierte des erst ein Jahr alten Reichstages — nicht mehr durchzuführen ist, vielmehr die größte Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß die Abgeordneten dem Vertagungsrestrikt nicht Folge leisten, sondern zur weiteren „Tagung“ beisammen bleiben, so bleibt der Krone keine andere Wahl als die Auflösung. Da aber Neuwahlen einen, vom Standpunkt des Dualismus betrachtet, nur noch ärgeren Reichstag ergeben würden, so werden sie eben, vorläufig heißt es, aber es kann recht lange dauern, unterbleiben. Der heutige Konflikt zwischen Habsburg und Ungarn wird keinen so blutigen Verlauf nehmen wie 1849, dazu verbleibt er zu sehr in der Sphäre der parlamentarischen Proteste; aber die Ähnlichkeit mit der Situation, die mit dem Dualismus abgeschlossen schien, springt in die Augen.

Der Konflikt zwischen Krone und Reichstag besteht im Wesen darin, daß die Krone an dem gegenwärtigen Rechtszustand, welcher trotz aller Abbröckelungen und Anzweiflungen doch der Dualismus ist, festhält und von ihm nichts Kennenwertes abspalten lassen will, wogegen die neue Mehrheit des ungarischen Parlaments die Aufhebung dieses Rechtszustandes, die Beseitigung des Dualismus zum Programme hat und von diesem Programme — wie eigentlich natürlich — sofort, bei ihrem Amtsantritt also, „etwas“ realisieren wollte. Ursprünglich sollte eine nationalmilitärische Erörterung erfolgen, daß nun eine große, die antidualistische Mehrheit, die Zügel führt: die Koalition machte die Bewilligung der magyarischen Kommandosprache (für die ungarischen Truppen des gemeinsamen Heeres) zur Bedingung für ihre Uebernahme der Regierung. Diese Forderung hat der alte Kaiser, als mit dem Bestande einer einheitlichen Armee unvereinbar, mit solcher Entschiedenheit abgelehnt, daß sich die Koalition entschlossen hat, sie zu verändern. Nach dem Vorschlag, den Graf Andrássy (es ist der Sohn des ehemaligen Ministers des Aeußeren, der mit Bismarck das Bündnis abschloß, und das Haupt der Koalitionsmehrheit) im Namen der Koalition nach Wien gebracht hat, sollte zwar die zu bildende Koalitionsregierung ermächtigt werden, ausdrücklich zu erklären, daß sie ihr Programm in vollem Umfange „aufrecht halte“, die Forderung selbst aber sollte suspendiert werden, bis eine Wahlreform „auf breiterer Grundlage“ durchgeführt und die „Nation“ (wie man hier seit altersher die schwache Schicht der Wähler nennt) darüber „befragt“ worden ist. Die Entscheidung der magyarischen Wähler ist natürlich tote Gewissheit: daß ihnen der magyarische Chauvinismus auf irgend einem Punkt zu weit gehen könnte, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Daß sich die Krone, die in der Einheitlichkeit der Armee, in dem der parlamentarischen Einwirkung entzogenen kaiserlichen Befehlshaberrecht den letzten Stützpunkt der Großmacht, das letzte Bollwerk ihrer Gewalt über Ungarn erkennt, auf das Glatteis jenes einigermaßen jesuitisch konstruierten Plebiszits nicht laden ließ und die Andrássyschen Vorschläge rundweg ablehnte, ist also nicht merkwürdig. Auch nicht überraschend; daß hätten sich besonnene Leute selbst sagen können.

Doch die sogenannten Majestätsrechte in Sachen der Armee werden außer Habsburg selbst wenig Menschen am Herzen liegen; insbesondere für Oesterreich beruht das Wesen dieser Frage nicht darin, daß die einheitliche Armee erhalten bleibe, sondern darin, daß die Kosten dieser Armee gerechter, also ganz anders verteilt werden als es jetzt der Fall ist. Wichtiger und einer internationalen Bedeutung nicht entbehrend ist der zweite Vorschlag, den die Koalition der Krone unterbreitete, richtiger: die zweite Bedingung, die sie für die Uebernahme der Regierung stellte. Die Koalition wollte nämlich die unmittelbaren „Erfolge“, die ihr auf militärischem Gebiete versagt sind, auf wirtschaftlichem erzwingen. Und das durch folgenden ganz kuriosen Plan: Wie sattsam bekannt, ist Oesterreich-Ungarn, obwohl im Innern aus zwei ganz selbständigen, nur durch das Band des gemeinsamen Monarchen verknüpften Staaten bestehend, gegenüber dem Ausland eine Einheit: eine völkerrechtliche, indem sie eine einheitliche Vertretung (Diplomatie und Heer) besitzt, und eine wirtschaftliche Einheit, indem sie ein einheitliches Zollgebiet, mit einem Zolltarif und mit gemeinsamen Handelsverträgen vor sich. Die Forderung der Koalition geht nun dahin, daß dieser Zustand materiell aufrecht bleibe, formell aber völlig verändert werde. Und zwar so, daß Oesterreich und Ungarn fürder beim Zoll- und Handelsbündnis sich abschließen, also keine Union bilden,

sondern die Zollfreiheit nur mittels eines Handelsvertrages beginnen (was übrigens schon in Hinsicht der Meistbegünstigung eine unmögliche Sache ist); ferner: daß der österreichisch-ungarische Zolltarif materiell zwar in identische, aber formell von einander ganz unabhängige eigene Zolltarife (einen österreichischen und einen ungarischen) gespalten werden sollte; und daß schließlich die internationalen Handelsverträge nicht mehr von Oesterreich-Ungarn und mit dem einheitlichen Staate, sondern separat von Oesterreich und von Ungarn und mit jedem gesondert abgeschlossen werden sollen. Der Form nach wäre also die wirtschaftliche Gemeinsamkeit sofort aufgehoben worden, dem Inhalt nach erst, wenn die jetzt abzuschließenden Verträge abgelaufen sein werden, also in den Jahren 1915—1917. Nun ist natürlich Ungarn, wirtschaftlich betrachtet, ein freier Staat und niemand kann ihn verpflichten, mit Oesterreich eine Union zu schließen und sich mit Oesterreich zu einer internationalen Einheit zu verbinden; die wirtschaftliche Gemeinsamkeit erwächst nicht aus der Verfassung, sondern beruht nur auf Verträgen, ist also lediglich ein Ergebnis des freien Willens beider Staaten. Dem entgegen steht aber, daß darüber von früheren ungarischen Regierungen mit dem Auslande rechtsgültige Verabredungen eingegangen worden sind und internationale Vereinbarungen gemeinsin von einem Befehl im Innern nicht berührt zu werden pflegen. Das Zoll- und Handelsbündnis und der gemeinsame Zolltarif ist mit Oesterreich von der Regierung Szell vereinbart worden, der Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich und mit Italien von der Regierung Tisza; und diese Verabredungen sind im Reichstate schon beschlossene Sache; es ist also eine zum mindesten ungewöhnliche Forderung, daß ganz Europa die Vereinbarung mit Oesterreich-Ungarn wünschen soll, weil die ungarische Koalition einen (nach der Sachlage: rein dekorativen) Erfolg braucht. So ist im deutschen Reichstag der Vertrag schon kodifiziert, in Oesterreich der Zolltarif und der Vertrag mit Deutschland beschlossen, und überall, wenn auch nicht kundgemacht, doch wie eine erledigte Sache erachtet. Entscheidend ist freilich dabei, daß die Koalitionsherren von dem gemeinsamen Monarchen Dinge begehren, die ihm gar nicht gehören, über die nicht die Krone, sondern das österreichische Parlament entscheidet, also Forderungen stellen, die im Schlußeffekt auf eine Leugnung der staatlichen Existenz Oesterreichs hinauslaufen. Denn neben der formellen Aufhebung der Zollfreiheit will man auch die Beseitigung der gemeinsamen Notenbank vornehmen, der überdies die Aufnahme der Barzahlungen durch diese aufgehobene Bank vorangehen soll: durchaus Dinge, die kein Kronbefehl sind, sondern über die ausschließlich die österreichische Regierung, also neben der Krone der österreichische Reichsrat entscheidet und über die mit der Krone zu „verhandeln“ direkt eine Annäherung ist. Es ist nicht überraschend, daß der Ablehnung dieser Forderungen von der gesamten österreichischen Öffentlichkeit zugestimmt wird.

Aber was nun? Die Handelsverträge, die dringendste Sorge, wird man freilich ohne Parlament in Geltung setzen; sie müssen eben am 1. März in Kraft treten. Das wird so geschehen, daß sie in Oesterreich, wo sie im Reichsrat beschlossen sind, als Gesetz verkündet werden, in Ungarn aber „Rechtskraft“ durch eine Weisung an die Zollämter erhalten sollen; den Abschluß wird die Krone auf ihre Verantwortung unterzeichnen. Die verfassungsmäßige Form wird also in Ungarn einfach in die Luft gesprengt; die Dinge sind eben stärker als die Formen. Und sonst wird man weiter so wirtschaften, wie man eben ohne Parlament wirtschaften kann, wobei wohl direkt verfassungswidrige Sachen — wie etwa die Erhebung von Steuern und die Aushebung von Rekruten — ohne parlamentarische Bewilligung, so lange es geht, vernommen werden sollen. Daß man auch einen Staat nicht zur Liebe, also Ungarn nicht zum Dualismus zwingen kann, ist selbstverständlich, und so kann man das Ende der Habsburgischen Monarchie in der heutigen Form schon jetzt für einen bestimmten Zeitpunkt voraussagen: länger als die internationalen Bindungen, länger als bis zum Jahre 1915 wird die heutige Gestalt des Doppelstaates nicht vorhalten. Nur werden die künftige Gestalt nicht mehr die Privilegienparlamente bestimmen, sondern ernste und echte Volksvertretungen. Wenn der Hurrapatriotismus in Oesterreich, wenn der öde Chauvinismus der Magnatenoligarchie in Ungarn durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht ausgerottet sein wird, dann erst werden beide Staaten die ihrer Entwicklung und ihren Bedürfnissen gemäße Form ihres Neben- und Miteinanderlebens finden. So steht die Lösung der dualistischen Krise in beiden Staaten als erste Notwendigkeit die Wahlreform voraus.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Februar.

Arbeiterterrorismus — Arbeiterschutz.

Die Beratung des Etats des Reichsanwesens des Innern gibt der Sozialdemokratie die Möglichkeit, im Interesse des Arbeiterschutzes immer von neuem die Forderungen zu stellen, deren Erfüllung Regierung und herrschende Parteien verweigern. Um sich die Verweigerung zu erleichtern, fabulieren sie von

allerhand sozialdemokratischen Schandthaten, die es ihnen verbieten, sozialpolitische Reformen zu unternehmen. Mit anderen Worten heißt das: Weil die Arbeiter sozialdemokratisch denken und immer zahlreicher sozialdemokratisch wählen, verweigern wir ihnen den Schutz der Gesetzgebung. Wie brüchig und unwahr dieser Trost ist, wird allein schon durch das bekannte Wort Bismarcks bestätigt, daß es ohne die Sozialdemokratie das bisherige Arbeiterschutz nicht gäbe, das so oft überschwenglich als mustergültige Sozialreform gepriesen wird.

Kuengerst plump wurde dieser bürgerliche Standpunkt der herrschenden Parteien durch den nationalliberalen Abgeordneten Lehmann heute vertreten. Wenn ein Bourgeois händchen, das 2 Monate zu früh auf die Welt gekommen ist, in seiner Seele scharfmacherische Schwüngen verspürt, aber seine Gedanken nicht organisch regeln kann, dann muß der Wirtswort gedankenverwirrter Rederei hochkomisch wirken. Mit solcher Komik erheiterte Lehmann das Haus, besonders aber die Sozialdemokraten, die mit Vergnügen den überbügten Phantasten zuhörten. Nach Lehmann plädierte Schack (Antisemit) für die Protektion der christlich-sozialen Gewerkschaften, die den Lindwurm Sozialdemokratie umbringen sollen, wenn es den Scharfmachern nicht gelingt. Die Liebesmüh beider wird wohl vergeblich sein, die Lebenskraft der Sozialdemokratie ist unverwundlich, während die politischen Eintagsfliegen ihr kurzes parlamentarisches Dasein durch eifriges Redegemischel nicht verlängern können.

Der Abgeordnete Pauli-Potsdam hatte noch einige Mittelstandschwärmenden auszukramen, die jedoch die für den Mittelstand schwärmenden Abgeordneten aus dem Saale trieben — die Zeit ist vorbei für solche wahlagitatorische Plumpsackpolitik.

Recht überflüssigerweise trat der Abgeordnete Eichhoff für die reaktionären Mäpseleien seines „Freundes“ Rugdan ein. Vergleichen professorale Vorlesungen können Rugdan nicht von seiner Waffenbrüderschaft mit den Sträßer, Oldenburg und so weiter freisprechen. Der politische Eingänger, Herr v. Gerlach, reizte die Agrarier durch die Forderung gleichen Koalitionsrechtes für die Landarbeiter, damit diese durch Organisierung wenigstens etwas von dem Eringen könnten, was den Agrariern durch den Zolltarif zugeschanzt worden sei. Natürlich wird die Geinbeordnung weiter dafür sorgen, daß den Junkern kein Heller zugunsten „ihrer“ Arbeiter streitig gemacht werden kann.

Den Rest der Sitzung nutzte unser Genosse Sachse zu einer mehr als zweistündigen Rede aus, um gegenüber der Anschuldigung des „sozialdemokratischen Arbeiterterrorismus“ mit einer Fülle von Beweisen von der Terrorisierung der Arbeiter, speziell der sozialdemokratischen, durch Unternehmer, bürgerliche Parteien und durch die Polizei aufzuwarten. Sachse betonte jedoch, daß — wenn irgend eine unzulässige Einwirkung auf Andersdenkende von einzelnen organisierten Arbeitern geschehe — dies von der Sozialdemokratie nicht gebilligt werde. Bei ihrer bekannten Verfolgungssucht gegenüber der Sozialdemokratie täten die bürgerlichen Parteien besser, die Anschuldigung des Terrorismus zu unterlassen, denn vor ihrer eigenen Tür liegen Haufen solchen Unrats.

Die Beratung wurde vertagt.

Grubenproben.

Die Besprechung der Zentrumsinterpellation über das Unglück auf der Kohlengrube „Borussia“ bei Dortmund gab den zahlreichen Vertretern des Grubenkapitals, die neben den Junkern eine besondere Zierde des Dreiklassenparlaments bilden, wieder einmal Gelegenheit, ihre arbeiterfeindliche Gesinnung zu offenbaren.

Der Renommierarbeiter des Zentrums, Abg. Brust, begründete die Interpellation in ruhiger Weise; er war offenbar ängstlich bemüht, auf der einen Seite den Anschein zu erwecken, als nehme er die Interessen der Arbeiter wahr, auf der anderen Seite aber auch bei den Arbeitgebern nicht Anstoß zu erregen. Nicht einmal eine gründliche Reform der Grubeninspektion, die Beseitigung der jetzigen Aufsichtsbearbeiter durch Arbeiterkontrollure wagte er zu fordern, er begnügte sich vielmehr mit der Anregung, Kontrollure aus dem Arbeiterstande zur Beaufsichtigung ergänzend hinzuzuziehen und auf den fiskalischen Gruben einen Anfang damit zu machen. Aber selbst dieser bescheidene Wunsch ging den Grubenproben schon gegen den Strich.

Der neue Handelsminister Delbrück, der Nachfolger des langen Möller, konnte die guten Erfahrungen, die in England mit Grubenkontrolluren gemacht sind, nicht bestreiten, er würde auch, wenn er Grubenvorstand wäre, sie bei einer gefährlichen Grube unter allen Umständen einführen. Leider ist Herr Delbrück nicht Grubenvorstand, sondern nur Chef der preussischen Bergverwaltung, und in dieser Eigenschaft muß er, um es mit den Grubenbaronen nicht zu verderben, seine persönliche Meinung der der mächtigen Kapitalisten unterordnen. So erklärte er es denn für bedenklich, die Grubenkontrollure gesetzlich für den ganzen Staat einzuführen! Und warum? Weil für ihre Wahl politische Erwägungen maßgebend seien! Wie oft haben wir dies Lied nun schon in den verschiedensten Tonarten gehört! Man fürchtet, daß einmal auch ein — Sozialdemokrat mit der Grubenkontrolle beauftragt werden könnte, und um diese Gefahr abzuwenden, beschließt man lieber auf eine durchaus notwendige Reform. Was tut es, wenn weiter Jahr aus Jahr ein Tausende von Bergarbeitern auf dem Schlachtfeld der Arbeit bleiben!

Zur Sache selbst konnte der Minister nicht viel sagen, da die Unterjochung noch nicht abgeschlossen ist. Soviel aber sieht schon jetzt fest, daß auf der Seite „Russia“ manche Sicherheitsvorrichtungen unterblieben sind. Man hat auch schon einen Beamten, den man als Sündenbock in die Wüste jagen will. Aber dabei wird es bleiben, vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Unfälle für die Zukunft werden nicht getroffen werden.

Die Vertreter des Grubenkapitals, die Silber, von Eynern und Genossen benutzten — wie gesagt — die Gelegenheit, um die Interessen des Grubenkapitals zu vertreten. Herr Silber sträubt sich mit Händen und Füßen gegen die Grubenkontrollen aus der Arbeiterklasse, er hat auch die Stirn, die statistisch nachgewiesene Zunahme der Zahl der Unfälle hinwegzuleugnen. Noch ärger treibt es sein Freund v. Eynern, der die Presse für alle Sünden verantwortlich macht und von der Regierung verlangt, daß sie jedesmal, wenn die arbeiterfreundliche Presse Mitteilungen über Vergarbeiter- oder Grubenverhältnisse bringt, mit einem offiziellen Dementi bei der Hand ist. Auf diese Weise will Herr v. Eynern das Vertrauen der Vergarbeiter zu den Grubenbesitzern wieder herstellen. Glaubt er wirklich, daß mit dieser Vogel-Sträub-Politik etwas erreicht wird? Glaubt er wirklich, daß die öffentliche Meinung sich so leicht irreführbar läßt? Für so naiv halten wir ihn nicht, er will lediglich verhindern, daß in Zukunft bei ähnlichen Unfällen — wie z. B. beim letzten Vergarbeiterstreik — die öffentliche Meinung sich auf Seiten der Arbeiter stellt.

Wie wir voraussetzten, ist bei der Debatte auch nicht das Geringste herausgekommen. Unsere Genossen im Reichstage werden am Sonnabend das, was das Dreiklassenparlament verabsäumt hat, nachholen.

Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt. Zur Beratung steht dann der Vergebot und der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Inzwischen soll die Schulkommission die Verfassung der Volksschule vorbereiten.

Das sächsische Versammlungsrecht vor dem Landtage.

Dresden, 7. Februar. (Fig. Ver.)

In der Zweiten Kammer des Landtages wurde heute folgende vom sozialdemokratischen Abgeordneten Goldstein eingebrachte Interpellation verhandelt:

Die für die Tage des 21., 22. und 23. Januar d. J. in vielen Orten Sachsens einberufenen Volksversammlungen, die sich mit dem Thema: „Wahlrechts- und Verfassungskämpfe der Gegenwart“ befassen sollten, sind, bis auf einige, sämtlich auf Grund der §§ 5 und 12 des Gesetzes vom 22. November 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betraf, verboten worden. Die Gleichzeitigkeit der Verbote und die Uebereinstimmung ihrer Begründungen lassen auf eine von der Staatsregierung ergangene allgemeine Anweisung schließen. — Da eine solche, die öffentliche Erörterung der Grundrechte des Volkes gefährdende Maßregel weite Kreise der Staatsbürger in große Erregung versetzt hat, richtet der Unterzeichnete folgende Anfragen an die Staatsregierung: 1. Hat die Regierung eine solche allgemeine Verfügung erlassen? 2. Verabfolgt sie, derartige Erörterungen in Versammlungen ferner zu hindern?

Obwohl die Interpellation ganz plötzlich und unerwartet auf die Tagesordnung gesetzt worden war, hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Die Tribünen waren dicht besetzt. Goldstein begründete seine Anfragen zunächst in einer kurzen treffenden Rede, in der er mit Nachdruck betonte, daß diese in Sachsen mit wenig Ausnahmen verhängten Verbote eine schwere und völlig unbegründete Einschränkung des so schon geringen Versammlungsrechtes in Sachsen bedeuteten. Die Behörden hätten engherzig und unnötig ängstlich gehandelt, als sie aus Furcht vor Demonstrationen und um eine „Beherrschung der russischen Revolution“ zu hindern — zu dieser Maßregel griffen. Die Gleichzeitigkeit der Verbote lasse auf eine generelle Anweisung der Regierung an die Behörde schließen.

Minister v. Meißner antwortete, daß die Regierung nach Lage der Sache „zweifellos“ (!) zu einem allgemeinen Versammlungsverbot berechtigt gewesen wäre; sie habe ein solches aber nicht erlassen, sondern die Polizeibehörden „nur“ auf die geplanten Kundgebungen und den „gedachten“ Aufruf (den des Internationalen Bureau der Sozialdemokratie) „hingewiesen“. Die „künftige Zulassung“ derartiger Versammlungen werde „von den Verhältnissen des einzelnen Falles abhängig“ sein. — So die Antwort des Ministers. Er hat die Behörden „hingewiesen“, die Versammlungen aber nicht generell verboten! Das ist nach sächsischer Polizeipraxis natürlich genau das selbe. Der Wink wurde dann auch ganz richtig verstanden. Man verbot weit über hundert Versammlungen! Nur zwei oder drei Bürgermeister kleiner Provinzstädte hatten den „Hinweis“ nicht recht verstanden. Dort durften die Versammlungen abgehalten werden, und siehe da — es kam nicht das geringste vor! Auch sonst zeigt die Antwort des Herrn v. Meißner, daß der Polizeistaat in Sachsen noch mehr als bisher etabliert sein soll; ob man in Zukunft solche Versammlungen gnädigst gestattet, hängt ganz von der Behörde ab.

Bei der Besprechung der Interpellation ging es zum Teil recht lebhaft, fast stürmisch her. Einmal drohte der nationalliberale Vizepräsident Dr. Schill sogar mit Räumung der Tribünen, weil von dort dem Abg. Goldstein laut zugestimmt wurde. Auch der freisinnige Abg. Günther sand verhältnismäßig scharfe Worte der Verurteilung des Vorgehens der Regierung. Der ministerielle „Hinweis“ sei eben das generelle Versammlungsverbot, darüber gäbe es keinen Zweifel. Sachsen sei kein Rechtsstaat mehr, das hier gab es System sei Bewußtsein und Metternichscher Art. — Die konservativen und nationalliberalen Redner waren natürlich ein Herz und eine Seele in der Zustimmung zu dem Meißnerschen Verfahren. In großer Entrüstung geriet diese kompakte Mehrheit des Hauses, als Goldstein treffend darauf hinwies, daß die russische Revolution größere Bedeutung für den Kulturfortschritt habe als der Krieg 1870/71. — Belustigend fast wickelte es, als dann Minister v. Meißner, fast gereizt, erklärte: daß Sachsen kein Rechtsstaat sei, wäre — durch nichts bewiesen. Der Mann hat vollkommen recht. Was hat die zeitweise Aufschaltung des Versammlungsrechtes mit dem Rechtsstaat zu tun? Das sind ja nur „Präventivmaßregeln“, wie er sich ausdrückte. Auch von polizeilicher Bevormundung könne keine Rede sein. Natürlich nicht. Hat dieser „leitende Staatsmann“ eine Ahnung! Besonders in die Krone schien ihm auch gefahren zu sein, daß Goldstein unter dem Verfall der Tribünenbesitzer konstatierte, weite Kreise des Volkes erwarten ungeduldig den Abgang des Herrn v. Meißner.

Ueber die Reform des Wahlrechts ließ sich der Minister nicht aussholen. Er erwiderte auf eine recht deutliche Anzapfung nur, daß die Regierung nach wie vor dazu bereit sei, alle Vorschläge ernsthaft zu prüfen. Es habe nie die Absicht bestanden, die Reform zu verschleppen. Das ganze sächsische Volk glaubt das selbstverständlich aus Wort, obwohl alle Tatsachen gegen dieses Ministerwort sprechen. — Die Debatte wurde, wie schon wiederholt in wichtigen Fällen, durch Schlußantrag abgebrochen. Als der freisinnige Abg. Goldstein Verarbeiten der Mehrheit, Angehörigen der Opposition das Wort abzusprechen, kritisierte, mußte er sich von dem nationalliberalen Vizepräsidenten Dr. Schill sagen lassen, daß sei eine „unparlamentarische Kritik“. Es ist nicht zu glauben!

Hervorgehoben zu werden verdient, daß sowohl in den Ministerreden als auch in denen der Vertreter der Mehrheitsparteien eine bisher nicht übliche Reserve in der Sozialistenbekämpfung zu spüren war. Die Herrschaften leiden seit den ersten Dezembertagen 1905 an Beklemmungen. Im übrigen ist auch durch diese Debatten dem sächsischen Volke gezeigt worden, daß sein Heil nur bei der Sozialdemokratie liegt. Wenn nicht eher — bei den nächsten Reichstagswahlen wird sich zeigen, daß sich das Volk darüber klarer ist als je. —

Die badische Kammerfraktion und der Hof.

Von einem Mitgliede der badischen Kammerfraktion wird uns geschrieben:

Am Montag begründete der Zentrumsführer Fehrenbach in der Zweiten badischen Kammer die Abgabe weißer Zettel durch seine Parteigenossen bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten, des Genossen Ged. Das Zentrum erklärte er, befreite nicht, daß die Sozialdemokratie als dritthöchste Fraktion einen Anspruch auf die zweite Vizepräsidentenstelle habe; unter den bestehenden Umständen müsse aber das Zentrum eine Mitwirkung bei der Wahl des Sozialdemokraten ablehnen. Er habe vom sozialdemokratischen Abgeordneten Eichhorn erfahren, daß die Sozialdemokratie sich weigere zu Hofe zu gehen. Der Verkehr zwischen den Mitgliedern der Kammer und dem großherzoglichen Hofe habe sich aber durch langjährigen Mißbrauch zu einer parlamentarischen Gewohnheit herausgebildet, die, wenn auch nicht gesetzlich vorgeschrieben, doch offizieller Art sei. Es sei nun aber nicht die Absicht der sozialdemokratischen Kammerfraktion, die verfassungsmäßig bezw. in der Geschäftsordnung des Parlaments vorgesehene Unterhandlung zwischen Volksvertretung und Krone mitzumachen.

Der Abg. Ged präziserte demgegenüber die Auffassung der sozialdemokratischen Kammerfraktion dahin:

Als bekannt wurde, daß bei der Präsidentenwahl das Zentrum im Plenum die Anfrage an die Sozialdemokratie richten wolle, wie sie sich die Stellung ihres Vizepräsidenten zum Verkehr mit dem Hofe denke, ist von uns beabsichtigt worden zu erklären, daß ein solches Examen nicht zu den Gepflogenheiten der Zweiten Kammer gehöre und diese Schulfesterei deshalb zurückgewiesen werden müsse.

Eine außerhalb des Plenums durch den Führer der Blockparteien an die Fraktion gerichtete Anfrage wurde aber dahin beantwortet: „Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer lehnt es rundweg ab, höfische Zeremonien mitzumachen. Bezüglich des verfassungsmäßigen Verkehrs zwischen der Volksvertretung und dem großh. Hofe muß es der Sozialdemokratie überlassen werden, wie sie sich beim eintretenden Falle damit abfindet.“

Zur näheren Erörterung der Sache sei hinzugefügt, daß gemäß § 67 der badischen Verfassungsurkunde vom 22. August 1818 den beiden Kammern das Recht eingeräumt wird, „den Großherzog unter Angabe der Gründe um den Vorschlag eines Gesetzes zu bitten“. Ebenso sind sie (einzeln oder in Gemeinschaft) „zu anderen Vorstellungen an den Großherzog berechtigt“. Diese „Bitte“ kann nach der Geschäftsordnung durch selbständige Gesetzesvorschläge oder auf schriftlichem Wege durch den Präsidenten geschehen, oder auch durch eine der im § 74 der Geschäftsordnung vorgesehenen Deputationen. Diese letzteren haben zu bestehen aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, den Sekretären (also dem Kammervorstand), sowie einer zu bestimmenden Anzahl anderer Abgeordneter, welche durch das Los gewählt werden. Diese Deputation kann aber nur nach eingeholter Erlaubnis an den Großherzog abgeordnet werden.

Erwägt man die Eventualitäten, welche aus dieser, wie Abg. Ged ausführte, veralteten und nicht mehr ins 20. Jahrhundert passenden Deputationsvorschrift entstehen können, so ist die Verankerung eines taktvollen Verhaltens im gegebenen Falle nur ein Ausfluß des Anstandes. Zudem kann das Geschie, als Abgeandter der Kammer in geschäftlichen Angelegenheiten „zu Hofe gehen“ zu müssen, auch die übrigen sozialdemokratischen Abgeordneten der Kammer treffen. Denn außer dem zweiten Vizepräsidenten können durch des Hofes „Tüde“ auch andere sozialdemokratische Abgeordnete zu Mitgliedern einer solchen parlamentarischen Deputation ernannt werden; ja es kann der Fall eintreten, daß die Mehrheit einer solchen Deputation aus Sozialdemokraten besteht. Soll dann diese sich durch Verweigerung der eingehenden Erlaubnis von des Schlosses Pforten hinwegweisen lassen? Soll sie untertänigst um ein Gesetz bitten helfen, dessen Entstehung sie vielleicht im Interesse der Arbeiterschaft bekämpft? Würde den sozialdemokratischen Abgeordneten im Schlosse auch volle Gleichberechtigung in der Diskussion gewährt werden, ihre abweichende Meinung grumbäßig darzulegen?

Ueber alle diese Fragen und Bedenken hilft die Tatsache hinweg, daß in der Praxis ein solcher Wittgang um Vorlegung eines Gesetzes unnötig geworden ist. Die sozialdemokratische Fraktion ist stark genug, um gemäß dem § 44 der Geschäftsordnung einen durch zehn Abgeordnete unterzeichneten Gesetzesentwurf mit der geforderten „kurzen Begründung“ eigenmächtig vorzulegen. Sie tat es bereits in dieser Session. Ein solcher Gesetzesvorschlag beginnt mit den Worten: „Wir, Friedrich von Gottesgnaden, Herzog von Jägeringen usw. usw.“ und endet mit den Unterschriften der zwölf sozialdemokratischen Abgeordneten.

Will jemand bestreiten, daß sich die badische sozialdemokratische Kammerfraktion bereits in taktvoller Weise mit dem Wittgang zu Hofe adgehandelt hat? Sollte aber doch eine Deputation gemäß § 74 einmal nötig werden — ein Fall, der nicht sobald vorzukommen dürfte —, so wird die sozialdemokratische Kammerfraktion wissen, wie sie sich zu verhalten hat, wenn man ihr etwas zumutet, was sich nach ihren politischen Begriffen nicht für sie schickt.

Es handelt sich demnach, wie die vorstehende Korrespondenz zeigt, durchaus nicht um ein eigentliches „Zu-Hofe-Gehen“. Jede Teilnahme an höfischen Zeremonien hat Genosse Ged abgelehnt. Wenn demnach die „Voss. Zig.“ im Leitartikel ihrer gestrigen Abendnummer spöttelt:

„Noch hat sich die Entrüstung über den heftigen „Hofgang“ Cramer nicht ausgelöst, so hat schon ein anderer Sozialdemokrat, wie Herr Cramer Mitglied des Reichstages, argen Anstoß erregt; auch Herr Ged ist bereit zu Hofe zu gehen; als zweiter Vizepräsident der badischen Kammer hat er gestern erklärt, seine Partei werde sich in taktvoller Weise mit der Geschäftsordnung abzufinden wissen, und er fände gar nichts Befremdendes darin, wenn einmal der Großherzog sich mit einem Sozialdemokraten unterhielte.“

so beweist sie damit nur, daß sie weder die Zusicherungen Ged's kennt, noch die Bestimmungen der badischen Verfassung. —

Deutsches Reich.

Klosterkampf im Zentrum.

„Rein Klassenkampf! Harmonie der Interessen aller Stände! Jedem Stande seine gebührende Vertretung, jedem Stande Schutz und Hilfe!“ So preist das Zentrum allen Ständen und Berufsständen seine Allheilmittel an. Ueber manchen Volksbetrug kam es damit hinweg. Aber allgemach scheiden sich die Geister; kein religiöser Kitt vermag mehr zu halten, was die Gesetze der Entwidelung zerschellen. Die schönen Modellen zerplagen wie Seifenblasen und in den schwärzesten Gefilden tobt der Klassenkampf. Wir berichteten jüngst von dem Progenstandpunkt der durchweg gut katholischen Unternehmer des Racherer Bezirkes, die mit ihren christlich organisierten Arbeitern jede Verhandlung ablehnten, die Führer und Sprecher maßregelten und die Arbeiter aus den Werkwohnungen exmittierten. Als Ersatz für ihre angefiessenen

Glaubens- und Parteigenossen lassen sie Ungarn, Polen und Italiener kommen.

Wie im wirtschaftlichen Kampfe scheiden sich die Geister auch auf politischem Gebiete.

Seit Jahren hat das Zentrum in Kachen den Arbeitern die Herabsetzung des Zensus versprochen, seit Jahren stellt es den Arbeitern eine entsprechende Vertretung im Rathause in Aussicht. Noch im letzten November versprach man den Arbeitern wiederum die Herabsetzung des Zensus und die Wahl eines Arbeiters zum Stadtverordneten, sobald ein Mandat frei würde. Dankbar wurde die Rolle des Erbanwärters angenommen. Und auch der liebe Gott sah ein, daß die bisher so bescheidenen Arbeiter und getreuen Bekämpfer des Umsturzes ein Mandat verdienen und ließ einen Stadtverordneten seinen irdischen Sitz im Kaiserpaale mit einem himmlischen vertauschen.

Von den bisherigen Stadtverordneten gehören 10 zur ersten, 15 zur zweiten und nur 2 zur dritten Klasse. Die dritte Klasse wählte bisher durchweg Angehörige der dritten und zweiten Klasse als ihre Vertreter. In der dritten und zweiten Klasse herrscht das Zentrum unbeschränkt. Da sollte man meinen, die Partei der alleinigen Berechtigte würde schon mit Rücksicht auf diese Tatsache den Wählern der zweiten Klasse einen Arbeiter präsentieren. Soviel Berechtigte befaß aber weder die alte Konstantia noch der Wählerauschuß, eine Vertretung der verschiedensten kirchlichen Vereine. Man erlaubte sich auf eine Schiebung. Ein in der dritten Klasse gewählter Fabrikant sollte sein Mandat niederlegen und in der zweiten Klasse gewählt werden, das erledigte Mandat der dritten Klasse sollte dann ein christlicher Gewerkschaftsführer erhalten. Damit waren die Parteigenossen der zweiten Klasse jedoch nicht einverstanden. Sie wollten weder einen Arbeiter, noch einen Freund der Herabsetzung des Zensus gewählt wissen. Sie lebten deshalb die Wahl des offiziellen Kandidaten ab, stellten dem offiziellen Kandidaten einen anderen entgegen und erreichten auch, daß dieser mit 554 gegen 407 Stimmen gewählt wurde. Die Liberalen stimmten für den Kandidaten des katholischen „Unabhängigen Bürgervereins“, so nennt sich nämlich die Opposition, im Gegensatz zu der (von der Agrarier) abhängigen offiziellen Parteileitung. Der neue Verein steht „treu zum Zentrum“, nimmt nur katholische Mitbürger auf und will die katholische Stadt Kachen „katholisch regiert“ sehen — also, Leute, die ehrlich sagen, was das Zentrum bisher dachte. Und ebenso ehrlich sagen die Herren der katholischen zentrums-treuen Opposition, was sie mit den Arbeitern vorgaben. In ihrem Wahlaufsatz heißt es unter anderem:

„Weil er sucht man nicht offen und ehrlich Euch, die Wähler der zweiten Klasse, den Arbeiter zu wählen? Weil man weiß, daß Ihr keinen Arbeiter wählen könnt, da die wirtschaftlichen Kämpfe Euch nötigen, auf die ungeschickteste Vertretung der bürgerlichen Interessen im Rathause Bedacht zu nehmen. . . . Wählt Ihr Herrn Pappert (den Kandidaten der Parteileitung), so tragt Ihr die Schuld, daß durch die dritte Klasse ein Arbeiter, und damit nicht ein Vertreter, sondern ein Widersacher der Bürgerinteressen in das Rathaus einzieht. . . . Wir erklären wiederholt, daß wir nicht das Zentrum bekämpfen und warnen Euch nochmals, durch die Wahl des Herrn Pappert Platz zu schaffen für einen Arbeiter-Stadtrat, der als der hiesige Vertreter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes wohl die Interessen seines Verbandes fördern wird, aber die Interessen des Bürgerthums von seinem Standpunkte aus bekämpfen muß.“

So die besitzenden Zentrumsbürger. Sie sprechen aus, was ist. Kann der Progenstandpunkt besser hervorgehoben, die Macht des Geldsacks mehr betont werden, als in dem Aufruf der Herren des katholischen Bürgervereins?

Die „parlamentarische“ Erörterung der Hamburger Janhugel-Erzesse.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 7. Februar kam es anlässlich des von Th. Menzel (Linke) gestellten Antrages auf „Entschädigung der bei dem Volksaufstand in Wittenberg georgenen Geschäftsleute aus Staatsmitteln“ zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Wahlrechtsübermehrheit und unseren Genossen E. Fischer, Schauburg und Stube. Der Antragsteller behauptete frank und frei, der Zusammenhang zwischen den Versammlungen, in denen die Leute aufgereizt wurden, und den Erzessen am Fischmarkt, Schopensteil und in der Niederestraße liege klar auf der Hand. Trotz der vielgerühmten sozialdemokratischen Disziplin legten sich die Exzedenten aus organisierten Arbeitern zusammen, wie die Untersuchung ergeben werde. Ganz besonders hat es dem Herrn das am Montag als Antwort auf den Wahlrechtsantrag verbreitete sozialdemokratische Flugblatt angetan. Dr. Strakenhöft (Rechte) will eine generelle Entschädigungspflicht des Staates bei Aufruhr usw. Genosse Fischer erklärte sich für den Antrag Menzel (Jurise: „Das ist stark!“), weil ein schließliches Verschulden der Polizei vorliege. (Kärm bei den Wahlrechtsübern.) Redner war bei Austeilung seiner schmerzhaften Diebe, die wiederholt unartikuliertem Laute auf den Zinken und Redten ausstießen, in der glücklichen Lage, sich auf das Zeugnis der anständigen bürgerlichen Presse und einwandfreier Leute, ja auf die geschädigten Geschäftsleute selbst berufen zu können, daß die taktliche Ungeschicklichkeit der Polizei schuld sei an den Vorgängen. Die intellektuellen Urheber der Erzesse seien die Wahlrechtsüber, was auch von bürgerlichen Zeitungen anerkannt werde. Es sei höchste Zeit, der Polizeiwilktär einen Riegel vorzulegen, und zwar mächte vor allem das Vereinsgesetz abgeändert werden, dessen reaktionäre Bestimmungen in rückwärts-lostester Weise zur Anwendung gelangten. Unser Genosse schloß mit den Worten: „Glauben Sie denn, daß organisierte Genossen, wie Herr Menzel sagt, Konsumvereinsläden und Arbeitervereinslokale demolieren und plündern würden? Ich erbehe nochmals Protest gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokratie schuld an den Vorgängen sei, die falschen Dispositionen der Polizei sind es, und deshalb stimmen wir den Anträgen zu.“ — Genosse Schauburg, der Verleger des Flugblattes, konstatiert ebenfalls, daß eine ganze Reihe der geschädigten Geschäftsleute der Polizei die Schuld geben. Er freute sich, daß das Flugblatt den Horn der Wahlrechtsüber erregt habe. Es handle sich um ideale Mütter des Volkes, die ihm durch die Wahlrechtsüber genommen sind. Der Redner wurde einige Male zur „Ordnung“ gerufen. Auch die Hamburger Volksvertretung ist eine Stätte, wo die Wahrheit nicht gern gehört wird. Denn Dr. Pölschen (Rechte) gab seinem Bedauern Ausdruck, daß es Blätter gebe, auf die sich die „Herzen“ berufen können. Außerdem sprachen noch Dr. v. Reiche (Zentrum) und Rohde (Linke), die in dieselbe Kerbe schlugen. Genosse Stube schiederte, wie „taktvoll“ viele Polizeibeamte gegen das Publikum vorgingen, sei er doch selbst, als er aus dem Parlamentssaal kam, auf dem Rathausmarkt von fünf oder sechs Polizeibeamten in rohester Weise angepaßt worden. (Diese Mitteilung wurde von Stram und rohem Lachen begleitet, eine nette Sorte Volkvertreter.) Einen offiziellen Polizeibericht, der von mehreren Rednern verlangt wurde, wüßte Redner mit Freuden begründen, doch sollte man nicht das Trinkgelage der Polizeibeamten im Rathause vergessen, damit besamt werde, wie „eingehigt“ worden sei. Die Straßenabsperrungen seien so ungeschickt wie möglich vorgenommen worden, indem die Massen in die engen Straßen getrieben worden seien, um besser dreinzuhauen zu können. Ein großer Teil der Schutzleute habe blindlings dreingehauen. (Bravo!) Fragen Sie den Kollegen Leuch (Zentrum), dessen Sohn ebenfalls Prügel bekommen hat. Gäbe die Sozialdemokratie die Aufgabe gehabt, für die Ordnung zu sorgen, dann wäre nichts passiert. (Unterdrückungen) Am Schluß seiner Rede geißelt unser Genosse scharf das liberale Ver-

halten der volksfeindlichen „Volkvertreter“, was ihm ebenfalls einen Ordnungsruf eintrug. Der Entschädigungsantrag wurde endgültig einstimmig angenommen, der Antrag Bradenhorst einem Ausschuss überwiesen.

Der deutsche Landwirtschaftsrat

Hörte am Donnerstag einen Vortrag des Geh. Rats v. Behring (Barburg) über Tuberkulose-Verhütung beim Rindvieh und hygienische Milch-Erzeugung — eine Frage, die natürlich nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Bevölkerungsschichten interessieren muß. Es würde zu weit führen, hier alle technischen Erörterungen Behrings über Rinderimpfung und die davon genährten Betrachtungen über Gewinnung einwandfreier Rindermilch wiederzugeben. Vor einiger Zeit hatte Behring über dasselbe Thema in Paris gesprochen. Seine Darlegungen erregten große Sensation und gaben Anlaß zu übertrieben optimistischen Schlussfolgerungen über die Aussichten der Bekämpfung menschlicher Tuberkulose. Hierzu erklärte Behring am Donnerstag: Er habe nicht von einem Schwindsuchtmittel im Sinne eines Heilmittels für die bereits vorhandene tuberkulöse Zerstörung der Lungengewebe gesprochen, sondern von einem Mittel, das bei zeitiger Verwendung an jugendlichen Individuen die Schwindsucht verbüten und allenfalls auf schon bestehende Tuberkulose-Herde eine Heilwirkung ausüben könnte. Für Herbst des Jahres 1906 stellt der Vortragende die Preisgabe seines Mittels in Aussicht! —

So weit, so gut. Es ist gewiß erfreulich, wenn der Landwirtschaftsrat ausnahmsweise auch einmal für die Wissenschaft ein wenig Zeit übrig hat. Aber zu welchen Zwecken benutzen die Herren Agrarier die Forschungen unserer Gelehrten, sobald sie überhaupt von ihnen Notiz zu nehmen gerufen? Die an Behrings Vortrag sich anschließende Debatte zeigte es. Kein Geringerer als der edle Deconomierat Ring-Charlottenburg unseligen Andenkens hatte die „edle“ Dreifügigkeit, an Behrings Referat folgende festzumagelnde Betrachtung zu knüpfen:

Die Anwendung aus dem Referat sei, daß hochpasteurisierte und sterilisierte Milch Säuglingen und Kindern absolut schädlich sei. Daher dürfe Milch aus dem Auslande in größeren Quantitäten nicht eingeführt werden!!

Der Bericht verzeichnet bei der „Rede“ des Herrn Ring abwechselnd „Verfall“, „Heiterkeit“ und „Stürmische Heiterkeit“.

Fast bewundernswert ist die Unver-zagtheit, mit der Leute vom Schlage der Ring aus jeder Blüte ihren Honig zu saugen verstehen. Und das wettet mit dem Druston der Ueberzeugung gegen die „kulturschädigende“ Sozialdemokratie!

Gegen die Fleischsteuerung.

Die seit einiger Zeit wiederum steigenden Viehpreise haben die Berliner Fleischindustrie bezogen, in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung sich erneut mit der Viehsteuerung zu beschäftigen und folgende Resolution zu fassen:

Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus am 23. Januar d. J., Viehsteuerung und Fleischnot betreffend, haben von neuem den unumstößlichen Beweis ergeben, daß seitens der Reichs- und Staatsregierung auf Abhilfe der noch jetzt ebenso wie vor Monaten herrschenden Notstände auf dem Gebiete der Viehsteuerung und Fleischnot nicht zu hoffen ist.

Der Minister für Landwirtschaft, Herr v. Bobbelski, hat wiederum bewiesen, daß er niemals als preussischer Staatsminister, sondern stets nur als einseitiger Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen gehandelt hat. Der Herr Minister hat, wie der stenographische Bericht nachweist, unumwunden zugegeben, Urteile über den Stand der Fleischnot und den damit im engsten Zusammenhang stehenden Verhältnissen gegen seine Ueberzeugung abgegeben zu haben.

Im Interesse der Allgemeinbevölkerung richten wir an die gesetzgebenden Körperschaften sowohl des Reiches wie auch an alle Einzelstaaten die ebenso dringende wie ergebene Bitte, dahin wirken zu wollen:

Daß die jetzt bestehende Viehsteuerung und die auch vom Herrn Minister v. Bobbelski rückhaltlos anerkannte Fleischnot, welche durch die am 1. März dieses Jahres einretende Einfuhrerschwerungen noch fühlbarer werden wird, durch Dämpfung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh in etwas gemildert werden mögen.

Die Resolution ist wenigstens scharfer gefaßt, als die früheren Beschlüsse — Erfolg wird sie aber ebenso wenig haben. Die Agrarier beherrschen die Situation; sie pfeifen und die Regierung tanzt.

Polizei gegen russische Auswanderer.

Die dem Sidel der Aktionäre der Amerika- und Lloyd-Linie so vorteilhafte, der Freiheit und dem Interesse nicht reicher russischer Auswanderer so nachteilige Balken-Polizeiverordnung ist dieser Tage vom Kammergericht für gültig erklärt.

Der Regierungspräsident von Gumbinnen hat unter dem 23. Dezember 1898 eine Polizeiverordnung erlassen, deren § 1 vorschreibt: Russische Auswanderer dürfen nur dann abtreten in den Regierungsbezirk Gumbinnen, wenn sie einen ordnungsmäßigen Paß, eine Rajitenfahrkarte (für Ostsee-Hamburg-Amerikaline, für Nordsee Bremer Lloyd) nach einem anhereinreichenden Hafen und so viel Vermittel besitzen, daß dadurch die Reise nach dem Bestimmungsorte und ihre Annahme dabeist gesichert erscheint. — Wegen Uebertretung dieser Regierungs-Polizeiverordnung waren die Russen Laaser und Wes angeklagt worden. Das Landgericht Lisht als Verurteilungsinstanz verurteilte auch die Angeklagten, weil sie von Rußland in den Regierungsbezirk übergetreten seien, ohne den Anforderungen der Verordnung zu entsprechen. — Die Angeklagten legten Revision ein und rügten die Ungültigkeit der Verordnung des Regierungspräsidenten. Unter anderem verstoße sie gegen die Verordnung über das Paßwesen.

Das Kammergericht, das die Sache schon einmal verurteilt hatte, um Materialien betreffend das Zustandelommen der Verordnung einzuholen, verwarf die Revision. Es erklärte die Verordnung mit folgender Begründung für rechts gültig: Durch die Materialien werde die Frage der Rechtmäßigkeit allerdings wenig gefördert. Inzwischen handelt es sich um folgendes: Nach § 12 des preussischen Polizeiverwaltungs-Gesetzes vom 11. März 1850 könnten sich die nach § 11 zulässigen Bezirks-Polizeiverordnungen der Regierungspräsidenten auf die in § 6 des Gesetzes (hinsichtlich der Ortspolizeiverordnungen) angeführten und alle anderen Gegenstände beziehen, deren polizeiliche Regelung durch die Verhältnisse der Gemeinden oder des Bezirks erfordert seien. Da hätten nun zweifellos der Regierungsbezirk Gumbinnen und die darin liegenden Orte ein großes Interesse daran, daß sich nicht ein großer Strom unheimlicher Auswanderer in ihn ergieße, dessen Durchgang nach Amerika nicht gesichert sei. Es läge die Gefahr vor, daß diese Elemente im Regierungsbezirk zurückbleiben oder drüber angelangt, zurückgewiesen würden und wieder kämen, ohne daß ihre Uebernahme nach Rußland erzwungen werden könne. Das besondere Interesse des Bezirkes an jenen Polizeivorchriften sei also gegeben. Es müsse nun mindestens eine gewisse Schuttschicht mit den unter § 6a bis h des Gesetzes aufgeführten Gegenständen polizeilicher Regelung bestehn. Auch das sei der Fall. Durch jene Auswandererelemente werde das Eigentum (§ 6a) bedroht, indem den Gemeinden mehr Kosten erwachsen. Auch läme § 6c (Aufnahme und Beherbergung von Fremden) in Betracht!!!

Wie gepreht und gezwungen ist die Entstehung dieses Urteils und seine Begründung! Man hört ordentlich die Zweifel heraus, die die Richter selbst hatten. Das Urteil ist in der Tat unhaltbar

und bereits mit dem preussischen Polizeiverwaltungs-Gesetz, das das Kammergericht anführt, unvereinbar. Die Logik, die dem Kammergerichtsurteil bei der Auslegung des Gesetzes beliebt hat, würde es rechtfertigen, jeden nicht reichen Menschen, ob In- oder Ausländer, polizeilich jedes Recht zu unterbinden, da er ja möglicherweise eine strafbare Handlung begehen könnte. In seinem fahrlässigen Ergebnis konnte das Kammergericht nur deshalb kommen, wenn es die Polizei für die Seele des Staates hält, deren Zucht richterlicher Prüfung in den Fällen nicht unterworfen ist, in denen es sich gegen minder Wohlhabende richtet. Das ist bei einem Gericht begreiflich, das in Streiprozessen den Schatzmann als den Engel betrachtet, der das Gericht von der Pflicht erlöst, zu prüfen, ob eine polizeiliche Anordnung zur Entfernung von der Straße erging. Die kammergerichtliche Entscheidung überfließt aber auch, daß die Gumbinner Polizeiverordnung ungültig ist, weil sie gegen den russischen Handelsvertrag verstößt, der auch für arme Russen die Aufenthaltserleichterung einräumt. Freilich, ein Gericht, das eine polizeiliche Behinderung des Aufenthaltes für eine polizeiliche „Regelung der Aufnahme und Beherbergung“ hält, wird in der Behinderung des Aufenthaltsrechts den Schutz des Aufenthaltsrechts erblicken.

Paasches Eintritt in das Kolonialamt.

Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß Paasches Eintritt in das Kolonialamt in Regierungsfreien erstlich erwogen werde. Diese Meldung wurde zwar dementiert, doch behaupten dem entgegen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, daß in der Tat schon seit langem mit dem nationalliberalen Abgeordneten hierüber verhandelt worden sei und daß nur noch die Unterschrift des Kaisers fehle, um den Gedanken in die Tat umzuwandeln. Da es bei den Eingeweihten als sicher gelte, daß der derzeitige Kolonialsprung seinen Posten nicht allzu lange behalten werde, so werde Herr Paasche voraussichtlich nicht nur die Arbeit, sondern auch die Ehren eines Leiters unseres gesamten kolonialen Wesens übernehmen.

Herr Paasche wäre in der Tat der geeignete Mann für die ausstehenden Kolonialpläne gewisser Personen. Als „heiliger“ Paasche würde er durch Begünstigung des Missionswesens seinem Kolonialamt alle Ehre machen und damit auch das Zentrum für alle kolonialen Projekte gewinnen. Daß die kaufmännischen Interessententeile bei dem selbst sehr industriösen ehemaligen Professor das kongenialste Verständnis für die abenteuerliche Kolonialpolitik finden würden, steht nicht minder außer Frage.

Fort aus Kiautschou!

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht an leitender Stelle eine ausführliche Zuschrift von besonders gut unterrichteter Seite, die sich höchst abfällig über unseren Platz an der Sonne äußert und zu dem Resultat gelangt, daß es das beste wäre, den Chinesen das Pachgebiet gegen Ertrag der Kosten zurückzugeben.

Kiautschou sei das viele darauf verwendete Geld nicht wert, es sei eine kolossale Uebertreibung, Tsingtau für den herrlichsten Hafen Ostasiens zu erklären. Deutschland habe sich dieses Hafens bemächtigen können, weil er den anderen Nationen nicht gut genug gewesen sei. Tsingtau könne sich nicht entfernt mit manchen südkoreanischen Häfen messen, namentlich nicht mit Musampho.

In den amtlichen Denkschriften über Kiautschou werde viel von der rapiden Zunahme des Handels berichtet. Prüfe man aber die Handelsstatistik, so ergebe sich, daß die Zunahme fast ausschließlich auf die Japaner entfielen, während der deutsche Handel nicht von der Stelle wolle. Die deutschen Kaufleute ebenso wie die Ingenieure und Techniker in Tsingtau sähen denn auch der Zukunft der Kolonie recht trübe entgegen. Man sage das nicht öffentlich, weil alle mehr oder minder zur Regierung in Beziehungen ständen, im Privatverkehr mache man aber keinen Hehl daraus. Tsingtau sei mit ungeheuren Kosten in eine schöne ladende Beahtenstadt verwandelt worden. Ein Amerikaner, der ganz Ostasien kenne, habe gesagt, die Deutschen befolgten gerade die entgegengesetzte Methode wie die Amerikaner. Gründeten diese eine Stadt, so begnügten sie sich anfangs mit Holzschuppen und dem aller-nötigsten, bis sie sähen, daß der Handel auch gedeihe. Deutschland aber baue zuerst auf Staatskosten eine prächtige Stadt und warte dann, ob wohl der Handel komme. Die Deutschen müßten wohl heidenmäßig viel Geld haben!

Durch die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Ostasien sei Kiautschou vollends wertlos geworden. Ja es sei sogar ein Pfahl in unserem Fleische. Nicht einmal als Flottenstation komme es in Betracht, da eine Ostasiensflotte im Kriegs-falle von Deutschland völlig abgeschlossen und jedem Feind auf Gnade und Ungnade preisgegeben sei. Wollte man Tsingtau in eine Festung verwandeln, so werde das mindestens 60 Millionen kosten. Und trotz alledem werde Kiautschou schließlich entweder an China oder an Japan fallen. Das beste wäre also, sich möglichst bald aus dieser Kolonie zurückzuziehen.

Diese Kritik deutet sich vollständig mit dem, was wir selbst über Kiautschou gesagt haben. Es ist eine frivole Geld-überschätzung, jährlich neue Dutzende von Millionen für Kiautschou auszugeben, trotzdem uns diese wertlose Pachtung bereits über hundert Millionen gekostet hat. Hinzu kommen noch die riesigen Ausgaben für den China-Kreuzzug in Höhe von 1/4 Milliarde Mark. Nach dem Peking-Schlusprotokoll sollte China bekanntlich diese Kriegskosten binnen 30 Jahren zurückzahlen. In Wirklichkeit aber müssen wir schon sehr zufrieden sein, daß China die Zinsen für die Kriegsschuldung und eine jährliche Tilgungsrate von ganzen 600 000 M. zahlt. Da nach dem neuesten Etat die chinesische Kriegsschuldung sich auf 273 Millionen beziffert, würde es volle 455 Jahre dauern, bis China faktisch die Kriegsschuldung an Deutschland gezahlt hätte. Das heißt nichts anderes, als daß der größte Teil dieser Kriegsschuldung überhaupt nicht gezahlt werden wird. Es ergibt sich also, daß Deutschland für seinen Platz an der Sonne mindestens 300 Millionen zum Fenster hinausgeworfen hat!

Ausland.

Italien.

Die Ministerkrise ist vorüber, ein Ministerium Sonnino-Sacchi-Gallo ist zustande gekommen. Außer Sacchi, der das Justizministerium übernimmt, ist noch ein Radikaler, nämlich Pantano, in das Ministerium eingetreten. Der letztere übernimmt Handel und Landwirtschaft; Sonnino selbst die Präsidentschaft und Inneres. Die übri-gen Ressorts sind wie folgt verteilt: Guicciardini Leukeres; Garrino öffentliche Arbeiten; Gallo Unterricht; Salandra Post und Telegraphie; nur bezüglich der Besetzung des Finanzministeriums werden noch Unterhandlungen gepflogen. Auch dieses Ministerium bildet — wie sein Vorgänger — keineswegs eine Einheit, sondern neben den Mitgliedern der Linken ist auch die Rechte durch einige Mitglieder vertreten.

Wie es heißt, soll Sonnino den Kopf voll großer Reformpläne haben. Nun, es wird sich zeigen, inwieweit er es ehrlich meint.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Februar 1906, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Ueber die speziellen Entwürfe zum Neubau von Gemeinde-Doppelschulen in der Litzhauerstraße, Erdertstraße, Vochnumerstraße und Greifenhagenstraße, sowie zum Neubau des Friedrich-Werderschen Gymnasiums in der Vochnumerstraße hat ein Ausschuss beraten und die Entwürfe mit unwesentlichen Modifikationen genehmigt; doch soll der Magistrat ersucht werden, die Schule in der Erdertstraße als Einzelgebäude mit Verblenden einfacher Art durchzuführen.

Die Ausschussanträge werden angenommen.

Es folgt die Vorlage betreffend die

Frequenz in den Gemeindefschulen

am 1. November 1905.

Stadtschulrat (Soz.): Die Vorlage kann nur äußerlich befriedigen. Nach den vorjährigen Erklärungen des Stadtschulrats, daß 40–50 Schüler die geeignete Besetzungsziffer für eine Schulklasse seien, müßte man doch mindestens annehmen, daß die Zahl 50 jedenfalls nicht überschritten werden dürfe. Tatsächlich aber haben wir eine erhebliche Ueberschreitung dieser Zahl im Gesamtdurchschnitt bei einer Reihe von Klassen, und viel schlimmer noch liegen die Verhältnisse, wenn wir die einzelnen Klassen statt der Durchschnittszahlen ins Auge fassen. Selbst in jedem größeren Dorf soll nach einer Ministerialverordnung die Anzahl der gleichzeitig in einer Klasse zu unterrichteten Kinder die Zahl 60 nicht überschreiten. Bei uns in Berlin ist mit Beginn des Wintersemesters durch die Schuldeputation die Zahl von 60 und 65 für die beiden untersten Klassen festgesetzt worden. Damit bleiben wir noch wesentlich hinter jener Verordnung zurück. In einzelnen aber sind 22 Proz. der VIII. Klassen der Knabenklassen mit 60 und mehr Schülern besetzt; auch eine Reihe VII., VI. und V. Klassen geben über 60 bis zu 68 hinaus. In den Mädchenschulen sieht es noch etwas weniger erfreulich, dort zählt sogar noch eine vierte Klasse 60 Schülerinnen. Von den achten Klassen waren 24, von den siebenten 25 Proz. überfüllt. Das ist eine deutliche Mahnung an diejenigen, welche am liebsten die ersten Klassen wegen schwacher Besetzung aufgeben und die Schulen aus Kostensparmaßregeln ohne erste Klasse lassen möchten. Gerade auch im Interesse der Sparamkeit ist es vielmehr dringend notwendig, die Frequenz der unteren Klassen ganz bedeutend herabzusetzen. Das Schulgebäude Müllerstr. 158/159 birgt drei Gemeindefschulen; da sind zwölf achte Klassen mit 763 Kindern, so daß im Durchschnitt auf jede 63,6 Kinder entfallen. Von diesen zwölf sind vier stehende Klassen; die Sitzplätze in dieser schon damals überfüllten Schule sind von neuem gewachsen und merkwürdigerweise ist auch ein Klassenzimmer hinzugekommen, so daß jetzt statt 61 Zimmer deren 62 vorhanden sind. Die Verrechnung der Plätze ist aber nicht durch dieses Zimmer verurteilt, sondern dadurch, daß man in den Zimmern noch einige Sitzgelegenheiten mehr hineinpraktiziert hat. In diesem Schulgebäude ist eine sechste Klasse mit 64 und eine andere mit 37 Schülern. Letztere gehört einer katholischen Schule an! So wirkt der konfessionelle Unterschied in der Schulleistung des aufgelassenen Berlin. (Hört! hört!) Zur Aufstellung einer Parade, die in dieser Gegend sehr leicht gewesen wäre, ist man bisher nicht geschritten. Zu meinem größten Ersauern sind eine Anzahl Schulen mit Klassen von 60 und mehr Schülern und zugleich mit leeren Klassen vorhanden. Hier brauchen doch bloß neue Lehrkräfte angestellt zu werden, um den Uebelstand zu beseitigen. Wir marschieren keineswegs bezüglich der Lehrergabell an der Spitze, denn in Berlin kommen auf einen Lehrer 47, in Hamburg, wo allerdings ein kleines Landgebiet hinzukommt, nur 35 Schüler. Das wichtigste Abhilfemittel sind die Paraden, die sofort errichtet werden müßten, wenn sich eine Ueberfüllung bemerkbar macht, womit aber die Erbauung neuer Schulen gleichen Schritt halten müßte. Auf diese Weise würde sich die Stadt leicht auch das Vertrauen der Arbeiterbevölkerung erwerben, welches sie im Kampf mit ihrem Begnern, im Kampf mit der Regierung so notwendig braucht. In einer Schule in der Wobrenstraße findet erfreulicherweise gemeinsamer Unterricht von Knaben und Mädchen auf den unteren Stufen statt; es ist ein Fortschritt in dieser Richtung außerordentlich erwünscht und ein gelegentliches Hindernis dafür besteht nicht.

Stadtschulrat Gersberg: Der größte Teil der Vorschläge des Vorredners dürfte kaum ausführbar sein. 47 Schüler auf 1 Lehrer halte ich nicht für zu hoch. Die Besetzung von 40–50 habe ich f. J. für angemessen erklärt und tue das auch heute, aber es ist das ein Ziel, das erst erreicht werden soll. Im Süden und Südosten der Stadt tritt auffallenderweise ein Rückgang in der Schülerzahl ein, im Norden steigt diese ebenso auffallend und führt zur Ueberfrequenz. Mit der Fortsetzung der Paradenbauten gebe ich nicht vorzugehen (Zustimmung), denn die Versammlung hat sich feinerzeit gegen diese teure Ausschüsse ausgesprochen. Jedenfalls sind wir mit der Frequenz bedeutend vorwärts gekommen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und haben im Durchschnitt und dem Erreichbaren schon erheblich genähert. Die Frequenz in den siebenten Klassen wird weiter sinken, wenn die letzten Infassen aufgeflogen sind.

Stadtschulrat Dr. Jabel (Soz.): Mir scheint, als ob die Frequenzherabsetzung doch mehr mit der Einführung der Nebenklassen zusammenhängt, und viel Hoffnung auf weitere Herabsetzung hat uns der Stadtschulrat nicht gemacht. Nachdem wir die geistig schwachbegabten Kinder herausgenommen haben, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wenn wir auch die körperlich schwachen herausnehmen werden. Die Waldschulfrage wird auf diesem Gebiete noch eine Rolle spielen. Auch wird etwas getan werden müssen, um die hochbegabten Schüler aus der Gemeindefschule herauszunehmen, und es ist ja damit in dem Statut des Grafen Moltkes ein Anfang gemacht. Dann kommen noch die Kinder mit krankhafter physischer Konstitution in Frage. Alle diese Gruppen von Kindern müssen aus der Volksschule heraus. Diesen Weg der Frequenzverminderung wird vielleicht der Stadtschulrat nicht als ungangbar bezeichnen. Vor einer Reihe von Jahren haben Untersuchungen über die Kohlenfäule-Entwicklung in den Schulräumen stattgefunden, die den Nachweis erbracht haben, daß 7–12 pro Mille statt des höchsten zulässigen 1 pro Mille vorhanden waren. Die Frage der Klassenfrequenz hängt mit diesen Untersuchungen zusammen; eine so schlechte, vergiftete Luft muß auf die Kinder nachteilig wirken und sie schultrunk machen. Wir verfügen jetzt über Schulräte; wann bekommen wir unser heimisches Laboratorium, das ja längst beschlossen ist? Die neueren Schulgebäude weisen ja gewiß bessere Verhältnisse auf. Ueber die gemischten Klassen und die damit seitens der Pädagogen gemachten Erfahrungen möchte ich Auskunft erbitten. Die Frequenzziffer von 50 muß jedenfalls ganz erheblich herabgesetzt werden.

Stadtschulrat Gersberg: Die Entwicklung wird es mit sich bringen, ob außer den jetzt von der Schulverwaltung errichteten Nebenklassen noch andere Abnormitäten abgefordert werden müssen; aber soweit wie Herr Jabel werden wir nicht gehen können. Gemischte Klassen sind heute schon die Nebenklassen und die katholischen. In Unannehmlichkeiten hat der gemeinsame Unterricht nirgends geführt.

Stadtschulrat Hinte (Soz.): Die Schulnot im Norden und Südosten ist vom Stadtschulrat selbst anerkannt worden, aber zu ihrer Beseitigung ist sehr wenig geschehen. Die Paraden bei der Müllerstraße sind seit 1 1/2 Jahren eröffnet, aber von der Erbauung einer neuen Gemeindefschule verläutet noch immer nichts. Die Mietschüler genügen in jener Gegend absolut nicht den Bedürfnissen. Im Privatshulhaus Panstr. 3 muß häufig bis 12 Uhr mittags Licht brennen. Jetzt sind noch 527 Klassen oder fast der achte Teil aller in Mietschulhäusern untergebracht. Das wirkt kein gutes Licht auf unsere Schulverwaltung. In der Gegend des neuen Krankenhauses besteht eine direkte Schulnot; die Kinder von

dort müssen weite Wege bis zur Klosterver- und Wicelstraße bezogen nach der Anstaltsstraße führen.

Stadtv. Cassel (N. L.): Der Rückgang der Frequenz ist festgestellt, ein weiterer Rückgang erwünscht. Sprunghaft kann er aber nicht bewirkt werden, denn wir müssen auch Rücksicht auf die Finanzlage und die Steuerzahler nehmen. Jedenfalls sind wir unausgeglichen, demnächst den Mischstand abzugeben.

Stadtv. Krons: Meine Darlegungen hat der Schulrat nicht widerlegt. Eine Anzahl von Schulen (Medner führt sie einzeln auf) hat tatsächlich neben einer oder mehreren Klassen mit über 60 Schülern eine oder gar zwei leere Klassen, in einer Schule sind sogar drei leere Klassen vorhanden! Dagegen helfen keine Andreden, hier müssen Lehrer angestellt werden, dann ist der Not gesteuert!

Stadtv. Schulrat: Ich kann nicht Ausnahmeklassen von 30 Schülern einrichten. Die Antwort des Redners auf die Bemerkungen des Stadtv. Hingke bleibt unverständlich, da Redner offenbar sinnlos in indisponiert ist.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Vorlage. Zur Verhandlung steht nunmehr die Magistratsvorlage wegen

Fortführung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn

vom Potsdamer Platz über den Spittelmarkt und den Alexanderplatz bis jenseits des Ringbahnhofes Schönhauser Allee.

Stadtv. Kauf (N. L.) begünstigt die Vorlage, hält aber Ausschussberatung für nötig. Nach den Erfahrungen in der Göttingerstraße bestreite die Befürchtung, daß die schöne Promenade in ihrem Werte für die Bevölkerung der Schönhauser Vorstadt sehr beeinträchtigt werden möchte.

Stadtv. Aylmann (Fr. Fr.): Wir hätten diese hochfrenetische Vorlage auch ohne Ausschuss angenommen. Sie bedeutet für uns ein Kulturwerk allerersten Ranges. Das Recht des Anlaufs hat die Stadt schon von 1927 ab. Die Vorlage bildet für uns auch den Grundstock für die weitere Ausbildung des Groß-Berliner Verkehrs. Die Bedenken der Mitbürger an der Schönhauser Allee werden im Ausschuss zu prüfen sein.

Stadtv. Singer (Soz.): Die Vorlage ist wie keine andere geeignet, einmal wieder klar zu machen, welche Bedeutung die Stadt als solche auf diesem Gebiete gegenüber denjenigen Instanzen hat, die ihr Platz zu solchen Anlagen geben müssen, dem staatlichen Aufsichtsbehörden. Durch die staatliche Aufsichtsbehörde ist die Stadt gebindert worden, diese Bahn selbst zu bauen; jene trägt die Schuld, daß Berlin sie dem Privatkapital ausliefern mußte. Die Illusion von der sogenannten Selbstverwaltung besteht ja noch immer in unseren Kreisen; wenn aber je der Wille zur Selbstverwaltung schon in der Geburt erstickt worden ist, dann hier, und diesen Erfolg können sich die beiden mitwirkenden Minister zugute rechnen. In dem vortrefflichen Verwaltungsbericht für 1896-1900 wird in dem Abschnitt über das städtische Verkehrsnetz der atemmäßige Nachweis geführt, daß Berlin schon vor 6 Jahren seine Bereitwilligkeit erklärt hat, die Bahn vom Potsdamer Platz ins Innere der Stadt fortzuführen. Unter Verletzung der betreffenden Bescheide des Polizeipräsidenten v. Windheim aus dem Juli 1900 weist Redner nach, daß der Genannte, der noch am 8. Juli der Meinung war, daß die Stadt diese Linien selbst bauen und im Eigentum behalten werde, schon zehn Tage später dem Magistrat eröffnete, daß der Bahnhof Potsdamer Platz des Siemens-Unternehmens nicht als Ende, sondern als Durchgangspunkt anzusehen sei, daß er die nachgesuchte grundsätzliche Zustimmung zu den städtischen Projekten nicht erteilen könne und anheimstelle, sie vielmehr in dem Sinne zu revidieren, daß die einen gegebenen Faktor bildende Siemensbahn zur Grundlage genommen werde. Deutlicher, fährt Redner fort, kann doch nicht gesagt werden, daß Siemens und Halske das Verkehrsbedürfnis, soweit es mit ihrer Linie zusammenhängt, zu befriedigen haben und daß andere Konzeptionen, auch an die Stadt, nicht gegeben werden. Es also versteht man mit uns, und dem gegenüber schickt man noch schwülstige Adressen ab, die in Demut erbeten, und bebaut sich für die Schuld, mit der die Stadt Berlin bedacht ist. (Sehr gut! und Unruhe.) Bei dieser Situation mußte die Stadt freilich die Verhandlungen mit dieser Firma führen, um den gewollten Zweck zu erreichen. Bis zum Alexanderplatz konnte der Ausbau als „Fortsetzung“ der Stammbahn gelten, aber es muß jemand schon mit der Phantasie eines Aylmann begabt sein, um die Linie Alexanderplatz-Schönhauser Allee als Fortsetzung der Linie Warschauerstraße-Potsdamer Platz anzusehen. Und hier setzt unsere Opposition ein. Die Linie Alexanderplatz-Bantow erschließt ein vollständig neues Gebiet der Stadt; hier braucht nicht von dem Grundriss abgegangen zu werden, daß ferner derartige Verkehrsunternehmungen nur von der Stadt selbst gebaut und betrieben werden sollten. Man hätte sehr bequem einen Anschlußbetrieb vom Alexanderplatz nach der Schönhauser Allee herstellen können und damit wäre auch für diesen Stadtteil der Anschluß an den Schnellverkehr gegeben gewesen. Die großen Vorteile des jetzigen Vertrages und besonders die Möglichkeit des Erwerbes sehen wir nicht durch die roten Brille an; die Übernahme schon im Jahre 1927 ist nur eine Kulisse (Heiterkeit), ich bin nicht phantastisch genug, zu glauben, daß angesichts der Summe, die wir dann vertragmäßig zu bezahlen hätten, der Erwerb perfekt würde. Die Klagen darüber, daß von der Franzosenstraße aus die Bahn als Hochbahn weitergeführt werden soll, begreife ich durchaus. Wir müssen bei aller Anerkennung des Bedürfnisses dem Vertrage die Zustimmung verweigern. Ich schließe mit der Hoffnung, daß wenigstens in Zukunft weitere Verkehrswege nur noch von der Stadt selbst gebaut werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Rirchner: Ich kann mich nicht davon überzeugen, daß diese Ausführungen der Sache förderlich gewesen sind. Es ist richtig, daß in der Verkehrsdeputation die Abicht bestand, die Bahn durch die Stadt zu bauen, und erst durch die Erwägungen der staatlichen Instanzen ist das nicht zur Ausführung gekommen. Ich habe aber hervor, daß das nicht ein rein willkürlicher Akt war, sondern daß für die Strecke bis zum Alexanderplatz auch gewisse sachliche Erwägungen Platz gegriffen haben. Bei der Weiterführung bis zur Schönhauser Allee ist kein Einfluß seitens der Aufsichtsbehörden ausgeübt, sondern den städtischen Instanzen die freie Entscheidung überlassen worden. (Beifall.)

Stadtv. Breuß (Soz.-fortsch.): Es ist schwierig, in diesem Augenblick, wo fast alle ihrer Befriedigung über die Vorlage Ausdruck geben, sich auf einen kritischen Standpunkt zu stellen. Aber die Zeit wird kommen, wo man fragt, was es nötig, diese Bahn wieder einer Privatgesellschaft zu überantworten? Will die Stadt das Recht in der Hand behalten, so muß sie alle Bahnen an sich bringen, dann darf sie nicht von schrittweisem Vorgehen sprechen.

Stadtv. Gronewald (N. L.): Wir in der Gegend der Schönhauser Allee sollen eine Hochbahn wieder in einer Straße erhalten, die zur Erholung bestimmt ist und einen Ventilator der Großstadt darstellt. Das Scheinverdienst bricht man ab, um Licht und Luft zu erhalten, und hier soll Licht und Luft beschränkt werden!

Stadtv. Rosenow (N. L.): Tatsächlich sind wir gebindert worden, die Bahn selbst zu bauen. Der Ankauf des Stammunternehmens war unmöglich. Der von Singer gemachte Unterschied hat keine praktische Bedeutung, denn die Gesellschaft war nie bereit, weiter als bis zum Alexanderplatz zu bauen.

Stadtv. Jacobi (N. L.): Herr Singer will an der Spitze des Programms haben: „Die Stadt muß bauen“; ich proklamiere: „Das Publikum muß gut und billig fahren“. (Luzus: Und die Aktionäre gut leben!) Die Aktionäre haben bisher 33-4 Proz. bekommen; ist das kapitalistische Ausbeuten? Und hat die Gesellschaft nicht jetzt auch das ganze Risiko übernommen?

Die Vorlage geht hierauf an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Nach Erledigung einer Reihe minder bedeutender Gegenstände schließt die öffentliche Sitzung gegen 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein vertragsbrüchiger Hofkürschnermeister.

Seit einer langen Reihe von Jahren hat im Kürschnergewerbe Berlins keine Firma so viel Verunsicherung zu Differenzen gegeben, wie Karl Salbach, Hofkürschnermeister, Unter den Linden 87. Solange alljährlich die Saison andauert, sind die Arbeitsverhältnisse einigermaßen erträglich, kommt aber die schlechte Geschäftszeit, dann sind für die Firma plötzlich alle früher von ihr gegebenen Versprechungen und Verpflichtungen null und nichtig und man glaubt, geradezu Schindluder mit den Arbeitern spielen zu können. Versuche es doch dieser Herr Hofkürschnermeister noch vor zwei Jahren im Januar, seinen Arbeitern und Arbeiterinnen einen Vertrag auszuwirken, der neben anderen Schönheitsfehlern auch die Bestimmung enthielt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nur während der Zeit vom 1. Februar bis zum 15. Februar kündigen dürfen, während sich der Unternehmer jederzeit das Entlassungsrecht vorbehält. Als der Arbeitgeberverband des Kürschnergewerbes im vorigen Jahre die allgemeine Aussperrung vornahm, war Salbach natürlich auch mit dabei, sah sich aber schließlich, ebenso wie die übrigen Unternehmer, genötigt, den neuen Tarifvertrag anzuerkennen, und mußte froh sein, tüchtige organisierte Arbeitskräfte wieder zu erhalten. Sie begünstigten sich mit einigermaßen anständigen Löhnen, weil man ihnen versprochen wurde, das ganze Jahr über Beschäftigung haben und nicht nur in der Saison. Aber am 9. Dezember erhielten plötzlich 6 Arbeiter und 12 Arbeiterinnen ihre Kündigung wegen „Arbeitsmangels“, und auffälligerweise wurden gerade Organisierte davon betroffen. Man war dabei sehr höflich und liebenswürdig, bedankte sich für ihre bisherige Tätigkeit und versprach ihnen, sie bei besserem Geschäftsgang wieder einzustellen. Sie ließen sich dadurch täuschen und glaubten zunächst nicht an eine Maßregelung. Dann wurden sie aber auf eine Annonce in der „Berliner Kürschner-Zeitung“ aufmerksam, worin Gehilfen und Arbeiterinnen gesucht wurden, die keiner Organisation angehören. Die Firma war nicht genannt, aber durch Bewerbungsfragen wurde festgestellt, daß es wieder einmal Salbach, Unter den Linden in Berlin, war, der Ersatz für die soeben Entlassenen suchte. Die beiden Kürschnerorganisationen meldeten die Sache dem Arbeitgeberverband als einen Verstoß gegen den korporativen Arbeitsvertrag vom 2. September 1905. Der Arbeitgeberverband aber antwortete in einem Schreiben vom 30. Dezember, daß er in dem Vorgehen Salbachs einen Tarifbruch nicht erblicken könne, da der § 9 des Vertrages nur besage, daß Maßregelungen „anlässlich des Streiks“ nicht stattfinden dürfen, und das könne sich nur auf die Wiedereinstellung in die früheren Verhältnisse beziehen. Von Maßregelung wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation sei im Vertrage überhaupt nicht die Rede. Außerdem habe Herr Salbach auf Anfrage des Arbeitgeberverbandes ausdrücklich erklärt, daß die Entlassungen wegen Mangels an Arbeit erfolgt seien und daß er keine geeignete Arbeit für so teure Arbeitskräfte habe. Ziehe er nun unorganisierte Bewerber vor, so könne ihm dies niemand verdenken. — Inzwischen hat sich Salbach einen neuen Tarifbruch zuschulden kommen lassen, der so offensichtlich ist, daß wohl auch der Arbeitgeberverband ihn nicht wegzudisputieren vermag. Salbach hat nämlich eine neue „Haus- und Arbeitsordnung“ eingeführt, deren erster Satz lautet:

„Alle bisher bestandenen Abmachungen sind ungültig.“

Das schließt geradezu eine Ungültigkeitserklärung des Arbeitsvertrages vom 2. September in sich. Dieser neue Vertragsbruch wurde am 8. Januar durchgeführt. Wer die Haus- und Arbeitsordnung nicht unterschreiben wollte, wurde entlassen. Gleichzeitig wurde auch der Austritt aus der Organisation gefordert, und die Unterschriften derjenigen, die sich dem Ansuchen fügten, wurden den Kürschnerorganisationen mit einem Begleitschreiben der Firma überhandt, worin ihr Austritt als ein „freiwilliger“ bezeichnet wird. Die Leitung der Kürschnerorganisationen hat selbstverständlich diesen neuen Gewaltstreik und Tarifbruch sofort wieder dem Arbeitgeberverband gemeldet. Dieser hat aber bis jetzt nicht Zeit gefunden, darüber zu beschließen; wahrscheinlich wird sich am Freitag (heute) die Hauptversammlung der Arbeitgeber damit befassen.

Auf diese Saumseligkeit des Arbeitgeberverbandes konnte selbstverständlich nicht länger Rücksicht genommen werden. Die Sperre wurde über die Firma Salbach verhängt, und am Mittwoch besetzte sich eine vom Deutschen Kürschnerverband und von dem Verband der Kürschner Berlins gemeinsam einberufene öffentliche Kürschnerversammlung mit der Angelegenheit. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung sich mit der Verhängung der Sperre einverstanden erklärt und beschließt, daß diese nur dann aufgehoben werden soll, wenn Herr Salbach sich unterschriftlich bereit erklärt, sämtliche unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen und nur organisierte einzustellen.

Die Versammlung appellierte an die bei Salbach beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sich mit den gefassten Beschlüssen solidarisch zu erklären und bis spätestens Sonnabend, den 17. Februar, die Arbeit niederzulassen, andernfalls sie als Arbeitswillige betrachtet werden. Der Stellung des Arbeitgeberverbandes zu dieser Angelegenheit sehen die Versammelten mit Interesse entgegen. Die Organisationen werden die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen wissen.

Plakate, durch die auf die Handlungsweise der Firma Salbach aufmerksam gemacht wird, sollen im In- und Auslande in allen Verkehrslokalen und Bureaus der Kürschner ausgedrängt werden.

Der Konditionenstreik bei der Firma J. Löwenstein (Ducalund Raab), Schulzendorferstr. 23, besteht unverändert fort. Der Walfisch ist gleichfalls mit in den Streik eingetreten. Auf Verhandlungen hat sich Herr Löwenstein bisher nicht eingelassen, obgleich es ihm noch in keiner Weise gelungen ist, weitere Streikbrecher heranzuziehen. Er bemüht sich täglich, aber vergebens, streikende Arbeiterinnen persönlich auf der Straße einbringlich zur Arbeit einzuladen, ohne bei dieser Verabredung von Streikenden durch die Polizei behindert zu werden. Für den Walfisch hat ihn anscheinend der Kesselrevisionsverein einen Erfolg zu stellen versucht. Zugang ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Wächung, Lohgerber! Bei der Firma Köfeler, Blankenburg-Berlin, sind wegen Lohnforderungen Differenzen ausgebrochen. Die Firma sucht schon, bevor die Verhandlungen endgültig gescheitert sind, in Unternehmerblättern Arbeitswillige. Wir bitten dringend um Ablehnung dieser Arbeitsangebote. Der Zentralvorstand.

Deutsches Rfsh.

Der Jehnstundentag in der Textilindustrie.

Als im vorigen Sommer während und nach der großen Metallarbeiter-Aussperrung die südbayerischen Textilindustriellen mit nicht geringer Angst das kolossale Anwachsen auch des Textilarbeiterverbandes wahrnahmen, da versprachen sie bekanntlich den Arbeitern, ab 1. Januar 1906 „freiwillig“ den Jehnstundentag einzuführen und erregten dadurch einen Entrüstungssturm der übrigen deutschen Textilbarone.

Der 1. Januar kam heran, aber nur sehr langsam erinnerten sich die Textilindustriellen an ihr Versprechen. Am erlebte man das interessante Schauspiel, daß in denjenigen Fabriken, in welchen die Arbeiter bisher noch nie daran gedacht haben, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, die Unternehmer ihr Wort wieder zurückzogen, das heißt, daß sie den Jehnstundentag beibehielten; in jenen Betrieben aber, wo die gewerkschaftliche Organisation bereits Fuß gefaßt, da veranstaltete man lächerlicherweise unter den Arbeitern erst eine Abstimmung und führte demzufolge dann den Jehnstundentag ein. Ein glänzendes Resultat aber erzielten die Textilarbeiter dort, wo sie fast oder überhaupt

vollständig organisiert sind. Es wurde da nicht nur der Jehnstundentag eingeführt, sondern die Arbeiter drückten auch noch eine wesentliche Lohnerhöhung durch, haben sich also kraft ihrer Organisation nicht nur einen wesentlichen materiellen Vorteil errungen, sondern sind auch in der Achtung der Unternehmer ganz gewaltig gestiegen.

Man sieht also hier wieder recht deutlich, daß dem Bolschewismus alles a b g e r u n g e n werden muß durch eine stramme Organisation, und daß alles Wüten und Plamen nichts hilft. Dort, wo die Christlichen dominieren, besonders im oberen Teil des bayerischen Schwaben, da sind die Textilarbeiter elendiglich über Ohr gelanzen worden.

Mögen die Textilarbeiter auch im übrigen Deutschland äußerst starke Organisationen schaffen, um gleich wie in Schwaben den Jehnstundentag zu erringen. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß im schwäbischen Bayern, in Augsburg und im Allgäu, heute der Jehnstundentag noch liberal bestünde und daß die Organisation der Textilarbeiter noch lange nicht auf der Höhe stünde, auf der sie heute tatsächlich steht, wenn nicht die Aussperrung der Metallarbeiter und die Aussperrungswut der Unternehmer im allgemeinen die Textilarbeiter in Massen und ganz plötzlich zum Bewußtsein gebracht hätten. Es waren hier also wieder die Hauptagitatoren und Hejer — die Unternehmer!

Kolumbien.

Ein besorgniserregender Streik ist, wie das Reutersche Bureau aus Santiago meldet, in Antofagasta unter den Leuten der Oruro-Eisenbahn ausgebrochen. Bei einem damit im Zusammenhang stehenden Tumult sollen nach amtlichen Nachrichten gegen hundert Menschen getötet sein, darunter auch ein englischer Untertan. Die Regierung hatte Schiffe mit Truppen nach Antofagasta entsandt. Die ganze Arbeiterbevölkerung des Landes ist von einer bedrohlichen Unruhe ergriffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Fell wie ein Rhinoceros.

Berlin, 8. Februar. Aus Anlaß seiner diesjährigen Tagung hielt der Deutsche Landwirtschaftsrat heute abend im Kaiserhof ein Festmahl ab. Aus der Rede des Reichskanzlers seien folgende Stellen wiedergegeben: Als ich Reichsminister war, vor nun 20 oder 25 Jahren, sagte mir einmal mein damaliger Chef, der General von Schweinitz, ein kluger und weiser Mann: „Ein Diplomat, sagte er mir, muß einerseits so feinsinnig sein, daß er es merkt, wenn eine Fliege hinter seinem Rücken durchs Zimmer fliegt; andererseits muß er ein Fell haben, wie ein Rhinoceros (große Heiterkeit). Diese letztere Eigenschaft gegenüber ungeduldeten Angriffen empfehle ich auch allen meinen Kollegen. Wer empfindsame Nerven hat, der taugt in unserer Zeit nicht zum Minister. Wegen der Fleischsteuerung regnete es ja Angriffe auf mich und auf den Herrn Landwirtschaftsminister, den Landwirtschaftsminister, von dem ich hoffe, und von dem wir alle hoffen, daß sein praktischer Blick und sein Organisationsinstinkt der Landwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleiben mögen. (Lebhaftes Bravo.) Durch solche Angriffe durfte ich mich nicht abdrängen lassen von meiner Pflicht, von meiner gern erfüllten Pflicht, endlich Besserung in die lächerlichen Verhältnisse zu bringen, dem Landwirt wieder Mut zu machen und damit dem gesamten deutschen Vaterlande zu nützen. (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß die Fleischsteuerung, die sich in verschiedenen Gegenden längere Zeit drückend fühlbar gemacht hat und zum Teil noch fühlbar macht, eine sehr ernste Frage ist, welche die größte Beachtung verdient, und deren Bedeutung ich nie einen Augenblick verkannt habe.“

Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft verzapfte Fürst Bülow folgende Weisheiten:

Warum, meine Herren, kämpft denn die Sozialdemokratie mit solcher Vorliebe gerade gegen den Bauernstand und seine Interessen? Warum erklärte ihr Breslauer Parteitag, die Sozialdemokratie habe gar keinen Grund für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, denn das könne nur geschehen, indem man ihn in seinem Besitze befestigt, also in diametralem Gegensatz zu dem sonstigen Verfahren der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie wolle, so erklärten damals in Breslau ihre Führer, wohl den Kleinrentner geminnen, jedoch nur, indem sie ihn davon überzeuge, daß er als Besitzer keine Zukunft habe, sondern daß seine Zukunft die Zukunft des Proletariats sei. Also zunächst will die Sozialdemokratie den Besitz des Bauernstandes zertrümmern; dann kann der Bauer die Ehre haben, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und im roten Meer ertrinken. (Heiterkeit.) Das ist klar und deutlich, und vom sozialistischen Standpunkt aus auch ganz verständlich. Umso mehr aber haben Regierungen und Reichskanzler die Pflicht, den Bauernstand, den mein Herr Reichsminister mit Recht als eines der festesten Fundamente des monarchischen Staatswesens genannt hat, zu schützen, seine Existenzbedingungen zu sichern und ihn nicht untergehen zu lassen. (Lebhaftes Bravo.) Denn so lange der Landwirt, so lange der deutsche Bauer auf seiner Scholle sitzt, so lange er ein erträgliches Dasein hat, wird die Sozialdemokratie nicht herrschen zwischen Ostsee und Alpen. (Beifall.)

Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter.

Hannover, 8. Februar. (D. S.) Am 11. und 12. d. M. sollte hier eine Versammlung von Vertretern des preussisch-hessischen Verbandes der Weichensteller, Bahn- und Bahnarbeiter stattfinden. Die Versammlung wurde abgefragt, da deren Besuch von allen Eisenbahndirektionen verboten wurde.

Aussperrung von Textilarbeitern.

Mühlhausen (Graf), 8. Februar. (D. S.) Die Baumwollindustriellen beschloßen einstimmig, ihren sämtlichen Arbeitern zu kündigen, falls die Arbeiter der Firma Frey u. Ko. die eingetragene Kündigung aufrecht erhalten und am 21. d. M. zur Erzwingung der zehnstündigen Arbeitszeit die Arbeit niederlegen.

Grubenarbeiter-Ausstand.

Budapest, 8. Februar. (M. T. A.) In der Lupener Grube der Ullmann-Hiltoler Kohlenbergwerksgesellschaft ist ein Ausstand ausgebrochen, der im Wachsen begriffen ist, und dem bis jetzt etwa 1500 Bergleute beigetreten sind.

Hollands Antwort.

Haag, 8. Februar. (M. T. A.) Bei Beratung des Kolonialklaus in der ersten Kammer führte der antirevolutionäre von Wassenaer van Rossum aus: Im Deutschen Reichstage habe der Abgeordnete Baasche ausgeführt, daß die holländischen Zivilbeamten in den Kolonien sich auf Kosten der Staatskasse bereicherten. Hiergegen müsse er, Redner, Einspruch erheben. Holland könne jeden Vergleich mit allen Ländern rühmlich aushalten. Der Kolonialminister Hof erklärte, Unbestimmlichkeiten und Pfrichtkreise seien charakteristische Tugenden der holländischen Beamten. Der liberale von Pouten sagte, in seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit sei ihm kein einziger Fall bekannt geworden, daß sich ein Beamter in den Kolonien an fremdem Gelde bereichert habe. In den Kolonien bereichere man sich nur durch Handel- und Industriebetrieb.

Ein Polizeichef ermordet.

Venja, 8. Februar. (Meldung der Peterburger Telegraphen-Agentur.) Der Polizeichef Mondaurau wurde heute vormittag ermordet. Der Mörder wurde festgenommen.

Reichstag.

88. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Graf Posadowsky.

Der Präsident kündigt eine Interpellation Singer (Soz.) und Genossen an: Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß durch Außerachtlassung der reichsgerichtlichen Bestimmungen am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Vorwärts“ 89 Personen verunglückt sind? Der Präsident wird auf die Sache am Schluß der Sitzung zurückkehren.

Die Debatte zum Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Lehmann (natl.): Die maßlosen Angriffe des Abg. Hue auf die Eisen- und Stahlindustrie werden von meinem Fraktionskollegen Beumer schon zurückgewiesen werden. Daß seine Ausführungen über die langen Arbeitszeiten auf Ueberreizung beruhen, kann aber auch derjenige sagen, der mit den Verhältnissen nicht näher bekannt ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn er aber sagt, daß die Aborte in vielen Betrieben würden scharflosig gemacht, damit sich die Arbeiter nicht einen Augenblick ausruhen können, da muß ich sagen: Da hört aber wirklich die Gemütslichkeit auf! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Redner verbreitet sich über den Streik in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie: Der Magdeburger Gewerbeinspektor hat ganz recht, wenn er den Streik auf politische Gründe zurückgeführt hat. Die Löhne waren nicht so gering, als es in der Presse hieß. Ich habe einige Lohnbücher selbst eingesehen, und fand zum Teil recht hohe Löhne. — Redner giebt einige Fälle an, in denen ausreichende Löhne gezahlt worden seien. Ich muß allerdings zugeben, daß die Löhne sehr verschieden sind; vielfach wurden auch geringere Löhne bezahlt. Den Abg. Stolte-Sachsen kann ich nur erlauben, seine Angaben außerhalb dieses Hauses zu wiederholen: Dann werden gerade die ersten vierzehn Tage unserer Futuristiden für ihn verloren gehen. (Heiterkeit rechts.) Der Abg. Hue hat gemeint, der Metallarbeiter-Verband habe die Hand zum sozialen Frieden geboten, die Arbeitgeber hätten das zurückgewiesen, deshalb müsse sich das Reich der Arbeiter annehmen. Es hat mich sehr gewundert, daß ein Sozialdemokrat nach Reichshilfe schreit. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Tatsächlich ist der Fehlbundentag schon in manchen Betrieben durchgeführt worden, wann soll denn da also das Reich noch einschreiten? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Der Sozialdemokrat liegt nur daran, die Arbeiter zu verbergen; ob der einzelne hungert, ist ihm ganz gleich. (Murren bei den Sozialdemokraten.) Öffentlich sehen die Arbeiter bald ein, daß sie von der Sozialdemokratie nicht zu erwarten haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse ihrer Parteitaktik injiziert die Sozialdemokratie in fröhlicher Weise Streiks (Murren bei den Sozialdemokraten), in unserer Industrie ist es infolge dieser unsicheren Verhältnisse sehr schwer möglich, sich auf der Höhe zu halten, daher sollte die Regierung mit diesen Kreisen bessere Fühlung nehmen. Genügen die heutigen gesetzlichen Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie nicht, so müssen sie abgeändert werden, genügen sie aber, so sind sie offenbar nicht richtig angewandt worden. Man soll die Sozialdemokratie auch nicht unterschätzen, bei ihnen herrscht nicht Prekariat, sondern Prekariatheit. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Geweretzler Textilarbeiterstreik hat die Sozialdemokratie ihr wahres Gesicht gezeigt. Wenn die Unternehmer überall die Taktik einschlagen, wie in Geweretzler: freiwilliges Entgegenkommen bis zum äußersten (Lachen bei den Sozialdemokraten), kommt es aber zum Kampf, dann Ausschalten bis zum Ende — wenn alle Unternehmer diesem Prinzip folgen, dann hat die Sozialdemokratie ausgespielt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! bei den Rationalisten.)

Abg. Sachs (Wirtsch. Ver.): Den Abschluß von Tarifverträgen begrüße ich vor allem aus dem Grunde, weil dadurch den Arbeitern zu Bewußtsein kommt, daß die Lehren der Sozialdemokratie von den unbedingten Interessengegenständen fallend sind. — Die Forderung der Anerkennung der Berufsvereine und der Arbeitskammern haben auch die christlich-sozialen Arbeiter in Frankfurt aufgestellt. Die christlich-soziale Arbeiterbewegung erfüllt die Sozialdemokratie bereits mit schwerer Sorge. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ hat das anerkannt. Öffentlich enttäuschen die gesetzgebenden Faktoren nicht das Vertrauen, das diese großen Teile der Arbeiterschaft ihnen entgegenbringen. Die Wünsche der kaufmännischen und technischen Angestellten müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Auch dem jetzt vierzehnjährigen Bestehen der teilweise Sonntagruhe, wäre es Zeit, die Sonntagruhe streng durchzuführen im Handels- und Gewerbe, um so mehr als es in Frankfurt a. M. durch Ortsstatut schon geschehen ist. Schon vor sieben Jahren wurde es den Handelsangestellten versprochen. Hoffen wir, das waren die sieben mageren Jahre und jetzt kommen die sieben fetten Jahre für die kaufmännischen Angestellten. (Stürmische Heiterkeit bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Auch das Gesetz über den Lebenslohn und das über die Kaufmannsgerichte sind erst gegen den Widerspruch der Prinzipale zustande gekommen, während sich diese jetzt schon meist mit dem Gedanken ausgehöhelt haben. Sehr enttäuscht muß die Abgabe des Staatssekretärs in der Frage der Handelsinspektoren. Hoffentlich ist das nicht das letzte Wort, denn daß die Handelskammern dagegen sind, beweist gar nichts, da alle sozialen Fortschritte im Handelsgebetere gegen den Willen der Handelskammern zustande gekommen sind. Wenn der Handelsstand sich in der Frage der Kontrolle der Scheinbestimmungen selbst helfen soll, so führt das zum Denunziantentum und zum Stellenverlust. Kein Stand ist aber so abhängig von den guten Zeugnissen der Prinzipale, als der der Handelsangestellten. Wie kann man also erwarten, daß sie gegen ihre Prinzipale, wenn diese gegen die Gesetze verstoßen, vorgehen sollen? — Die Wünsche der Gewerkschaft der Buchdrucker in der Frage der Lehrlingszählerei und der Lehrlingsallota sollten um so mehr berücksichtigt werden, als diese Wünsche von der offiziellen deutschen Sozialdemokratie als ästhetisch bezeichnet werden, während sie in der Schweiz von den dortigen Sozialisten eifrig unterstützt werden. In der Tat führt eine gerade Gedankenreihe von diesen Wünschen der Buchdrucker direkt zum Befähigungsnachweis, eine Gedankenreihe, die man eben nicht durchdenken muß. Wenn man diese fischen Anfänge in der jetzt noch sozialdemokratischen, begeisterten deutschen Gewerkschaft sieht, und wenn man auf der anderen Seite sieht, wie die Sozialdemokratie selbst in immer radikalere Fahrwasser geht, dann verdient die Sozialdemokratie allen Schreien, dann kommt man zu der Ueberzeugung: Wir stehen an einer Jahreswende, und es muß doch Frühling werden! (Beifall rechts.)

Abg. Bausi-Potsdam (L.) wendet sich gegen die Uebertragung des Genossenschaftswesens für das Handwerk. Mit einer Taktlosigkeit haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht, die einzelnen Genossenschaftler mühten fürchterlich bluten. Des weiteren tritt Redner für den kleinen Befähigungsnachweis ein. Sehr einseitig war die Behauptung des Grafen Woladosty, daß der industrielle Aufschwung vor allem der Tüchtigkeit der Arbeiter zu danken ist. Abgesehen von der Leistung der Kopiarbeiter und der Unternehmer hat auch die Schaffung einer großen Armees und Flotte ihren Anteil an dem Aufschwung unserer Industrie. Die Zustände in den Hüttenwerken, wie sie Herr Hue schilderte, sind allerdings so schaurig, daß man nicht versteht, weshalb die Polizei da nicht eingreift, und noch weniger, weshalb sich noch so viele Arbeiter für diese Tätigkeit finden, statt zur Landwirtschaft zu gehen, wo es an Arbeitskräften mangelt. Zum mindesten sollte die Sonntagruhe unbedingt durchgeführt werden. Die Ausschreibungen und schwarzen Listen darf man den Arbeitgebern nicht vorwerfen, die Arbeiterorganisationen boykottieren auch alle

Betriebe, in denen irgend etwas vorgekommen ist. Das beste wäre, wenn Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sich vereinigten. (Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Ich halte es für meine Ehrenpflicht, die schweren persönlichen Angriffe gegen meinen Freund Mugdan zurückzuweisen. Herr Stülken hat auf die Tatsache ironisch Bezug genommen, daß er als Jude vor Jahren getauft ist. Was bezwecken solche antisemitischen Neuherungen allergewöhnlicher Art aus Ihrem Munde, die Sie die Religion für Privatangelegenheit erklären? (Murren bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky hat neulich ein Wort gesprochen, das mit goldenen Lettern in die Wand dieses Hauses eingeschrieben zu werden verdient. Strengste Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit ist auch bei der Politik die beste Taktik. (Lebhaftes Murren bei den Sozialdemokraten: Sagen Sie das doch Herrn Mugdan! Vizepräsident Graf Stolberg bittet um Ruhe.) Meine Herren, etwas bessere Manieren könnten Sie sich wirklich angewöhnen. (Murren bei den Sozialdemokraten.) Herr Stülken hat meinem Freunde Mugdan vorgeworfen, er habe den Jargonismus und die Jargonik verteidigt. (Lebhaftes Murren bei den Sozialdemokraten.) Sehr unrichtig. Sie verfolgen uns ja mit Ihrem besonderen Hass, obwohl Ihnen das schließlich selbst zum Schaden gereichen wird. Wir werden uns dadurch nicht abhalten lassen, auch weiterhin mit Ihrer gütigen Erlaubnis die Macht am roten Meer zu halten. (Lachen d. b. Soziald.) — Im Gegenzug zu Herrn v. Kardorff stehen wir auch heute auf dem Standpunkt unseres leider verstorbenen Max Girsch, daß eine Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern möglich ist. Vorbedingung dafür ist aber die Gewährung des vollen Koalitionsrechts und der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. Im Interesse des sozialen Friedens vertreten wir diese Forderungen mit allem Nachdruck. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): In einigen Krankenhäusern mag ja eine gewisse Wirtschaftlichkeit vorgekommen sein. Sicher ist aber das Bettermwesen und die Rücksicht auf politische und Familienverhältnisse weit größer als in den Krankenhäusern z. B. in dem höheren Verwaltungskörper des preussischen Staates. (Sehr wahr! links.) Wie die Sozialpolitik noch in den Kinderjahren steckt, hat die wahrhaft erschütternde Schilderung des Herrn Abg. Hue über die Verhältnisse der Arbeiter in Hüttenwerken bewiesen. Für besonders dringend halte ich nach wie vor die Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf Landarbeiter und Dienstboten. Ich muß mich dann noch gegen frühere Angriffe des Abg. v. Wassow wenden. Dieser Kollege hat mich in der persönlich verdächtigsten Weise völlig unprovoziert angegriffen. Er hat behauptet, ein Gut Hoppershagen, von dem ich gesprochen hatte, gebe es im Kreise Wehlan überhaupt nicht. Nun heißt das Gut allerdings nicht Hoppershagen, sondern Hoppershagen. Ein Herr mit normalen Geisteskräften hätte das doch wohl merken können. Ich stelle nochmals fest, daß auf diesem Gut ein Arbeiter 60 Pf. im Sommer, 50 Pf. im Winter erhält. Dieser Arbeiter ist aber noch ein beneidenswertes Individuum gegenüber einem zweiten Arbeiter, der nur 40 Pfennig im Sommer und 30 Pfennig im Winter verdient. Angefaßt solcher Zustände ist es begreiflich, wenn der landwirtschaftliche Verein in Sensburg in Ostpreußen an den Reichsanwalt ein Telegramm schickte, in dem es hieß: Deutschland in der Welt voran, Preußen in Deutschland voran, Ostpreußen in Preußen voran. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Sachs (Soz.):

Auf die Reden der Abgg. Eichhoff und Mugdan werden noch einige meiner Kollegen eingehen. Ebenso will ich nicht eingehen auf die Vorwärts-Angelegenheit, über die die preussischen Behörden, wie wir aus den heutigen Versprechungen des Abgeordnetenhauses ersahen, vollkommen falsch unterrichtet sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genosse Bömelburg wird das noch richtig stellen.

Die Abgg. Oel und Erzberger haben über den Terrorismus geflagt, der von den organisierten Arbeitern gegen ihre christlichen Kollegen ausgeübt werde. Es handelt sich bei diesen Klagen nicht nur um Aufschauungen durch die Zeitungen, sondern vielfach sogar um erlogene Sachen, wie unter anderem ja auch bei Vorgängen in Essen schon nachgewiesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weder der Abg. Oel noch der Abg. Erzberger sind auf den Terrorismus eingegangen, den die Christlichen gegen die freien Gewerkschaften ausüben. Auch anderwärts wird von seiten der Zentrumswähler ein starker Terrorismus ausgeübt. Im Wahlkreis des Dr. Spahn in Besseling, einem kleinen Orte bei Bonn, wird unser Vertrauensmann geradezu als Räuber und Mörder bezeichnet, man sucht ihn nicht nur arbeitslos, sondern sogar wohnungslos zu machen, man hat ihm die Fenster eingeworfen, die Akerkassen haben sich bereit erklärt, sein Haus unentgeltlich reparieren zu wollen, wenn man ihn nur erst herausgebrängt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die einfachen Leute, sondern auch die Führer der Zentrumspartei beteiligen sich daran. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere ferner an die zahlreichen Fälle von Sozialabtreibungen von seiten der Christlichen gegen uns. Aber die Herren treiben es ja untereinander nicht besser. Eine Zusammenkunft von christlichen Gewerkschaften wurde von anderen Christlichen als „Räuberjagd“ bezeichnet. Die Christlichen werfen sich untereinander Unehrlichkeit und Terrorismus vor. Auch im Saarrevier ist ja ein solches Kampfgebiet. Was schreiben denn da nun christliche Arbeiterblätter über die Zentrumspartei? Da wird behauptet, die katholischen Organisationen gäben ihre Mitgliederzahlen falsch an. Wenn sie allen Unterstellungen zahlen sollten, wären sie in einem hohen Maße bankrott. Da wird gesprochen von böswilligen Verleumdungen und Heuchlern — die Herren müssen sich ja kennen. (Heiterkeit.) An einer anderen Stelle bringt es: Die Geistlichen treiben uns die Säle ab, sogar als „Gefinnungskumpen“ hat man einen Kirchenfürsten hingestellt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kardinal Fischer ist ein „Verräter am Vaterland“, die Vergewaltigerblätter sind ein „Verusch-lamdel“ der Zentrumspartei.

Ein Zentrumdarbeiter hat hier gesagt, die Geistlichen seien die geborenen Führer der Arbeiter. Wie behandeln sie denn ihre Arbeiter? Die Apokalyptische Verlagsanstalt hat einen Mann zum „Lumpen“ gemacht, weil er sich christlich organisiert hatte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der bischöflichen Brauerei Regensburg war ein Lohnstreik ausgebrochen; der Bischof erklärte, daß er ein Entgegenkommen ablehne und auf der Aussperkung bestohre. Zwei Arbeiter, die seit sieben, acht Jahren in der bischöflichen Brauerei beschäftigt waren, wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands entlassen und fanden keine Arbeit, weil sie auf der schwarzen Liste standen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso rigoros gehen die Steinbruchbesitzer im Kohener Bezirk, die auch stramme Zentrumsköpfe sind, gegen ihre Arbeiter vor. Eine sehr „fromme“ Grube ist die Grube „Evante“ in Lothringen. Dort traten die christlichen Arbeiter in eine Lohnbewegung; auf ihre Forderungen aber belamen sie nicht einmal eine Antwort. Nach einer erneuten Anfrage kam wieder keine Antwort, aber es wurden sechs christliche Wortführer der Arbeiter entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich wurde dann die Grube mit Militär besetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem es noch so gar keinem Kampfe gelungen war, nur um die Arbeiter einzuschütern, ganz wie es Herr Kardorff beim großen Vergewaltigerstreik wünschte. Die ausländischen Arbeiter werden jetzt einfach ausgewiesen, nachdem sie von den Grundbesitzern in ruhigen Zeiten selbst ins Land geholt worden sind. Seit dem 1. April 1874 besteht in Lothringen ein Vergewaltiger, nach dem in jedem Revier ein Knappschäftsberein bestehen muß. Trotzdem dies Gesetz über 30 Jahre besteht, denkt man erst jetzt auf das Drängen der Arbeiter daran, solche Knappschäftsbereine zu gründen. Da ist die Grube „Fortuna“, bei der die Familie Trimborn besonders beteiligt sein soll. Dort ist der Arbeiterauschuss gesetzwidrig gewählt. Es sind Beamte gewählt, die noch nicht 30 Jahre alt sind

und noch nicht ein Jahr auf der Grube waren. Von Arbeitslosigkeit sollte man nicht reden, solange man, wie ich feststellen kann, auf einer Grube 50 Gefangene beschäftigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei kommen bei den Vertretern des Zentrums oft sehr reaktionäre Vorschläge zum Durchbruch, so ergibt sich z. B. aus dem Organ des Abg. Wiesberts, daß bei der letzten Versammlung der katholischen Arbeitervereine ein Handwerker in seiner Begrüßungsansprache sagte, die Gesellen solle man zufrieden lassen. Da denke ich doch an den Spruch: „Heil'ger Sebastian (Heiterkeit) — Florian — verlohnen mein Haus, laßt' andere an!“ Bezeichnend ist es, daß in dem Bericht gesagt ist, ein Diskussionsredner — der Mann ist auffallenweise nicht genannt — erklärte, im Schuhmacherhandwerk könnten solche Löhne nicht bezahlt werden, daß sie ermöglichten, Frauen und Kinder zu ernähren. Dann mag man sich doch begraben lassen.

Herr Trimborn trat für das Genossenschaftswesen ein. In Rheinland-Westfalen sind aber gerade die härtesten Genossenschaftsfeinde in den Reihen des Zentrums zu finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky machte uns den Vorwurf, daß wir durch unser Reden über die Revolution die Sozialreform ausfallen ließen. Andererseits aber wird immer behauptet, in Deutschland sei die Sozialreform am weitesten. Eins von beiden kann doch nur richtig sein. In Frankreich übrigens greifen jetzt selbst die Zentrumsköpfe zum Wahllostenbau in den Kirchen. Davon aber spricht das deutsche Zentrum nicht gern. Die Arbeiter können sich doch nicht immer nur durch Versprechungen abspesen lassen. Sorgen Sie für eine Evolution, dann wird auch die Revolution ausbleiben. Wenn aber die Regierung — wie beim Vergewaltigerstreik — es selbst bis zur Katastrophe kommen läßt, kann sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiter die Gebuld verlieren. Wollen Sie das nicht, so geben Sie Ihren Herrenstandpunkt auf, greifen Sie ordentlich in die Speichen, damit die Verhältnisse besser werden. Die Arbeiterkraft, auch die christliche, läßt sich durch das „Via popelia vom Himmel“ nicht mehr einfließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen die Existenzberechtigung der christlichen Sonderbünde nicht an, aber im Grunde genommen werden auch diese Gewerkschaften nicht ganz besonders unbedeuemend werden. Heute wird in der christlichen Gewerkschaftspressen genau wie bei uns gesagt: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott! Man vertritt auch dort immer radikaler den Massenstandpunkt. In einem christlichen Gewerkschaftsblatte hieß es erst vor kurzem: von der derallierten Wismars-Politik wolle man nichts mehr wissen. Es heiße jetzt: Energieische Arbeiterpolitik im fortgeschrittenen Sinne oder Verzicht auf die Arbeitermassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann den christlichen Gewerkschaften nur raten, immer mit uns zusammen zu gehen. In einigen Fällen ist das gegen die Arbeitgeber schon geschehen. Die Forderungen der Sozialdemokraten, die man vorher als unverschämte bezeichnet hat, haben die christlichen Arbeiter jetzt aufgenommen. Dieser Entwicklung sehe ich ruhig zu: denn sie zeigt, daß es jedenfalls nicht rückwärts, sondern vorwärts geht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Inbessenen möge das Zentrum nur warten, bis die Sozialpolitik im Frühjahr ihre Früchte trägt. Dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben! Dann werden auch die christlichen Vergewaltiger Ihnen den Text lesen! Das geht schon aus den Berichten hervor, die mir aus dem schwarzesten Bezirk, aus Friedland, zugegangen sind, wo die Arbeiterinnen 10—30 Pfennig pro Tag verdienen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade wo das Zentrum herrscht, sieht es in bezug auf Sozialanierung am schlimmsten aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da sagt Regierung und Zentrum: sie liebten die Politik der Radikalität nicht! Im Gegenzug zu dem Erkenntnis des Kammergerichts werden im schwarzen Münsterland die Versammlungen aufgelöst. Das gilt besonders von Reddinghausen, wo der Polizeikommissar gesagt hat, er werde so lange ausbleiben, bis wir die Mitgliederliste einreichen. Auf eine Beschwerde vom Mai war im Januar noch keine Antwort eingegangen! Nachher hat man dann immer gesagt, die Versammlung sei eine „öffentliche“ gewesen. Und wenn es schon öffentliche Versammlungen gewesen wären. Das Landgericht Bochum hat anerkannt, daß — wenn die Versammlung ordnungsgemäß angemeldet ist — es gleichgültig wäre, ob es eine öffentliche oder eine Mitgliederversammlung sei. Der Bürgermeister in Reddinghausen aber bleibt auf seinem ungefählichen Standpunkt stehen. — Und wie werden die Werts schänker! Einem Wirt wurde die Polizeistunde auf 10 Uhr festgelegt, und auf seine Beschwerde hieß es: Schmeißen Sie die Ketten heraus, dann werden wir weiter reden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Anderen Wirten hat man mit Konfiszierung gedroht, wenn sie ihr Lokal weiter an Sozialdemokraten geben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sozialdemokratische Flugblattverleiher werden von Polizeibeamten mit Mißhandlungen bedroht, ja es sind direkte

Mißhandlungen auf dem Polizeibureau

vorgekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der katholische Volksverein aber kann ruhig öffentlich Flugblätter verteilen lassen. So wird mit zweierlei Maß gemessen. In einem Prozeß in Reddinghausen wurde festgestellt, daß die Polizisten dort zwar häufig bei den Wirten verkehren, aber nichts bezahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wehe aber den Wirten, wenn sie ihr Lokal an Sozialdemokraten geben; dann ist es mit der Freundschaft aus. In Oberlotheim wird in einem Orte jede unserer Mitgliederversammlungen aufgelöst, wenn sich auch nur ein Teilnehmer vom Stuhle erhebt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Wiederlotheim wurde eine Mitgliederversammlung aufgelöst, weil sie zu gut besucht war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist keine Mitgliederversammlung, das ist eine Volksversammlung, sagte der überwachende Beamte. Und da wundern Sie sich, daß die Sozialdemokratie immer mehr an Anhang gewinnt. Zu diesen Schikanierungen kommen die Ausweisungen. Erst wenn wir beschleunigen, daß er ausgetreten ist, läßt man ihn hier. Ein Mann, der 13 Jahre im Lande war und sich ein Haus gebaut hatte, ist noch vor kurzem aus diesem Grunde ausgewiesen worden. Dabei hatte ihm noch der Amtsvorsteher auf seine Anfrage erklärt, daß er sich ruhig ein Haus bauen solle. Wenn die Herren die Arbeiter unterjochen wollten, dann sollten sie die schwarzen Listen der Rühnmänner beiseite lassen. Dieser Verband setzt nicht nur die Leute auf die Liste, die gestreift haben, sondern auch die, welche Forderungen stellen wollen. So hat dieser Verband z. B. jetzt ein Mandat erlassen, in dem aufgeführt wird, Leute aus Emden, Norden, Leer nicht einzustellen, weil sie Lohnforderungen stellen wollten.

Ein Arbeiter sieht deswegen auf der schwarzen Liste der Rühnmänner, weil er bei seinem letzten Arbeitgeber mit dem Akord etwas in Rest gelassen ist, also etwas zuviel erhalten hat. Das preussische Vergewaltiger hat sowohl Herr Trimborn wie Herr Erzberger besonders gelobt. Daß aber das Zentrum mit der Zustimmung zu diesem Gesetz Verrat an den Vergewaltigern gelbt hat, haben selbst christliche Arbeiter zugegeben. Die Arbeitsschichten sind durch das Gesetz nicht verstärkt worden. Wagenkontrollen sind vorgelesen, aber bis heute ist noch keiner gewählt, weil die Arbeiter mit Recht fürchten, daß solche Kontrollen, die zumunsten der Unternehmer entscheiden, sofort entlassen werden. Aus demselben Grunde haben wir uns auch seinerzeit gegen die Arbeiterauschüsse gewandt. Die Erfahrungen in Oberlotheim machen uns stutzig und beweisen, daß wir von diesen Ausschüssen nicht viel zu erwarten haben. Zum mindesten mühten solche Arbeiterauschüsse auch beim Gedingwesen ein Wort mitzusprechen haben. Ebenso verlangen wir die geheime Wahl zu den Ausschüssen. Prinz Ludwig von Bayern hat selbst erklärt, es gebe gewissenlose Leute, die die Arbeiter in ihren Betrieben zwingen, anders zu wählen, als sie mühten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Ausschüssen des Prinzen von Bayern mögen sich die Grundbesitzer hinter die Ohren schreiben. Auch im preussischen Vergewaltiger ist aber den Arbeiterauschüssen nicht das geringste Recht eingeräumt. Der christliche Arbeitersführer Ernst

Arbeiter nach dem Zustandekommen des Gesetzes: „Anständige Arbeiterführer werden es sich sehr überlegen, ob sie ein solches Amt im Arbeiterausschuss annehmen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das Wagenmüllern ist beseitigt, dafür sind hohe Strafen eingeführt. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Das gleiche zeigt sich auch bei den Ueberführungen. In der Zeche „Koland“ sind 44 Schichten in einem Monat vorgekommen (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten, wobei nur 4,80 M. pro Schicht bei den teuren Preisen im Ruhrrevier verdient worden sind. Man redet von dem Gesundheitsbeirat. Das ist doch nur Blendwerk: Wenn es dem Zentrum Ernst gewesen wäre, ein Reichsgesetz zu schaffen, so hätte es gegen das Berggesetz stimmen müssen; denn dann hätte die Regierung vor den Reichstag kommen müssen, wollte sie nicht wortbrüchig werden. Der einzige Fortschritt ist, daß die Arbeiterausschüsse jetzt Rechnung legen müssen. Jetzt haben wir ja schon Erfahrungen gesammelt. Früher sagte die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, man müsse die Erfahrungen abwarten. Was sagt sie jetzt? Die Unfälle sind in den letzten Jahren kolossal gewachsen. (Redner weist dies im einzelnen nach.) Gegen die Arbeitgeber werden lächerlich geringe Strafen, z. B. 3 M. verhängt. Läßt sich aber ein Arbeiter einmal verleiten, ein unbedachtes Wort zu sagen, so verliert er seine Stelle samt seinen langjährigen Beiträgen, oder erhält gar Gefängnis! Die Inspektionsberichte müßten doch vor allen Dingen über die Ueberführungen und Ueberstunden berichten. Daran fehlt es aber. Gätten wir Arbeiterkontrollen gehabt, so hätte das Unglück auf der Zeche „Vorussia“ nicht vorzukommen können. Aber freilich müßten sie von den Unternehmern unabhängig gemacht werden, nicht so jeder Willkür preisgegeben bleiben, wie jetzt die Arbeiterausschüsse. Wollen Sie die Unfälle im deutschen Bergbau so einschränken wie in den anderen bergbaureichenden Ländern, so schaffen Sie selbständige Arbeiterkontrollen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Hiermit verlegt sich das Haus.

Abg. Erzberger (Z.) bemerkt persönlich: Ich habe das preussische Bergarbeitergesetz nicht „über den grünen Meer gelobt“, sondern nur einen gewissen Fortschritt in ihm anerkannt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Robelle zu den Gesetzesbestimmungen über die freiwillige Gerichtsbarkeit. 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über das Grubenunglück auf „Vorussia“ kommt erst am Sonnabend zur Besprechung.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Donnerstag, den 8. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben, Delbrück. Der Lotterievertrag zwischen Preußen und Didenburg wird debattellos genehmigt.

Die zweite Etatslesung wird fortgesetzt. Mehrere kleinere Etats werden debattellos erledigt. Beim Etat der Lotterieverwaltung bittet

Abg. Krause-Waldenburg (H.), bei der Anstellung von Lotterietollektoren nach Möglichkeit pensionierte Offiziere zu berücksichtigen. Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben sagt Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat der indirekten Steuern bewilligt. Es folgt die

Interpellation Brust u. Gen. (Z.) über das Unglück auf Zeche „Vorussia“.

Die Interpellanten fragen den Handelsminister, ob etwa an dem Unglück Schuldige Personen zur Verantwortung gezogen worden sind, und ob er die nach dem Unglück getroffenen Maßnahmen für ausreichend hält, um ähnlichen Grubenunfällen vorzubeugen.

Handelsminister Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Für die Interpellanten erhält das Wort

Abg. Brust (Z.): Die Kontingierung des Etats nötigte uns, unsere ursprüngliche Absicht, das Unglück beim Etat der Bergverwaltung zur Sprache zu bringen, aufzugeben und den Weg einer Interpellation zu wählen. Die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation ist mit Recht abgelehnt worden. — Redner gibt alsdann eine Schilderung der Katastrophe. Schon nach zwei Tagen wurden aus Furcht vor weiteren Schachteinbrüchen die Rettungsarbeiten eingestellt. (Hört! hört!) Darüber hat sich die „Rheinisch-Westf. Ztg.“, ein ausschließliches Unternehmernorgan, in der allerhöchsten Weise geäußert und das Einschreiten der Staatsanwaltschaft gefordert. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Rettungsapparate fehlten auf der Zeche „Vorussia“ gänzlich und wurden erst von den Nachbargruben geholt werden. (Hört! hört!) Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärte offiziös: Durch die

Außerachtlassung der allerersten Vorsichtsmaßregeln haben 40 Bergleute ihren Tod gefunden. (Hört! hört!) Zwei Tage nach dem Unfälle erklärte ein Gewerke: Die Schächte waren nicht ausgemauert; man hat zu schlechtem Material genommen; (Hört! hört!) aber die Aufsichtsbehörde hat nichts Gefährliches vorgefunden. (Hört! hört! im Zentrum und links.) Danach ist also auch die Aufsichtsbehörde mitschuldig. Auf alle Fälle hat es an der nötigen Kontrolle über die Ausführung der Bergpolizeiordnungen gefehlt. So ist zum Beispiel das Schachtholz nicht, wie es für Stellen vorgefrieben ist, wo mit offenem Licht gearbeitet wird, feucht gehalten worden. (Hört! hört!) — Die sozialdemokratische Presse hat die schärfsten Anklagen gegen die Bergbehörden gerichtet; sie hat selbst zur Klageerhebung aufgefordert, um vor Gericht die nötige Klarstellung zu schaffen; aber keine Anklage ist erhoben worden. (Hört! hört! im Zentrum und links.) Die neue Sicherheits-Verordnung erscheint mir nach meinen praktischen Erfahrungen völlig unzureichend. — Vor allem müssen wir unsere Forderung: praktische erprobte Arbeiter zur Grubenkontrolle zuzuziehen, mit allem Nachdruck wiederholen. Wenigstens auf den städtischen Gruben sollte man einen provisorischen Versuch damit machen! — Die deutschen Bergarbeiter erwarten von dem Minister das feste Versprechen, daß er alles zur Klärstellung der Ursachen der Katastrophe tun und die Schuldigen unmaßsächlich zur Verantwortung ziehen wird. (Lebhafte Beifall im Zentrum und links.)

Handelsminister Dr. Delbrück:

Die Presse hat vielfach unrichtige Darstellungen über den schweren und bellagenden Unfall auf Zeche „Vorussia“ verbreitet. Ich werde in Zukunft dafür sorgen, daß sie die Informationen erhält, auf die sie, wie ich anerkenne, durchaus Anspruch hat. — Von Seiten der Bergbehörden wie seitens der Justizbehörden ist alles geschehen, um die etwaigen Schuldigen zu ermitteln. Gegen den Betriebsbeamten Ritter ist die Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden, doch ist die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen. Die Schuldfrage wird also in offener Gerichtsverhandlung beantwortet werden, und ich werde — wenn sich etwa mir unterstellte Beamte als schuldig erweisen — nicht zögern, gegen dieselben vorzugehen. — Redner gibt alsdann eine amtl. Darstellung des Unglücksfalles. Die Zeche „Vorussia“ gehört zu den älteren Zechen, deren Einrichtungen weniger modern und zweckmäßig sind, als die der neueren. Hydranten z. B. waren wohl vorhanden, aber an einer Stelle angebracht, wo die betreffenden Mannschaften sie nicht finden oder doch nicht in Tätigkeit setzen konnten. Darüber wird auch die Gerichtsverhandlung Aufschluß zu geben haben. Zu dem traurigen Ausgang der Affäre haben unglückliche Zufälle

beigetragen. — Das offene Licht bietet trotz aller seiner Gefahren unteigbar große Vorteile, deshalb sträubten sich auch die Arbeiter gegen seine völlige Abschaffung. — Die Bergbehörden haben alles getan, was möglich ist, um völlige Klarheit über den tiefbedauerlichen Unglücksfall zu schaffen.

Auf Antrag Dittich (Z.) wird einstimmig Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Hilde (natl.): Es gibt niemand, der nicht das Unglück auf Zeche „Vorussia“ tief bedauert. — Uebertrieben scheinen mir die Angriffe auf die Holzschächte; noch vor 50 Jahren gab es überhaupt nur Holzschächte im rheinisch-westfälischen Bergrevier. — Die Regierung hätte nicht auf die Interpellation warten, sondern früher schon und tun sollen, daß die Bergbehörde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben hat. Die Nachricht wird viel zur Veruhigung beitragen. Redt gebe ich dem Minister darin, daß die Gerichtsverhandlung abgewartet werden muß, ehe ein endgültiges Urteil über die Schuldfrage gefällt werden kann. Das eine steht schon jetzt fest:

unglückliche Zufälle

haben viel zu der furchtbaren Katastrophe beigetragen. Diejenigen befinden sich in großem Irrtum, die von der Heranziehung von Arbeitern zur Kontrolle irgendwelcher Verrückter erwarten. Zur Kontrolle gehören Leute mit technischer Vorbildung. Die Arbeiterkontrollen in Belgien und England haben sich nicht bewährt; sie finden immer nur an dem, was die Bergverwaltungen tun, etwas zu tadeln, aber nie etwas an den Arbeitern.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Der Minister hätte sich ein Muster an seinem Kollegen Rudde und an dessen Offenheit bei der Besprechung der Spremberger Eisenbahnkatastrophe nehmen sollen; er hätte offen erklären sollen: Es liegt hier

eine große Betriebs- und Aufsichtsummelei

vor. (Sehr richtig! links.) Statt dessen hat er die vorgekommenen Fehler, soweit er sie zugestand, zu bemängeln gesucht. — Das offene Licht, die veralteten Holzschächte, die unterlassene Verriegelung, die nichtfunktionierenden Hydranten: das sind doch alles böse, sehr böse Unterlassungsünden! (Sehr richtig! links.) Immer und immer wieder, bis sie endlich Erörterung findet, muß die Forderung der Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle erhoben werden! (Beifall links.)

Minister Dr. Delbrück: Ich vermute, der Herr Vorredner hatte seine Rede schon fertig in der Tasche, ehe ich die meine hielt. (Weiterkeit.) Sonst beruhen die Vorwürfe, die er gegen mich erhob, auf Mißverständnissen. Ich kam nur wiederholen: Ich bin zu jeder Auskunftsbereit; ich bin aber außerstande, die etwaigen Schuldigen zu bezeichnen, ehe das Gericht gesprochen hat. Als mein Kollege, der Eisenbahnminister, hier über Spremberg sprach, lag die Sache anders; da hatte schon das Gericht gesprochen. (Aufe links: Rein, es hatte noch nicht gesprochen.)

Na denn nicht!

(Weiterkeit, lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Trimborn (Z.): Der Minister sollte recht bald eine amtliche Denkschrift erscheinen lassen. Sehr erwünscht wäre eine Feststellung, wie oft die Grube revidiert worden ist. Das furchtbare Unglück auf der Zeche „Vorussia“ sollte zu einer gründlichen Revision der Sicherheitsbestimmungen im Bergbau führen. Wir wünschen durchaus nicht die ausschließliche Uebertragung der Grubenkontrolle an Arbeiter, wohl aber die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle. Wir scheitern, daß die Holzverheilung der Schächte schon längst hätte verboten werden müssen. Hoffentlich werden in der Zukunft die schrecklichen Lehren des Unglücks beherzigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Ressel (L.) beklagt das Unglück, bedauert die Unterlassungsünden, die leider vorgefallen seien, und hat volles Vertrauen zu dem Minister, daß er alles tun werde, um solchen Katastrophen vorzubeugen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Korsantj (Pole): Auf der Zeche „Vorussia“ sind noch weit ärgere Unterlassungsünden vorgefallen, als hier vorgebracht werden. Ich bin überzeugt: Bestände schon die Teilnahme der Arbeiter an der Grubenkontrolle, so hätte das Unglück nicht stattgefunden oder wenigstens nicht diese entsetzlichen Dimensionen angenommen. — Die gesetzlichen Vorschriften werden von den Grubenverwaltungen fortgesetzt übertreten, und in Oberschlesien wenigstens sind die Arbeiter so eingeschüchtern, daß sie gar keine Beschwerden zu erheben wagen. (Widerpruch rechts.) Die Regierung vermag nicht mit den oberirdischen Agrariern fertig zu werden und ebensowenig mit den unterirdischen! (Weiterkeit und Beifall links, Lachen und Widerspruch rechts.)

Abg. Brust (Z.) polemisiert gegen einige Ausführungen des Handelsministers und namentlich gegen den Abg. Hilde. Wenn die Grubenverwaltungen ein ganz reines Gewissen hätten, so würden sie sich nicht so gegen die Zuziehung von Arbeitern zur Grubenkontrolle sträuben. Rüge das große Unglück auf der „Vorussia“ die Gewissen scharfen! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Franken (natl.) polemisiert gegen die Abgg. Goldschmidt und Korsantj. Die Herren arbeiten mit „es soll“, „man sagt“; hier handelt es sich aber nicht darum, Gerüchte vorzutragen, sondern Tatsachen zu ermitteln. Böse Fehler sind sicher gemacht worden; ist eine offene Petroleumlampe im Schacht gebraucht worden, so ist das eine Lieberlichkeit. — Trachtet die Regierung eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen auf gesetzliche Wege für gegeben, so wird die nationalliberale Partei gern ihre Hand dazu bieten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hilde (natl.) polemisiert ebenfalls gegen die Abgg. Goldschmidt und Korsantj und wendet sich erneut gegen die Zuziehung von Arbeitern zur Grubenkontrolle. Dadurch würden nur die sozialdemokratischen und christlichsozialen gewerkschaftlichen Agitatoren neues Material zu ihren Demagogien der Verwaltungen und der Unternehmer haben. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Ich verzichte darauf, so groß zu werden, wie der Kollege Hilde es geworden ist. (Präsident v. Rössler: Wenn hier jemand groß geworden wäre, so hätte ich seine Großheit gerügt. Es ist aber niemand groß geworden.)

Herr Hilde erklärte, daß die Angaben der Dortmunder „Bergarbeiter-Zeitung“ genau kontrolliert werden, um entweder widerlegt oder unter Anklage gestellt zu werden. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat die allerhöchsten Anklagen in Sachen des „Vorussia“-Unglücks erhoben; die Anklagen sind weder widerlegt worden, noch hat man das Gericht angerufen: also sind die Anklagen richtig! (Lebhafte Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen. Sehr wahr! links.) Man beklagt die enge Verquickung so vieler Arbeiterorganisationen mit der Sozialdemokratie; man hat aber nichts getan, um die auf bürgerlichem Boden stehenden Arbeiterorganisationen zu fördern; im Gegenteil, man hat alles getan, was die Arbeiter erbittern und in ein extremes Fahrwasser drängen mußte. Jedenfalls ist die an sich bellagende Verquickung der Arbeiterbestrebungen mit der Sozialdemokratie kein Grund, eine längst als nötig und notwendig erkannte Institution wie die Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle noch länger herauszuschieben. (Lebhafte Beifall links.)

Minister Dr. Delbrück erörtert noch einige technische Fragen und wiederholt die Bitte, mit dem endgültigen Urteil bis zum Abschluß der Gerichtsverhandlungen zu warten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Gernern (natl.): Leider gehen Regierung und Bergbehörde nicht ganz intakt aus diesen Verhandlungen hervor. Die Regierung hätte längst für Klärung der nicht mit Unrecht erzeugten öffentlichen Meinung sorgen sollen. — Das hätte die Regierung übrigens auch beim großen Bergarbeiterstreik vom vorigen Jahre tun sollen. Sie wußte, daß die Wästhäuser von den Streikführern ganz ungeheuer ausgebaut und die meisten Vorwürfe gegen die Grubenverwaltungen gegenstandslos waren. — Die Bergwerksbesitzer haben ein Recht darauf, daß die Regierung ihnen durch wahrheitsgetreue Darstellungen das wohlverdiente Vertrauen der Arbeiter zurückgewinnen hilft. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die Besprechung der Interpellation wird hiermit geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Februar, nachm. 1 Uhr. (Etat der Bergverwaltung usw.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Gegen die Zwangsarbeit in den Kolonien wandte sich gestern in der Budgetkommission des Reichstages Genosse Lebebour. Er polemisierte scharf gegen die vom Abg. Dr. Paasche vertretene Anschauung, die Eingeborenen müssen unter Anwendung eines bestimmten Zwanges zur Arbeit angehalten und erzogen werden. Diese Anschauung fordere entschiedene Kritik heraus und müsse bekämpft werden. Außerdem habe der Abg. Paasche die Verpflichtung, derartige Anschauungen näher zu präzisieren und nicht, wie es geschehen sei, in beiläufig erzählten Reiseerlebnissen in die Debatte hineinzutragen, weil im letzteren Falle der Kommission die Möglichkeit einer gründlichen Prüfung fehle. Der Kolonialdirektor erklärte, die Regierung könne nicht darauf verzichten, auf Mittel zu sinnen, wie die Eingeborenen zur Arbeit erzogen werden können. Die schon angewendete Methode des Zwanges soll jedoch nicht mehr praktiziert werden. Abg. Erzberger rügt, daß die deutsche Afrika-Linie, die vom Reich mit 1315 000 M. subventioniert wird, für die Tonne Fruchtgut nach den deutschostafrikanischen Häfen 60—70 M. verlange, nach dem in nächster Nähe von Deutschostafrika gelegenen Sansibar nur 52 M. Für die Rückfracht von Sopra (Arne der Kokospalmfrucht) verlange diese Linie von Ostafrika aus pro Tonne 45 M., von Sansibar aus nur 15 M. Ein solches Verfahren einer vom Reich subventionierten Linie müsse als unerhört bezichtigt werden. Zur Kritik fordere auch der Verkauf der Bänder bei Dar es Salam heraus. Der frühere Sultan von Sansibar habe unmittelbar an der Stadtgrenze von Dar es Salam (der Hauptstadt Deutschostafrikas), halbmondförmig um die Stadt herum, ausgedehnte Besitzungen besessen, die jetzt von einer Gesellschaft für 140 000 M. angekauft worden seien. Warum habe die Regierung diese Ländereien, die für die Entwicklung der Stadt Dar es Salam sehr wichtig sind, nicht erworben, sie vielmehr dem privaten Bodenwucher überlassen? Geheimrat Dr. Seih antwortete, die Ostafrika-Linie dürfe für Frachten nach Ostafrika nicht mehr fordern, als für solche nach Sansibar. An dem Ankauf der Sultanländereien bei Dar es Salam sei die Regierung beteiligt, eine Gefahr für die Entwicklung der Stadt somit ausgeschlossen. Abg. Dr. Paasche will seine Empfehlung der Anwendung von Zwang nur so verstanden wissen, daß die Eingeborenen für die geleistete Arbeit gut bezahlt werden. Auch in den Kulturländern zwinge die Erhaltung der Ehre die Menschen zur Arbeit, wie z. B. der Staat die wehrfähigen Männer auch zum Militärdienst zwingt. — Zur Durchführung der Trennung der Militär- und Zivilverwaltung werden für 8 neue Bezirke 3 Residenten, 17 Sekretäre, 9 Staatsräte und 9 Polizeimeister mit einem Mehraufwand von 273 700 M. gefordert, und das außer der gleichzeitig starken Vermehrung der Schutz- und Polizeitruppe. Mit der Neuordnung soll die Zivilverwaltung auf das ganze Schutzgebiet ausgedehnt werden, eine Maßnahme, die lebhaft bekämpft wurde, weil jeder Nachweis der Nützlichkeit und Notwendigkeit einer solchen Reorganisation fehlt, außerdem in noch großen Bezirken jegliches wirtschaftliche Leben. Die Debatte wird Freitag fortgesetzt. —

Die Zigarettensteuer vorlage fertig!

Die Finanzreformkommission legte in ihrer Donnerstag-Sitzung die Beratung der Zigarettensteuer vorlage und der dazu gestellten Anträge bei § 14 fort. Geher, Röllenhuh und Förster kritisierten die völlig unzureichenden und unauflösbaren über Hals und Kopf zusammengestoppelten Kontrollvorschriften dieses und der beiden folgenden Paragraphen sehr scharf. Ramentlich kritisierte Geher die Bestimmung im § 14, die vordrückt, daß für die Steuerbeamten bei ihren Amtshandlungen in Fabriken und Lagerräumen insbesondere auch für Beleuchtung zu sorgen ist, während jede nähere Bestimmung über die Ausführung der Kontrolle fehle; alles dies sei dem Ermessen des Bundesrates überlassen. Ganz besonders tritt der Charakter der Unfertigkeit in dem die Defraudation betreffenden § 17 des von Held gestellten Antrages zutage, wo nach den sachkundigen Ausführungen der Genossen Geher und Raben der Hinterziehung Tür und Tor geöffnet wird — trotz der verfügten Aufsicht der Steuerbehörden mit allen Scherecken und Plakereien, die die in den §§ 14—16 vorgeschriebene Kontrolle verursachen muß. Nach § 17 soll die Defraudation als vollbracht angenommen werden:

- a) wenn mit der Herstellung von Zigaretten oder von Zigaretten begonnen wird, bevor die Anzeige des Betriebes in der vorgeschriebenen Weise erfolgt ist;
- b) wenn Zigaretten oder Zigaretten vom Hersteller in einem anderen als den hierfür angemeldeten Räumen aufbewahrt werden;
- c) wenn Zigaretten oder Zigaretten aus der Erzeugungsstätte in den Inlandsverkehr gebracht werden, ohne daß sie in der vorgeschriebenen Weise verpackt und auf den Packungen mit den in § 5 vorgeschriebenen Angaben und mit den entsprechenden Steuerzeichen versehen sind;
- d) wenn Verkäufer Zigaretten oder Zigaretten im Gewerbetriebe haben, die der Vorschrift dieses Gesetzes zuwider mit dem erforderlichen Steuerzeichen (§§ 3 und 6) nicht versehen sind;
- e) wenn geöffnete, mit Steuer- oder Zollzeichen versehene Palette der Vorschrift des § 15 Abs. 1 Satz 2 zuwider nachgefüllt werden.

Diese letztere Bestimmung veranlaßt die Genossen v. Elm, Geher, Röllenhuh und Schmalzfeld, ganz energisch dagegen Front zu machen, daß die näheren Bestimmungen darüber, was als Zigaretten- oder als Rauch- oder Rauchtal anzusehen sei, dem Bundesrat zu überlassen, der schon einen geeigneten Weg finden werde. Alles reden half aber nichts, die Mehrheit hatte alles zurechtgemacht wie beim Postort und die Anträge wurden mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Bei § 18 machte Röllenhuh auf die Bestimmung aufmerksam, die da lautet: „Nun ein vorenthaltener Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe von fünfzig Mark bis hundert Mark ein.“ Danach könne also jeder Staatsbürger, der überhaupt mit Zigaretten gar nicht zu tun habe, bei dem mithin ein vorenthaltener Steuerbetrag nicht festgestellt werden kann, zu der genannten Geldstrafe verurteilt werden. Auf diese boshafte und Schmeichelei des Gesetzes charakterisierende Bemerkung hin stellte Müller-Sagan schleunigst den Abänderungsantrag, statt „ein“ zu setzen „der“. Fast ohne jede Änderung wurden dann die übrigen Paragraphen mit den dazu vorliegenden Anträgen angenommen, worauf Röllenhuh den gestern schon veröffentlichten Antrag der Genossen betreffend Entschädigung der nach Zutrittstreten dieses Gesetzes brotlos werdenden Zigarettenarbeiter ausföhrlich begründete. Der von Raab und Dr. Wolff dazu eingebrachte Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Arbeitern und Arbeiterinnen, die infolge dieses Gesetzes durch den Rückgang des Zigarettenverbrauchs arbeitslos werden, ist eine Entschädigung zu gewähren, sofern sie den Nachweis führen, daß sie trotz ausreichender Bemühungen eine ihrer bisherigen Beschäftigung annähernd gleichwertige nicht finden konnten, ihnen auch eine solche Beschäftigung nicht nachgewiesen werden konnte.“

Die Entschädigung beträgt für die Dauer der Arbeitslosigkeit, jedoch bis längstens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, die Hälfte des zuletzt nachweislich verdienten Arbeitslohnes.

Röllenhuh wies nach, daß dieser Antrag den Kern der Sache durchaus nicht treffe. Wenn Raab und die Regierung wirklich der Ueberzeugung seien, der sie ja mehrfach Ausdruck verliehen haben, daß infolge der Versteuerung der Zigaretten kein Rückgang in der Produktion und keine Arbeiterentlassungen stattfinden, so sei es doch unbedenklich, unseren Antrag dem Gesetz einzubringen. Raab will davon nichts wissen und hält seinen Antrag für das weitestgehende Entgegenkommen. Der Schatzsekretär warnt mit beweglichen Worten vor Annahme beider Anträge, weil dadurch das Prinzip der Entschädigung in die Reichssteuergesetzgebung hineingetragen würde, das unabsehbar in seinen Folgen sei. Mit demselben Rechte wie die Arbeiter könnten dann auch Unternehmer und Fabrikanten, die irgendeis

durch Steuergesetze sich in ihrem Erwerb geschädigt glauben, Entschädigungsansprüche geltend machen.

Die beiden Anträge wurden denn auch — der erstere gegen die 6 Stimmen der Sozialdemokraten und der zweite gegen die dieser und der beiden Antragsteller — abgelehnt. Damit waren sämtliche Anträge erledigt und die Vorlage in erster Lesung fertig gestellt.

Am Freitag beginnt die Beratung der Stempelsteuervorlagen.

Deportation!

Die Einführung der „fakultativen Strafverweisung“ nach überseeischen Kolonien empfiehlt eine dem Reichstage zugegangene Petition des „Deportationsausschusses“ des Deutschen Kolonialbundes. Eine ähnliche Eingabe ist bereits unterm 13. Februar vorigen Jahres dem Reichskanzler zugegangen, hat aber bei diesem bis heute keine Gegenliebe gefunden. Jetzt hoffen die famosen „Vollstreckungs“-Beim Reichstage mehr Glück zu haben. Das Nachwort ist unterzeichnet von folgenden Personen: B. Werber, Hauptmann a. D., v. Böhlendorff-Kölpin, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, Dr. A. Strecker, Herausgeber der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, Prof. Dr. J. Kohler, Geheimrat, Inspektor, Ernst Cohnig, Rechtsanwalt, und Dr. Joachim Graf von Pfeil.

Diese „Menschenfreunde“ behaupten in ihrer Petition, die „Lobpreisungen unferer Theoretiker“ über die angeblichen Erfolge der Freiheitsstrafe in Zellen, Gemeinschafts- oder Einzelhaft wären nicht mehr umstände, die allgemeine Empörung über das Unschickliche von schweren Verbrechen an allen Ecken und Enden des Reiches einzuschärfen. Dann wird ausgeführt, daß die Zahl der Justizgefängnisse in Preußen allein zurzeit bereits 1026 betrage. Die deutschen Gerichte hätten im Jahre 1898 48 Todesurteile ausgesprochen, und die Freiheitsstrafen ließen sich jetzt auf mindestens 28 000 Jahre Zuchthaus und 49 000 Jahre Gefängnis jährlich berechnen — von den übrigen Strafen ganz abgesehen. Die Zahl der von Schwurgerichten in Preußen abgeurteilten Verbrechen sei von 6403 im Jahre 1871 auf 12 804 im Jahre 1877 angewachsen. Die tägliche Durchschnittszahl der Gefangenen habe allein in Preußen im Jahre 1897—98 bei der Justiz 32374, bei der Verwaltung des Innern 24 679 betragen. — Dann weist die Petition auf die Kosten der Strafverfolgung und des Strafvollzuges hin, welche für das Deutsche Reich sich auf jährlich etwa 100 Millionen Mark bezifferten.

Die Petenten sind nun der Ansicht, daß die Regierung wohl nicht dafür zu haben sein würde, die Verurteilung ohne weiteres im Verwaltungsweg einzuführen. Bei der Eigenartigkeit dieses Strafvollzugssystems würde also eine reichsrechtliche Regelung der Frage nicht zu umgehen sein.

Sie schlagen deshalb vor: durch ein besonderes Reichsgesetz eine Ergänzung des Strafgesetzbuches dahin einzutreten zu lassen, daß den nach ihrer körperlichen und geistigen Beschaffenheit zum überseeischen Strafvollzuge geeigneten innerhalb bestimmter Altersgrenzen stehenden Verurteilten auf Ansuchen durch die Strafvollzugsbehörde gestattet werden könne, die auferlegte längere Freiheitsstrafe in einer Strafkolonie des Deutschen Reiches zu verbüßen. Der Deportationsausschuß des Deutschen Kolonialbundes bringe — so heißt es dann in der Petition — vorerst nur eine fakultative Verweisung langjähriger Bühler in Anregung. —

Wahrlich, wenn angeht dieser menschenfreundlichen Petition nicht die Ueberzeugung kommt, daß wir Deutschen — voran der Deportationsausschuß des Deutschen Kolonialbundes — an der Spitze der Zivilisation marschieren, dem ist nicht zu helfen!

Heimarbeiter-Ausstellung.

Kleider- und Wäschekonfektion.

Wohl in keinem anderen Industriezweige hat die Heimarbeiter eine so weite Verbreitung gefunden, wie in der Konfektion. Obwohl die Heimarbeiter als eine rückständige Produktionsmethode angesehen werden muß, ist sie doch in der Konfektion als edles und rechtes Kind der kapitalistischen Gesellschaft erst in neuerer Zeit zu einer früher nie geahnten Ausbreitung gelangt. Wenn man in einer Großstadt von Heimarbeiter spricht, so denkt jeder zunächst an die Konfektionsarbeiter, die man in den Arbeiterdörfern jeder größeren Stadt zu hunderten, ja zu tausenden und zu zehntausenden antreffen kann.

Eine rückständige Produktionsmethode im Zeitalter der Maschinen, der Fabriken, des technischen Fortschritts, das erscheint auf den ersten Blick sonderbar, hat aber seine natürlichen, im Profitinteresse des Kapitalisten begründeten Ursachen. Für die Herstellung von Kleidern und Wäsche gibt es noch keine Maschinen, welche, wie in anderen Industrien, die Tätigkeit des Arbeiters zum größten Teil ersetzen und die Produktion ins ungeheure steigern. Die Nähmaschine ist eigentlich nichts anderes, als ein vervollkommenes Handwerkzeug, das besser und schneller arbeitet als die mit der Hand geführte Nadel. Die Nähmaschine ist im Fabriksaal des Kapitalisten im allgemeinen nicht leistungsfähiger als in der Dachkammer des Arbeiters. Weshalb also große Kapitalien in Fabriken anlegen — sagt sich der Unternehmer —, wenn es Arbeitkräfte genug gibt, die in ihren eigenen Räumen, mit ihren eigenen Nähmaschinen arbeiten anfertigen so viel ich haben will und zu dem Lohn, den ich ihnen biete. Noch andere Umstände kommen hinzu, die es dem Unternehmer der Konfektionsbranche möglich machen, in der Hausindustrie erheblich billiger zu produzieren zu lassen, als er es in der Fabrik könnte. Das sind, kurz angedeutet, die Gründe, die in der Konfektionsbranche in neuerer Zeit eine ausgedehnte Hausindustrie entstehen ließen, die für den Unternehmer sehr gewinnbringend ist, für ein großes Heer von Arbeitern und noch mehr Arbeiterinnen dagegen elende Löhne, lange Arbeitszeit, schlechte Lebensverhältnisse, mit einem Wort: ein jammervolles Dasein bedeuten.

Ein zahlreiches Proletariat, dessen Angehörige gezwungen sind, um jeden Preis Arbeit anzunehmen, besonders auch Frauen und Mädchen, die mit hässlicher Weisheit wissen und sich mit den geringsten Löhnen zufrieden geben, findet sich in jeder großen Stadt. So gibt es kaum eine Großstadt im Deutschen Reich, wo sich nicht die Konfektionsindustrie mit all ihrem Elend, das sie den Arbeitern bringt, angesiedelt hätte. Ja, in einigen Gegenden Deutschlands hat sie sich, von der Großstadt ausgehend, über weite Gebiete ländlicher Orte ausgebreitet. Aus den baufälligen Häusern der Dörfer, wie aus den engen, halb dunklen Gassen großstädtischer Miets- häuser gehen die Erzeugnisse fleißiger Hände in großer Zahl in die Geschäftspaläste der Konfektionäre, um von da in alle Welt verschickt zu werden und dem Fabrikanten wie dem Händler reichen Gewinn zu bringen, an dem in vielen Fällen auch der Zwischenmeister einen fetten Anteil hat.

Die Ausstellung zeigt uns eine Fülle von Erzeugnissen aus den verschiedensten Zweigen der Konfektion. Wir sehen in der Wäscheabteilung einfache Paradenhemden für Arbeiter, die mit einem Arbeitslohn von 1,10 M. das ganze Duzend bezahlt werden

und der Heimarbeiterin einen Stundenlohn von 8 bis 8 Pf. bringen, wie auch blütenweiße, gesteierte und gewaschene Oberhemden für die zahlungsfähigen Herren der bessergestellten Gesellschaft. Aber auch bei diesen besseren Artikeln bilden Stundenlöhne von 15 bis 20 Pf. die Regel. — Da sind ferner die verschiedensten Wäscheartikel für Damen, von feinstem Reinwand gefertigt, mit Spitzen besetzt und geflickt, Unterröcke, Schürzen, Jaden usw., einfache und bessere Sachen, und bei allen teilen uns die trodenen Angaben der kleinen Zeitungen mit, daß bei der Anfertigung dieser Gegenstände Stundenlöhne von 8, 10, 15, 20 Pf., und wenn es hoch kommt, 25 bis 30 Pf. erzielt werden. — Wenn wir die angeführten Kleidungsstücke für Männer, Frauen und Kinder betrachten: überall dasselbe Bild jämmerlich niedriger Löhne. Nur sehr selten findet man in der Fülle der ausgestellten Gegenstände solche, an denen ein Stundenlohn von 30 bis 40 Pf. verdient wird, dann aber handelt es sich immer um besonders geübte Arbeiter und um Arbeiten, für die durch irgend welche günstigen Umstände ein besserer Lohn gezahlt wurde.

Es ist durchaus nicht der Fall, daß bessere Arbeiten immer einen höheren Verdienst bringen als einfache und weniger sorgfältig ausgeführte. Man sieht, daß nicht die Güte der Arbeit den Maßstab für die Höhe des Lohnes bildet, sondern daß der Konfektionär ohne Regel, ganz wie es sein Geschäftsinteresse erfordert, den Lohn festsetzt. So kommt es denn, daß oft für Gegenstände, die in der Ausführung einander fast gleich sind, ganz verschiedene Löhne gezahlt werden. Ein Beispiel dafür sind die einfachen Paradenhemden. In Königsberg wird für das Duzend ein Arbeitslohn von 1,10 M. bezahlt. Die Herstellung erfordert 11 Stunden, nach Abzug der Anlagen verbleibt der Arbeiterin ein Stundenlohn von 8 1/2 Pf. Auch in Breslau werden diese Hemden ebenfalls mit 1,10 M. pro Duzend bezahlt. Die Arbeiterin hat aber nur 7 1/2 Stunden darüber gearbeitet und in der Stunde 12 1/2 Pf. verdient. Eine anscheinend gleiche Sorte von Hemden wird in Dortmund mit 1,40 M. pro Duzend entlohnt. Die Herstellungszeit ist 18 Stunden, auf die Stunde kommt ein Reinerdienst von 7 1/2 Pf. Der höhere Duzendlohn und die längere Herstellungszeit des Dortmunder Beispiels läßt darauf schließen, daß diese Sorte wohl etwas mehr Arbeit erfordert als die Exemplare aus Königsberg und Breslau. Da aber bei diesen beiden, die im Duzendlohn gleich sind, die Arbeitszeit eine sehr erhebliche Differenz zeigt: 11 Stunden in dem einen, 7 1/2 Stunden in dem anderen Falle, so darf man wohl annehmen, daß es sich in dem einen Falle um eine wenig geübte, im anderen Falle aber um eine sehr gewandte Arbeiterin handelt, die trotz ihrer großen Fertigkeit doch nur 12 1/2 Pf. in der Stunde verdienen kann. Hiernach würde also eine mittelmäßige Arbeiterin bei der Anfertigung von Hemden 10 Pf. in der Stunde verdienen. Wie bei solchem Verdienst die Lebensverhältnisse sein müssen, das kann man sich denken. Bei Arbeiten besserer Qualität werden, wie die ausgestellten Sachen zeigen, im allgemeinen auch keine höheren Stundenlöhne erzielt. In der Wäschebranche stellt sich der Stundenverdienst auch bei den besten Arbeiten selten höher als 20 Pf. Ebenso ist es in der Krautwabenbranche.

Aus demselben i. S. sind Korsetts ausgestellt, bei deren Anfertigung Stundenlöhne von 12 bis 16, höchstens 18 Pf. erzielt wurden.

In der Kleiderkonfektion fallen die ungemein niedrigen Löhne auf, die für Anabenanzüge gezahlt werden. Da sind Anzüge für Knaben von 6 Jahren, jeder Anzug besteht aus Jacke, Weste und Hose, und das ganze Duzend solcher Anzüge wird mit 6,50 M. entlohnt, so daß der Arbeiterin ein Stundenlohn von 8 Pf. zufällt. Ein größerer Anabenanzug aus Stettin wird mit einem Stücklohn von 1 M. bezahlt und bringt in der Stunde 14 Pf. Von Arbeiterinnen dieser Branche wird jedoch behauptet, daß sie in Berlin für den gleichen Anabenanzug einen Stücklohn von nur 80 Pf. erhielten. Damit wird die Behauptung widerlegt, welche die Unternehmer bei Lohnforderungen aufstellen pflegen, wenn sie sagen, daß in Berlin durchweg höhere Löhne gezahlt würden wie auswärts und daß die Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz eine Lohnhöhung unmöglich mache. Uebrigens sind in der Ausstellung nicht etwa nur die am schlechtesten entlohnten Sachen zusammengetragen. Wir haben in der Konfektionsabteilung von Arbeiterinnen, welche die Ausstellung besuchten, öfter gehört, daß sie für die gleichen Arbeiten, welche dort ausgestellt sind, noch geringere Löhne als die angegebenen erhalten.

Gehen wir die Männerbekleidung durch, von den Arbeitsanzügen bis zu den besseren Herrenanzügen, so werden durch jedes einzelne Stück die Angaben, welche wir bisher gemacht haben, bestätigt. Bohin wir uns wenden: Stundenlöhne von 20 bis 30 Pf. sind bei besseren Sachen die Regel, solche bei 40 Pf. seltene Ausnahmen. Doch an einzelnen Gegenständen können wir nicht vorbeigehen, ohne sie einer besonderen Betrachtung zu würdigen. Da hängt ein Uniformrock für einen königlich preussischen Kadetten. Auch dies Stück ist vom Heimarbeiter angefertigt gegen einen Lohn von 3 M. Nach Abzug der Anlagen verbleibt dem Arbeiter ein Stundenlohn von 27 Pf. Der Dienstoff eines Postunterbeamten, in Berlin hergestellt für einen Stücklohn von 3,50 M., ergibt einen Stundenlohn von 32 1/2 Pf. Ein anders ausgeführter Postbeamtenrock, in Bielefeld angefertigt, brachte gar einen Stundenlohn von 24 Pf. Ein in Kassel hergestellter Dienstoff für Eisenbahnbeamte trug dem Arbeiter einen Stundenlohn von 28 Pf. ein, und bei einer Polizeibeamten-Litewka, die in Minden angefertigt wurde, ist ein Stundenlohn von 27 Pf. erzielt worden. — Auch Bekleidungsstücke, wie sie von den Mannschaften der kaiserlichen Marine getragen werden, sind ausgestellt: Eine blaue Tuchhose, Jacke und Hose von Reinwand, Hemd, Unterhose, Krage und ein Stiefelbeutel. Bei der Anfertigung dieser Sachen werden Löhne von 21 bis 25 Pf. pro Stunde erzielt. Wie mag nur die Marinebekleidung in die Hausindustrie kommen? —

Von erheblichem Interesse ist die Frage: Welche Preise erzielen Fabrikanten und Händler für die Sachen, die dem Arbeiter Stundenlöhne von wenigen Pfennigen eintragen? — Einige Angaben, die der Verein für Sozialpolitik den von ihm ausgestellten Gegenständen beifügt, geben Antwort auf diese Frage. Ein Paletot besserer Qualität wird mit einem Stücklohn von 3,50 M. bezahlt. Der Arbeiter — jedenfalls ein besonders tüchtiger — kommt auf den für Heimarbeiter außerordentlich hohen Reinerdienst von 51,7 Pf. pro Stunde. Der Engrospreis dieses Stückes ist 16 1/2 M., der Ladenpreis 30 M. — Ein anderes Beispiel: Eine bessere Robenoppe, für die ein Stücklohn von 1,80 M. gezahlt wird, bringt dem Arbeiter einen Reinerdienst von 25 Pf. in der Stunde. Der Engrospreis beträgt 6,50 M., der Ladenpreis ist nicht angegeben, er dürfte sich aber auf 15 M. stellen, wenn man das Verhältnis zwischen Engros- und Ladenpreis, welches bei dem vorstehend erwähnten Paletot und auch bei anderen Sachen angegeben ist, als Norm annimmt. — Man sieht an diesen beiden Beispielen, die wohl für die ganze Branche typisch sein dürften, welches schreckliche Verhältnis zwischen dem Gewinn des Fabrikanten und Händlers

und dem Lohn des Arbeiters vorhanden ist. Der Ladenpreis ist fast doppelt so hoch wie der Engrospreis. Nun sind ja im Ladenpreis auch die Geschäftskosten des Händlers enthalten. Sie können aber, auf das einzelne Stück berechnet, nicht allzu hoch sein. Ein Reingewinn von mindestens 20 bis 25 Proz. dürfte wohl in die Klasse des Händlers fließen. Der Fabrikant, der ja außer dem Arbeitslohn noch das Material zu bezahlen hat, wird sich jedenfalls auch nicht mit einem geringeren Verdienst begnügen wie der Händler. Nur der Arbeiter muß sich mit einigen Pfennigen begnügen, und wenn er einen wenig höheren Lohn fordert, dann heißt es, die Industrie geht zugrunde, falls der Lohn erhöht werden soll. Dabei erzielt aber „die Industrie“, das heißt, die Mittelspersonen, welche zwischen dem Arbeiter und dem Konsumenten stehen, 40 bis 50 Proz. des Verkaufspreises als Gewinn.

Wo die Arbeiten erst durch die Hand des Zwischenmeisters an den Arbeiter gelangen, da ist dieser noch schlechter daran, als wenn er direkt mit dem Fabrikanten zu tun hat. Der christliche Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen hat einen hochgelegenen, schwarzseidenen, reichausgestatteten Damenmantel ausgestellt. In diesem Stück hat der Zwischenmeister nichts weiter zu tun, als Stoff und Zutaten vom Geschäft zu holen, zuschneiden und die Teile der Heimarbeiterin, die sie von ihm abholt, zu übergeben. Für diese Leistung „soll“ er, wie es in der Angabe heißt, 7 M. erhalten. Daraus gibt er der Arbeiterin, die den Mantel fertig macht, wozu sie 12 Stunden nötig hat, ganze 2 M. Nach Abrechnung ihrer Ausgaben bleibt der Arbeiterin ein Stundenverdienst von 15 Pfennigen. Ist das nicht die schändlichste Ausbeutung, die man sich denken kann?

Reichliche Beispiele liegen sich noch mehrere anführen. Merkwürdig. Gerade zu den feinsten Toiletten der vornehmsten Damen werden Sachen verwandt, die sehr hoch im Preise stehen und doch für die Arbeiterinnen nur elende Hungerlöhne abwerfen. Wieder ist es die Ausbeutung des Vereins für Sozialpolitik, die uns derartige Beispiele zeigt. Es sind Heimarbeiten aus dem Spezzari. Seidenstoff, fein wie Spinnweben, darauf aus schillernden Plüschern lustvolle Muster gefärbt sind. Eine Arbeit, die Augen und Nerven fürchterlich anstrengen muß. Diese Ware wird zur Garnierung von Hüten und eleganten Kleidern benutzt. Eine reichhaltige Sammlung dieser Sachen ist vorhanden, und bei allen ist sowohl der Arbeitslohn, wie der Engros- und der Ladenpreis angegeben. Das Verhältnis zwischen dem ersten und den beiden letzteren ist hier genau dasselbe, wie bei den vorher erwähnten Erzeugnissen der Herrenkonfektion. So hat beispielsweise das Meter Hutbesatz einen Ladenpreis von 9,10 M. Der Engrospreis beträgt 4,50 M., der Arbeitslohn 1,20 M. oder pro Stunde 18,4 Pf. — Das auffallendste Stück dieser Abteilung ist eine Luise aus feinem, durchsichtigem Seidenstoff. Sie ist mit Perlen- und Seidenstickerei reich verziert und über und über mit winzigen, in Perlmuttfarben schillernden Plüschern besetzt. Ein Kleidungsstück, wie es nur reiche Damen erwerben können, um bei luxuriösen Feste damit zu prunken. Der Engrospreis ist auf 26 M. angegeben. Daran dürfte der Ladenpreis etwa 50 M. betragen. Als Arbeitslohn werden 9 M. bezahlt. Die Arbeiterin hat daran 45 Stunden zu tun, sie verdient also in der Stunde 20 Pfennige.

Für zwanzig Pfennige Stundenlohn müht und quält sich die arme Arbeiterin an dem Festkleid der reichen Dame. Es ist der Schweiß und das Blut der Armen, mit dem sich die Schönheit aus den Reihen der oberen Tausend zum Feste schmückt, und Schweiß und Blut der Armut ist es, womit sich unerlässliche Unternehmer und gierige Zwischenmeister ein behagliches Wohlleben bereiten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschultheißen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, Ha 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47, Kalbfleisch Ia 82—90, IIa 65—80, IIIa 55—64, Gemmefleisch Ia 63—73, IIa 57—62, Schweinefleisch 72—77, Rotwild 64—68, 0,55, Damwild 0,45—0,60, Hasen Stück 3,75—3,80, Kaninchen Stück 1,00—1,20, Hühner pro Stück, alte 1,60—3,00, junge 1,25—1,65, do. IIa 0,90—0,90, Tauben, junge 0,50—0,75, alte 0,45—0,50, Enten, do. IIa 2,50, Gänse pr. Pfd. Ia 0,65—0,67, IIa 0,60—0,60, russische 0,40—0,62 M., Schmalz 35—37 M., Butter 18—16 pr. 100 Pfd., Speck 106—114 M., Schmalz, unsort. 0,00 M., Kase, groß 0,00, mittel 105, Käse 0,00 M., Karpen 6,00—6,00, Ahrinlachs 675,00, Seelachs 0,00 pr. 50 Stk., Schottische Vollerlinge (geräuchert) 40—44 M., Eier, Schod. 4,00, Butter pr. 100 Pfund Ia 118—120, IIa 114—118, IIIa 110—114, abfallende 0,00—0,00, Karloffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Rote 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00, Wirsingbohnen pr. Schod. 7,00—12,00, Weißkohl pr. 100 Pfd. 2,75—3,25, Rotkohl pr. Schod. 6,00—10,00, Kohl 14—15 M., Saure Gurken, Schod. 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentag: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

— C. 35. Nummelberg V. 1 u. 2. Dienstmädchen 20. Rein. — Bellmann 1. Schöneberg, G. 2. 62. Paul Groß, C. M. 7. Reinkenborn III. No. — 107 D. W. R. W. Können Sie die gesundheitliche Beschaffenheit der Wohnung beweisen, so sind Sie berechtigt, vom Vertrage zurück zu treten und Schadenersatz begehren. Klagen Sie auf Aufhebung und Schadenersatz. — W. 2. Reichsbergerstraße. Wenn Sie der Erbschaft nicht entsagen: ja. — P. 3. Auf eine Eingabe kann Ihnen die Ratenszahlung bewilligt werden. — Gipper 1001. Ihnen steht ein Admittrecht nicht zu. — P. 4. 1. Ja. 2. Waisen-direktion. 3. Jedes Wort kann unter Umständen als Beleidigung angesehen werden. — H. P. 33. Rein, Sie können aber an Schadenersatz und Unterlassen weiterer Schädigungen klagen. — Wette 20. Die Frist beträgt drei Jahre. — D. M. 1. Ja, aber der Ausgang ist zweifelhaft. 2. Rein: auf Gefängnisstrafe können erkannt werden. — C. 2. 333. 1.—3. Rein, 4. Ja, aber es liegt dem Verkäufer die Beweiskraft ob. — P. 18. 19. Die Frist ist unerheblich. — M. 2. 61. Der Inhalt des Vertrages ist entscheidend. Ist in dem schriftlichen Vertrage nichts Besonderes vereinbart, so muß ein angemessener Raum bewilligt werden. — P. B. 77. Zur Zahlung sind Sie verpflichtet. — C. Rein. — S. Wilhelmstraße. 1. Nur wenn die Rente weniger als 15 Proz. beträgt. 2. Ohne Einfluß der Wten nicht zu beantworten. Gegen den ablehnenden Bescheid der Krankenfälle ist Beschwerde und Klage zulässig. — P. G. Grünerweg 80. Die Mutter könnte gegen die Kinder klagen. — P. M. 90. 3. Ja. — H. 2. 23. Legen Sie Beratung an das Schiedsgericht ein. — Patent. 1. Einige Monate können verstreichen. 2. Ja. 3. und 4. Grundfragen Sie sich direkt im Patentamt. — C. 2. Wenden Sie sich an den Oberbürgermeister. — Zireffrage. Ja, aber der Tageslohn ist zu zahlen. — C. Scholz, Kreuzbergstraße. Ja: Sie müßten aber mindestens 40 Wochen in je zwei Jahren einleihen. — P. 24. Einwendungen gegen die Klage hätten wenig Aussicht auf Erfolg. — P. N. 29. Rein. — P. 3. 10. Der Wirt ist im Unrecht. Klagen Sie auf Anerkennung Ihres Rechts. — P. 2. 1. Darüber besteht keine Vorschrift. 2. Das Verfahren kann durchaus dem Wirt entsprechen. — C. M. Taldorf. Die Ausschlagsbehörde ist die Beschwerdeinstanz, welches die Ausschlagsbehörde ist, ergibt das Statut. Eventuell wiederholen Sie die Frage unter Beifügung des Statuts. — 23. Rein.

Teures Fleisch — billige Seefische!!
Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8904.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schlessischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber.)

Fig. pr. Pfd.
Seekarpfen (Brassen) 20
Kabeljau ohne Kopf 25
Gr. Schellfisch mit Kopf 32
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

VI. Kreis. Schönhauser Vorstadt.

Sonntag, den 11. Februar, abends 6 Uhr,
in den **Berolina-Sälen**, Schönhauser Allee 28:
Versammlung
für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
Her mit dem Wahlrecht für die Frau.
Referent: Genosse Paul John.

Nach der Versammlung: **Gemütl. Beisammensein.**
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einseher.

Sonntag, den 11. d. Mts.
Bezirkssitzungen
in den bekannten Lokalen.
Tages-Ordnung:
Unser Vertrauensmänner-System und wie stellen sich die Kollegen dazu, neben dem Werkstatt-Vertrauensmann Deputierte zu wählen?
Die Kollegen vom Bezirk 8 werden besonders ersucht, recht zahlreich anwesend zu sein, da Bezirksleiterwahl stattfindet.

Achtung! Montag, den 12. d. Mts. präzis 8 Uhr abends
Kommissionssitzung, Gewerksch.-Haus Saal II
Hierzu sind sämtliche Einseher der Firma Wendig & Söhne eingeladen und wird erwartet, daß nicht nur die Verbandskollegen, sondern überhaupt alle Kollegen, welche als Einseher bei obiger Firma tätig sind, Raum für Raum erscheinen. Kollegen! beherzigen diese Einladung, sie geschieht in Eurem Interesse.
Es wird ersucht, auf diese Annonce jeden Kollegen, der bei Wendig arbeitet, aufmerksam zu machen.
Der Obmann.

Achtung! Tischmacher! Achtung!
Branchen-Versammlung
am Sonntag, den 11. Februar, vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus Saal 5
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Gruner.
2. Ist es möglich, in der Branche einen Tarif einzuführen?
3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.
Am Sonntag, den 11. Februar, abends 6 Uhr in den Kaminhallen, Neumannsdammstraße 20
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Arbeitersführers Hb. Ritter über „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung.“
Nachdem gemütl. Beisammensein. Tanz, Gesang u. humor. Vorträge von Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer.
Wähe haben Zutritt!
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. H. H. Neumann.

Bauhandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(Eingetragene Hilfskasse Nr. 118.)
Am Sonntag, den 11. Februar 1906, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
im Saale des Herrn Feih Wille, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, Ausschusses und Abrechnung des Kassierers für das Jahr 1905, sowie Resolutionsbericht. 2. Wahl des ersten Vorsitzenden, zweiten Kassierers, eines Beisetzers und vier Ersatzmännern. Wahl des Ausschusses und vier Ersatzmännern. 3. Errichtung einer Kasse der Schönhauser Vorstadt und Wahl mehrerer Kassisten. 4. Berichterstatter vom Kassistenkongress. 5. Innere Kassangelegenheiten.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliederbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. H. H. Heinrich Metzke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.
Achtung! Charlottenburg!
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosenstr. 3:
Versammlung
der Elektro-Monteur und Hülf-Monteur
Charlottenburg und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Busch: Die wirtschaftliche Stellung der Elektro-Monteur Deutschlands. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Baumschulenweg!
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Schäfer, Baumschulenstr. 14:
Bezirks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Not des vierten Standes. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Generalversammlung
der
Möbelfabrik „Einigkeit“ E.G. m. b. H.
Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, den 25. Februar, vorm. 9 Uhr, in unserem Kontor, Köpenickerstraße 154a, 1 Tr., statt.
Tages-Ordnung:
1. Vorlage des Jahresabschlusses. 2. Bericht über die stattgefundenen Revisionen. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Statutenänderung und Geschäftliches.
Die Bilanz liegt in unserem Kontor zur Einsicht aus.
Der Vorstand.
A. Siebert. J. Stephan.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- u. Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen (E. G.) zu Sch.-Gmünd. Mitgliedschaft Berlin.
Montag, den 12. Februar 1906, abends präzis 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes usw. 4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches wie pünktliches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.
J. H. C. Holtkamp, Vorsitzender, Altmühlstr. 18 E.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren zum 11. Februar:
3. u. 4. Ubt. nach Mühlentee (Baer), Start 17 Uhr Köpenicker Platz.
5. u. 6. Ubt. nach Hennigsdorf (Baer), Start 9 Uhr Oberbergerstraße 30 (Genossenschaft). 11/18

Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Sitzung der I. Abt. jeden ersten Dienstag im Monat bei Thiel, Bergstr. 151/152, der II. Abt. jeden zweiten Dienstag im Monat bei Hoppe, Hermannstr. 49.
Am 17. Februar: **Maskenball** bei Thiel, Bergstr. 151/152.
Am 27. Februar: **Haupt-Versammlung** bei Thiel.
Radfahrer, welche dem Verein beitreten wollen, können sich in den Sitzungen oder beim Vorsitzenden: **Fritz Richter, Rixdorf, Berlinerstr. 31, I** melden. 11/7
Gäste jederzeit willkommen.
Der Vorstand.

Der Unterzeichnete gibt bekannt, daß er mit dem in Nr. 14 des „Vormittags“ veröffentlichten Anzeiger „Ehrenerkennung — Franz Wilschell“ in keinem Zusammenhang steht. Franz Wilschell, Döber, Kordensd., Birken-Allee 10.

Wissenschaftl. Zentralverein
Humboldt-Akademie.
V. Wissenschaftl. Abend
Sonabend, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16/17.
Prof. Dr. Heinrich Lange: **Ueber niedrigste u. höchste Temperaturen**
(Experimentalvortrag). Diese Vorträge sind frei f. d. Mitgl. des Wissenschaftl. Zentralv. (die korporativen Mitgl. wollen sich ihre resp. Freikarten vom Bureau ihres Vereins ausfertigen lassen). Abonnementkarten f. Nichtmitglieder zu 1,50 M., Einzelkarten zu 1 M. in den Bureaus.

Deutschlands Spezialgeschäft
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
berühmt geg. Reinheitsgarantie, neue und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.50; prima Halbdaunen M. 1.75; Gänsefedern M. 2.00; prima weiße Gänsehalbdaunen M. 2.50-3.00-3.50 etc. dinst. Monopoldaunen M. 2.50-3.50 etc. reichlich. Natur- u. Gänsefedern (s. Reich) M. 0.50 per Pfund; Gänsefedern, wie sie von der Hand fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umsonst über Rückfragen geantwortet.
Bestellfrist: Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16/17.
Zweiter Vorsitzender u. Bettfederngeschäftsrat.

Unwiderruflicher Schluss
des
Aufsehen erregenden
Sonder-Verkaufs
am
Montag, den 12. Februar abends 9 Uhr.

Viele Hunderte	Herren-Anzüge	36.- 27.-	8 Mk. 65
Viele Hunderte	Herren-Hosen	18.- 12.-	2 Mk. 25
Viele Hunderte	Herren-Westen	8.- 6.-	1 Mk.

Die Preise sind beispiellos billig, teilweise bis unter die Hälfte herabgesetzt.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Massstabes.
Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse II
Gr. Frankfurterstr. 20.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.
Filiale Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.
Sonntag, den 11. Februar 1906, mittags 12 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hafenselbe:
Versammlung
für alle im Malergewerbe beschäftigten Personen.
Tages-Ordnung: Das Resultat der Verhandlungen der Lokalkommission.
Kollegen! Wir machen darauf aufmerksam, daß die Versammlung pünktlich um 12 Uhr eröffnet wird, da der Saal um 2 Uhr geräumt werden muß. — Bei dieser so wichtigen Angelegenheit erwarten wir, daß niemand der Versammlung fern bleibt. Erscheint Mann für Mann.
Der Saal wird um 11 Uhr geöffnet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Köpenstr. 29:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die vorgelegenen Kandidaten des Zweigvereinsvorstandes.
2. Diskussion über die vorgelegenen Delegierten zur neunten Konferenz.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es nötig, daß alle Kollegen erscheinen.
Der Zweigvereinsvorstand.

Orts-Krankenkasse der Maler und verw. Gewerbe.
Die von der Generalversammlung beschlossene Statutenänderung:
§ 34 Einführung der Quittungsfarten.
§ 47 Wahlen zur Generalversammlung.
§ 63 Bestimmungen der Klasse.
Die von der Bezirkskommission genehmigt und tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Der Vorstand.

Achtung! Bohner Berlins u. Umgegend!
Sonntag vormittags 10 Uhr
im Lokale von Ahrens, Fruchtstraße 20
Besprechung sämtlicher Bohner Berlins und Umgegend
Tages-Ordnung:
1. Wie organisieren sich die Bohner? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Parteibodenleger werden gebeten, die Bohner auf diese Zusammenkunft hinzuzuwiesen.
Der Enderufer.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt
In jeder besseren Fahrradhandlung Millionen im Gebrauch erhältlich.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 9. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die weiße Dame.
Schauspielhaus. Der Schwur der Irene.
Deutsches, Debüt und die Sphinx.
Weihen. Der Herr der Gamm.
Berliner. Die Jüdin von Toledo.
Festung. Rosenkranz.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Ein Wintermärchen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rädisches Theater.) Cyprienne.
General. Der Mikado.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Kleines. Kinder der Sonne.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Reizend. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 144. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Hgl. v. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jed. Abend 8 Uhr sowie Sonnabend
Gastspiel Adolf Philipp

Berliner Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr: Schüler-
vorstellung 3. ermäß. Preis: Die Jüdin.
7 1/2 Uhr: Der Widerspenst. Zähmung.
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu er-
mäßigten Preisen: Keen. Abends
7 1/2 Uhr: Die Jüdin von Toledo.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Sonntag: (Anfang 8 Uhr):
Salomo.
Sonntag:
Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag:
Kinder der Sonne.

Zentral-Theater
(Operette). Neu einstudiert:
Der Mikado.
Operette in drei Akten mit Mia Werber
und Oskar Braun.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Pension Schöller.
Sonntag: So sind sie alle.
Sonntag nachmittag: Maria Stuart.
Abends: Ein Sommernachtstraum.
Montag: Ein Sommernachtstraum.

Komische Oper.
Freitag, d. 9. Februar, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag und Sonntag abend:
Hoffmanns Erzählungen. Sonntag
nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Die Bohème. Montag zum ersten
Male: Don Pasquale.

Apollo-Theater.
Vollständig neues Programm.
Nur neue Spezialitäten
und Gobert Belling.
Dazu: Tulipatan, Operette.
Griffelstein-Rabaret, Paris-Rachibild.
Sonntag, den 11. Februar, nach-
mittags 3 Uhr: Berliner Luft und
Spezialitäten. Bedeut. ermäß. Preise!

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Urania Tauben-

Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörsaal 8 Uhr: Ingen. Zochlin:
Der Explosivmotor.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/62

Castans

Panoptikum

Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner
Abessinians.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder,
sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 144. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Hgl. v. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jed. Abend 8 Uhr sowie Sonnabend
Gastspiel Adolf Philipp

50. Er & Ich

Male
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich“.
Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr:
Fest-Vorstellung
anlässlich des 25-jährigen
Künstlerjubiläums
von **Adolf Philipp.**
Billetts sind jetzt zu haben.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Humorist.
— Bierzehn Nummern. —
„Und Pepi singt“
(Pepi Weiß).

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Otto Reutter.
Charles Hers, Jongleur.
Sutcliffe-Truppe, schottisch. Akrob.
Stein-Erette, Handspringer.
Robbins, Kunstschüler.
Das „Motogirl“.

Tschin - Maa - Truppe
Chinesische Gaukler und Zauberer.
Mistinguette, Pariser Sängerin.
Rococo, Ballettscene.
Clark u. Hamilton, musik. Excentr.
Japanische Garde, Damenensemble.

Biograph.

Gebüder
Herrnfeld-Theater.
Heute und folgende Tage:
Familiientag
im Hause Prellstein.
Familienmitglieder:
Fridolin Unterbett
Emmerich Unterbett
Samuel S. Unterbett
Frau Wolkenbruch
Jonas Tischluch
Hannibal Sauerstoff
Freddy Eiwel
Maurice Archimedes
Flora Prellstein
Kicky v. Kitzky
Monika v. Kitzky
Igel u. Kodak
Stanislaus, Helene
Schozjak, Nichtsintulenzent
(Anton Herrnfeld)
Esau Prellstein
(Donat Herrnfeld).

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute Freitag, den 9. Februar 1906:
Der Leiermann
und sein Pflegekind.
Original-Vollstück in 3 Akten
von Charlotte Ullrich-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Sonntag nachmittag: Der Leier-
mann und sein Pflegekind.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Reiseabenteuer in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
E. Schafepare.
Sonntag abends 8 Uhr:
Cyprienne.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien
Eardou und G. de Rojac.
Sonntag abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasen-
heide 108/114.
Freitag, den 9. Februar 1906:

Münchener Bockbierfest

Ulk über Ulk.

Heute:
Prämierung des kleinsten Damenfußes.
3 Preise:
60, 40, 20 Mark in bar.
Die Prämierung findet um 10 1/2 Uhr auf der Bühne statt.
Anfang 7 Uhr. — Entree 0,30 M.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Oekonom: E. Niemann) am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Route sowie nur noch einige Tage:
Münchener Bockbier-Fest
arrangiert von dem rühmlichst be-
kannten und populären Festwirt
Schorsch Ehrngruber aus München
mit seiner Original-Oberland'ler Truppe.
Bedienung d. 20 Oberbayr. Mad'ln in Nationaltracht.
Morgen: Alpenfest der „Typographia“.

Zirkus
Albert Schumann
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
Das neue Sensations-Programm, u. a.:
Neu! Ihre Erziehung! Neu!
Margaretha Fehin Pascha
des Kaiser des Osmanlandes.
Neu! The great Morgana Family.
Neu! The Ergotti u. King Louis Troupe.
Neu! The great Grand Troupe,
starke Soliste auf lebendem Viehdiebstahl.
Miß Abie Mitchell mit ihrem
farbigen
20 Studenten 20
Heute sämtliche Spezialitäten.
Zum Schluss zum 50. Male: Die
diesj. große Kasztatungspantomime
Femina das neue
Frauenreich.
Sonntag: 2 Gala-Vorstell., nachm.
3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends
7 1/2 Uhr. In beide Vorstell. sämtliche
oben angegebenen Nummern. Abends
zum 50. Male: **Femina.**

Residenz-Theater.
Direction: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Schiller'scher Schwank in 3 Akten von
L. Kanroff und J. Gbancel.
Sonntag, den 11. Febr., nachm. 3 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die lebende Bräute auf Kuba.
Großes amerikan. sensationelles Aus-
stattungsstück mit Gesang und Ballett
in 7 Bildern von James Fog.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Dief. Vorstell.
Sonntag 4 Uhr: Hängel u. Gestel.

W. Noacks Theater.
Direction: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren u. Vorzugarten gütig!
In den Sonntagen finden bis
auf weiteres keine Vorstellungen statt.

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die goldene Brücke.
Schauspiel in 3 Akten v. N. Stomronoff.
Im Neuen Theater 3. J. m. sensation.
Erfolg gegeben!
Vorher: Das Brill bunte Programm.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das
Opferlamm.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute Freitag, den 9. Februar 1906:
Der Leiermann
und sein Pflegekind.
Original-Vollstück in 3 Akten
von Charlotte Ullrich-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Sonntag nachmittag: Der Leier-
mann und sein Pflegekind.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Reiseabenteuer in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.

Neuerscheinungen im Januar

Der politische Massenstreik
und die Sozialdemokratie
Separatdruck der Ver-
handlung auf dem Parteitag
in Genä. Preis 20 Pf.

Ein katholischer Pfarrer
als Sozialdemokrat
Aus dem Holländischen des
Dr. R. van den Brink,
römisch-katholischer Priester
in Bröde in Holland.
Preis 10 Pf.

Kommunale Schulpolitik
von Max Duard. Ein
Führer durch die Gemeindeg-
schaftsfrage auf dem Gebiete der
Volksschule. Preis 1 Mark.
Agitations-Ausgabe
Preis 50 Pf.

1648 — 1789 — 1905
Eine Schilderung d. Ursachen
und der Wirkungen der Revo-
lutionen jener Zeit. Reich
illustriert. Preis 20 Pf.

Rußland und die Revolution
von Adolf Braun.
Preis 20 Pf.

Die russische Revolution
von L. Frank. Preis 20 Pf.

**Die heutige Sozialdemo-
kratie in Theorie u. Praxis**
von Ed. Bernstein.
Preis 1 Mark.

**Die Odyssee des „König
Potemkin“**
Lageverhältnisse eines Be-
teiligten und eine Einleitung:
Schilderung des Dramas.
Preis 4 Mark.

Arbeit und Kultur
Von H. Frohnt. Eine
Kombination naturwissen-
schaftlicher, anthropologischer,
kulturgeographischer, volkswirt-
schaftlicher u. sozialpolitischer
Studien. Geb. 3 Mark.

**Ethik und materialistische
Geschichtsauffassung**
Von H. Kautsky.
Preis 1 Mark, geb. 1,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68
Lindenstraße 69.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängerk
(König, Pietro, Berlin,
Böhm, Böhm,
Baden, Seidel, K. u. D.
Schradler).
Anfang
Böhmische
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute Freitag:
Die Waise aus Lowood.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sängerk
und Tanzkränzen.
Sonnt. Ab. 5. Sonntag 8 Uhr.
Anmeld. 1. d. gr. Theaterloal
und die H. Sätze zur nächsten
Saison in schon jetzt entgeg.

Goffmanns Festsäle
Kreuzbergstr. 48. Inh. Otto Ernert.
Jeden Freitag:
**Original-
Karburger Sängerk**
Direction:
Karl Frick-Kasche-Krause.
Anfang 8 Uhr. Entr. 20 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nachher: Frei Tanz.
Jeden Montag:
Frei - Tanzkränzen.
Anfang 9 Uhr.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Auftreten
des berühmten Stegreifdichters
Paul Steinitz.

Lunge u. Hals.
Bei Husten, Erstickheit, Verhäft-
lung, Brustleiden, Kehlkopf-
erkrankungen, die man nur den gerant. echt.
Russischen Knöterich
Bafete mit wissenschaftl. Gutachten
Dr. L., 3 Bde. 2,75 Reichs
Franko überall hin. Reichel's
Bonbons Pectoral.
aus nur besten Zutaten
bestehend, sind wunderbar in ihrer
Wirkung. Verkauft in den
1 Pfund 1,20 M., 1/2 Pfund 60 Pf.
Verkauft hier frei Haus!
BERLIN 43,
Ortenbaderstr. 4.

Otto Reichel, Bismarckstr. 4.

Berliner Abnormitäten-Theater
Königsstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und
Sterne der Liliputaner der Welt.
Die Zuh. Künstlerin Margarete
Marjet, Hellscherin Arnisda, hoch-
lagende Wunderkame. Pluto,
Wunderkame, geb. mit 4 Beinen,
2 Körpern, 1 Kopf, lebend. etc.
Niesen, Jwerge, Phänomen,
Fakire usw.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.

BERLIN



Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fab - Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5068.
Flaschen - „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 5599L*

H. Zimmermann
Berlin SO. Juweller Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5670L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. — Billigste Preise.

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 113a,
am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Aus-
stellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Die größte Sensation
des Okeanos sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Am zweiten Bilde:
Die sechs schönen Manolizigaretten.
Auserdem
× das neue Februar-Programm. ×

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 113a,
am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Aus-
stellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Etablisement Buggenhagen
Mortkapsel.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Vorort

Belage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 33. Freitag, den 9. Februar 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Gesangsverein „Liederborn“, Nieder-Schönweide, hält am Sonnabend, den 10. d. Mts., im Lokal „Ruffhäuser“ ein Vergnügen ab. Genanntes Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung; man wisse daher alle Billettis zu dort stattfindenden Vergnügen entschieden zuzurück.

In Bernau steht das Lokal „Schwarzer Adler“ der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.
Die Lokalkommission.

Nieder-Schönhausen. Parteigenossen! Wir treten nächste Woche in die Agitation für die Wahlbewegung ein. Diesmal müssen alle Kräfte eingesetzt werden, um Vertreter in das Dorparlament zu senden. Es kann dies uns aber nur gelingen, wenn jeder nach Kräften mithilft. Am Sonntag, früh 8 Uhr, findet von Däcker, Eichenstr. 70 aus eine Flugblattverbreitung statt und es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zur Stelle zu sein. Jeder Genosse muß es als Ehrenpflicht betrachten, bei der Wahlarbeit Hilfe zu leisten.

Vorhagen-Rummelsburg. Für die am Montag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal der Witwe Weigel, Türckstraße 45, stattfindende Volksversammlung, in welcher unsere Gemeindevorsteher über ihre Tätigkeit im Rathaus Bericht erstatten, findet am Sonntag früh 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, in folgenden Lokalen zu erscheinen:
A. Gorgas, Neue Brinn Albertstr. 78. P. Ritter, Schillerstr. 26. Lorenz, Wühlstr. 38. Langfeld, Simon Dackstr. 26. Romintenerstraße. Segepfand, Goltzstr. 10. Salwaß, Kantstr. 44. P. Jage, Brinn Albertstr. 11-12. G. Tempel, Alt-Vorhagen 66. Das Wahlomitee.

Vorort-Nachrichten.

Scharlottenburg.

Im Dienste der Arbeit. Bei den Ausschachtungsarbeiten zum Bau des Jandorfschen Warenhauses am Bittenbergplatz ereignete sich gestern Mittag ein erheblicher Unfall. Dort waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, in der Tiefe Sand auszugraben und fortzuschaffen. Dabei gab eine Wand nach, stürzte ein und begrub den 23-jährigen Arbeiter Hermann Tornow aus der Rehringstr. 4 unter sich. Nachdem ihn seine Kollegen von dem auf ihn ruhenden Geröll befreit hatten, wurde der Verletzte in einer Drohske nach der Unfallstation Zoologischer Garten geschafft, wo der Arzt einen Bruch des linken Unterschenkels feststellte. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde Tornow im Krankenwagen nach dem Krankenhaus Bestend gebracht.

Im Hause Märchstr. 12 sollten gestern an der Wasserleitung Reparaturarbeiten ausgeführt werden. Dabei fiel der 30 Jahre alte Rohrleger Wilhelm Rirwitzer aus der Kaiser Friedrichstr. 88 mit der Leiter, auf deren obersten Sprossen er stand, um und zog sich außer Verletzungen beider Schenkelbeine eine erhebliche Wunde am Kopf bei. Die Unfallstation in der Herzstraße leistete dem Verunglückten die erste Hilfe.

Rixdorf.

Eine nachträgliche Mozartfeier als Abschluß der Guldigungen zum 150. Geburtstag des Meisters findet am Sonntag, den 11. Februar, im Festsaal der Kaiser Friedrichschule in Rixdorf statt. Durch beste Kräfte des Konzertsaales und der Hofoper usw. werden alle bedeutenden Solo- und Ensemblestücke der drei Meisteroper „Figaro“, „Zauberflöte“, „Don Juan“ zu Gehör gebracht, während Dr. Mang, welcher die Leitung übernommen, auch den Festvortrag hält und Dichtungen auf Mozart von Max Weber, R. Reike (Mozart auf der Reise nach Prag) und Stellen aus Mozarts Briefen vorträgt. Billettis zum Preise von 30 Pf. und 50 Pf. sind in den Buchhandlungen Rixdorfs zu haben. Nummerierte Kunstkarten, gültig für die drei in diesem Winter stattfindenden Kunstabende (Mozartabend, Niederdeutsche Kunst, Holland und seine Kunst) sind nur in der Wilhelmshagen Buchhandlung, Bergstraße 13, zu haben.

Am Sonntag, den 4. Februar, fand im Saale des Herrn Thiele eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands statt. In dieser Versammlung gab Kollege Straube den Bericht vom Arbeitsnachweis und von der Agitationskommission. Es ging daraus hervor, daß im abgelaufenen Jahre der Arbeitsnachweis von 143 Arbeitslosen befaßt war; davon erhielten 59 Mitglieder Stellen für fest und 42 Mitglieder Stellen zur Ausschilfe. Stellen waren gemeldet für fest 148 und zur Ausschilfe 89. Der Agitationsbericht gestaltete sich wie folgt: Es haben stattgefunden 6 öffentliche Mitglieder-versammlungen, 21 Betriebsbesprechungen, 16 Bezirks- und Betriebsbetriebsversammlungen, 4 besondere Bezirksversammlungen, 11 Sitzungen der Agitations- und Arbeitsnachweiskommission. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1907, es ist ein Zuwachs von 241 Mitgliedern zu verzeichnen. Kollege Franke gab den Bericht von dem Gewerkschaftsartikel.

In der Diskussion wurden den neuzuwählenden Mitgliedern der Bezirksleitung bezüglich der Agitation einige Wünsche zur Berücksichtigung überwiehen. In die Agitationskommission wurden die Kollegen Straube, Romien, Pohl, Franke, Schweißing, Schaal und Langlau gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftsartikel wurden die Kollegen Straube und Franke gewählt. Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende bekannt, daß der Lichtbildvortrag nicht am 18. März, sondern schon am 11. März stattfindet und nur Mitglieder, welche nicht länger als zehn Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, Zutritt haben. Weiter machte er bekannt, daß am 19. Februar bei Duggenhausen unsere diesjährige Generalversammlung stattfindet und ersuchte die Kollegen, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Pantow.

Auf der Schwindsuchtstrüde den Tod gefunden hat gestern die Ehefrau des Malermisters Rabite aus Französisch-Buchholz. — Seit Jahren schon petitionieren die Vorortvereine an der Stettinerbahn, die Eisenbahnverwaltung möge den unerhörten Zuständen, welche an der Strecke, besonders aber auf dem Bahnhof Pantow-Heinersdorf herrschen, ein Ende machen. Schon vor einigen Monaten haben sich Einwohner an die Eisenbahndirektion mit dem Ersuchen gewandt, die Überlegung des Bahnhofs zu eiligen zu betreiben und besonders die sogenannte „Schwindsuchtstrüde“, eine

einfache Holzstiege, die über den Pantow-Heinersdorfer Bahnhof von einem Bahnsteig zum anderen führt, zu beseitigen. Die Bauart dieser alten Holzstiege ist eine ganz veraltete und sind schon häufig dort Unglücksfälle geschehen, die aber bisher alle verhältnismäßig gut abliefen. Die Frau Rabite stürzte nun gestern die letzten neun Stufen der Strüde so unglücklich herunter, daß sie sich einen Schädelbruch zuzog. Auf dem Wege zur Berliner Klinik starb die schwerverletzte Frau. Die Eisenbahnverwaltung soll für den Unfall verantwortlich gemacht werden.

Treptow-Baumschuldenweg.

Die wir gar nicht anders erwarteten, werden bei der bevorstehenden Gemeindevorsteherwahl unsere Gegner gemeinsame Sache machen. Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie findet sich alles zusammen, was sich sonst befindet. Wir bedauern das gar nicht, sondern begrüßen diese Tatsache. Zeigt sie doch den Arbeitern, daß sie sich auf sich allein verlassen müssen, wollen sie überhaupt vorwärts kommen. Immerhin gibt es doch noch naive Gemüter, die sich dem Wahne hingeben, die Arbeiter stehen sich vor ihren Wagen spannen und wären töricht genug, für ihre Feinde Miniarbeit zu leisten. Zu diesen naiven Leuten scheint auch der Verleger des „Treptower Anzeigers“ zu gehören. In der richtigen Erkenntnis, daß eine weitverbreitete Presse in dem Kampfe gegen die Arbeiter ein erhebliches Agitationsmittel ist, versucht der Herr auch seinem Blättchen weitere Kreise zu öffnen. Und weil es mit der Verbreitung des „Vorwärts“ am hiesigen Orte gut klappt, sagte sich der geschäftstüchtige Verleger: „Halt, übergib den Vertrieb deiner „Zeitung“ den Sozialdemokraten, dann wird alles richtig und schnell erledigt.“ — Unser Parteipetitor erhielt nun eine Postkarte von dem Verlag mit der Anfrage, zu welchen Bedingungen er das Austragen des „Treptower Anzeigers“ für Treptow übernehmen würde. Als Antwort teilte unser Genosse dem Herrn mit, daß wir ein derartiges Blatt nicht austragen, sondern nur den „Vorwärts“ verbreiten. Man sollte eigentlich meinen, der politische Anstand müßte es schon verbieten, sich in dieser Weise des Gegners zu bedienen, aber gleichgültig, die Devise lautet eben: Geschäft geht über Geschäft.

Die Arbeiterschaft muß sich schon bedanken für die Zumutung, eine „Zeitung“ zu lesen und gar noch zu verbreiten, die bei jeder Gelegenheit offene und verdeckte Angriffe gegen die Sozialdemokratie erhebt und in jeder Nummer die russischen Freiheitskämpfer beschimpft. Die Arbeiterschaft unserer Gemeinde läßt ihr Organ, den „Vorwärts“, und soweit noch derartige Ortsblättchen gelesen werden, wird sie dafür Sorge tragen, daß dieselben aus dem Arbeiterheim verschwinden und an deren Stelle die Arbeiterpresse tritt.

Rallberge-Rüdersdorf.

37 500 Mark aus der Gemeindefasse gestohlen wurden in der vorgezogenen Nacht in Rallberge-Rüdersdorf. Die Einbrecher, welche zweifellos genau orientiert waren, hatten sich vermutlich am Tage in das Gebäude des Gemeindevorsteher eingeklinkt und öffneten die Tür zu dem Kassenzimmer mittels Nachschlüssels. Dort sprengten sie mit Hilfe von vorzüglich arbeitenden Instrumenten den Tresor, wobei sie mit großer Dreistigkeit vorgingen und sich zweifellos auch viel Zeit gelassen haben. Die Diebe erbeuteten 2500 M. Bargeld, ferner Wertpapiere im Gesamtwerte von 35 000 Mark. Unter diesen befanden sich Charlottenburger Stadtanleihe in Höhe von je 1000 M. mit den Nummern 5061, 13 673, 13 674 und 13 678, über je 2000 M. Nr. 2769, 12 548 und 12 768, über je 5000 M. Nr. 12 263 und 24 340; preussische Staatsanleihe über je 5000 M. Nr. 50 738, 124 753 und 124 754. Die Verbrechen drangen, nachdem sie den Einbruch verübt hatten, in einen Partiererraum und flohen von dort aus durch das Fenster. Sofort nach Entdeckung des Diebstahls gestern morgen um 8 Uhr wurden die Nachforschungen nach den Dieben aufgenommen. Da zu vermuten war, daß sie von Rallberge-Rüdersdorf aus nach Erkner gegangen waren, um von dort mit einem Vorortzuge nach Berlin zu fahren, wurde der Bahnhof durch Kriminalbeamte besetzt, aber leider ohne Erfolg. Die Diebe sind mit ihrer Beute entkommen. Sämtliche Bankgeschäfte sind von dem dreifachen Raube benachrichtigt und vor dem Ankauf der gestohlenen Wertpapiere gewarnt worden. Da es den Spitzhunden bisher noch nicht gelungen ist, die Papiere zu veräußern, werden sie vermutlich versuchen, dieselben bei Hofmännern oder Kaufleuten zu verpfänden. Es wird dringend um Festnahme von Personen, welche versuchen, die oben genannten Wertpapiere zu lombardieren, ersucht.

Schmargendorf.

Verhaftung eines Schwindlers. Nach einer hier stattgefundenen Verurteilung versuchte gestern ein gut gekleideter junger Mann in einem Hause in der Rixdorferstraße unter Vorspiegelung verwandtschaftlicher Beziehungen von einer Familie des Hauses Geld zu erschwindeln. Er hatte sich über die Verhältnisse der Familie orientiert und es war ihm bereits gelungen, bei der in Wilmsdorf wohnenden Schwiegermutter eine Anleihe zu machen. Glücklicherweise waren die hiesigen Verwandten gewarnt und es gelang, den Schwindler zu verhaften. Derselbe trug eine ansehnliche Summe Geldes bei sich. Auf dem Wege zum Rathaus lief der Verurteilte dem Beamten davon und nach einer kurzen Jagd wurde er von nachziehenden Personen zum Stehen gebracht und gefesselt abgeführt.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl ist in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag im Restaurant „Birchhaus“, Warnemünderstr. 6, verübt worden. Die Diebe, welche vom Eingang des Gartens einbrachen, erbeuteten etwa 1050 Zigarren, 6 Flaschen Bier, 12 Tafeln Schokolade und 5 Würste. Hiermit nicht genügt, öffneten sie ein Bierfach und ein 50 Liter-Rumfach und liehen den Inhalt im Keller auszulassen; den Bierfachboden nahmen die Einbrecher auch noch mit. Von denselben fehlt jede Spur.

Berliner Nachrichten.

Mit der Suche nach Mördern

hat unsere Polizei entschieden Pech. Wir wollen hier gar nicht davon reden, daß noch diese Kapitalverbrecher frei umherlaufen und noch entdeckt werden sollen, sondern nur an den gegenwärtigen Fall Dennig anknüpfen. Man vergewärtige sich diesen Fall. Bei Wannsee wird ein Mann erschossen aufgefunden, eine Schusswaffe liegt nicht dabei. Später wird Selbstmord angenommen und der Mann beerdigt. Es

stellt sich heraus, daß der Beerdigte der in Berlin als vermisst gemeldete Kellner Giernoth ist. Privatpersonen machen die Polizei darauf aufmerksam, daß nach Lage der Sache an einen Selbstmord gar nicht zu denken ist. Die Leiche wird ausgegraben und die Polizei muß nun eingestehen, daß kein Selbstmord, sondern ein Mord vorliegt. Da die Polizei nicht weiß, wer der Mörder ist, machen wieder Privatpersonen darauf aufmerksam, daß in der Gegend von Glienicke sich eine mysteriöse Persönlichkeit herumgetrieben habe, die als Mörder in Betracht kommen könnte. So lernt die Polizei die Persönlichkeit des Mörders kennen, aber hat ihn noch nicht. Wieder finden sich Privatpersonen, die der Polizei mitteilen, daß ein Mann ein Zimmer gemietet hat, der sich nicht recht ausweisen kann und überliefern ihn so gewissermaßen der Polizei. Jetzt hat die Polizei den Mörder, aber — sie läßt ihn wieder entweichen. Einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ soll der Beamte, der Hennig festhielt, erklärt haben, er habe nicht gewußt, daß der Mann den er zur Wache brachte, der Mörder war und da er anständig gekleidet war und ruhig mitging, sei er nicht gefesselt worden, man wollte ihn eben „human“ behandeln.

„Was haben Sie für eine Polizei, Herr Redakteur!“ schreibt uns ein auf der Reise durch Berlin begriffener Herr. Ja, was haben wir für eine Polizei! möchten wir mit dem Einsender fragen. Wenn es sich darum handelt, einen armen Teufel, der sich ein bißchen warmes Mittagessen gebettelt hat, zur Wache zu schieben, kann man oft wahrnehmen, daß ihn ein Schutzmännchen mit dem Riemen am Gelenk nach der Wache bringt, oder wenn es gilt, für ihr Recht kämpfende friedliche Arbeiter in der Ausübung ihres Rechts zu beeinträchtigen, haben wir häufig eine humane Behandlung nicht beobachten können. Denn man bedenkt, wie Streikposten, die sich in Ausübung ihres gesetzlichen gewährleisteten Koalitionsrechts befinden, zur Wache schieben und dort stundenlang festgehalten wurden und die Verhaftung des Mörders Hennig dagegen hält, so kommt man unwillkürlich zu dem Ergebnis, daß bei uns unter Umständen ein Verbrecher bessere Behandlung erfährt, als ein anständiger Arbeiter. Es wird zwar behauptet, die Beamten, die Hennig verhafteten, hätten nicht gewußt, mit wem sie es zu tun hatten. Dagegen spricht aber sehr stark der Umstand, daß die Beamten das Bildnis des Gefangenen bei sich geführt haben sollten. Mag dem aber sein, wie ihm wolle, mit der Mörderfrage hat die Polizei Pech!

Im Anschluß hieran wird berichtet: Gegen die beiden Beamten Pettschack und Wolf, durch deren Schuld Hennig bekanntlich am Dienstag wieder entwichen konnte, wird auf Grund des § 121 des Strafgesetzbuches ein Verfahren eingeleitet. Dieser Paragraph bedroht in seinem zweiten Absatz den, der durch Fahrlässigkeit die Entweichung eines Gefangenen, mit dessen Verhaftung oder Begleitung er beauftragt ist, befördert, mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 M. Gefangener ist dem Beamten gegenüber auch schon der, den der Beamte zur Feststellung des Namens anhält.

Aus der „Medizinisch-Statistik“. Ueber das Rodegift. In neuerer Zeit so vielen Lebensnerven als letztes Mittel dienen muß, finden wir eine Mitteilung in dem das Staatsjahr 1904 behandelnden ärztlichen Bericht des Friedrichshagen-Krankenhaus, den der Magistrat kürzlich veröffentlicht hat. Professor Stadelmann, der ärztliche Direktor der inneren Abteilung, hebt hervor, daß die Zahl der Lysolvergiftungen auffallend zugenommen habe, und zwar handle es sich ausnahmslos um Selbstmordversuche. Im Vorjahre habe er nur über 1 Lysolvergiftung zu berichten gehabt, aus dem letzten Jahre müßte er 23 Fälle aufzählen. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß der ärztliche Direktor nur die eine Hälfte der inneren Abteilung zu versorgen hat, während die andere Hälfte dem dirigierenden Arzt Professor Kronig zugewiesen ist. Kronig berichtet gleichfalls noch über 19 Lysolvergiftungen, doch waren von ihm auch im Vorjahre schon 5 Fälle von Lysolvergiftung behandelt worden, so daß hier die Zunahme nicht so stark hervortritt. Stadelmann hat seinem eigenen Berichte ausführliche Erklärungen beigegeben. „Das Lysol“, sagt er, „ist jetzt Rodegift, und es wäre dringend zu wünschen, daß auch hier Verordnungen erlassen würden, insofern deren es nicht mehr möglich wäre, daß jeder Mensch sich mit Leichtigkeit beliebige Mengen von Lysol verschaffen kann.“ Und dann fügt er hinzu: „Glücklicherweise sind Lysolvergiftungen, wenigstens verhältnismäßig, ungeschicklich. Von den 23 Vergifteten starben nur 6, d. h. circa 25 v. H.“ Diese Nachricht wird manchen der das Lysol bisher für ein gefährliches Gift gehalten hatte, nicht wenig überraschen. Wir möchten aber seinem raten, dieser Statistik blind zu vertrauen und etwa verjuchshalber mal vom Lysol zu nippen. Die oben mitgeteilte Berechnung konnte natürlich nur die Fälle berücksichtigen, die Herrn Professor Stadelmann unter die Finger gekommen waren. Das werden aber vermutlich nicht die schwersten Fälle gewesen sein. Diejenigen Lysoltrinker, die tot aufgefunden wurden, scheiden ja von vornherein aus. Wer sein Ziel erreicht hat, ist der Mühe überhoben, sich noch ins Krankenhaus bringen zu lassen, um dort zu sterben. So erinnert diese Stadelmannsche Statistik ein wenig an jenen berühmten Radweiser, daß in denjenigen Ländern, die von der modernen Lederkultur noch leidlich verschont geblieben sind, Urkundenfälschungen seltener vorkommen als da, wo die nichtsnutzige Kunst des Schreibens Gemeingut werden durfte.

Rehr Schulärzte. Der Ausschuss zur Beratung des Antrages Antrid und Genossen betreffend den Ausbau der schulärztlichen Einrichtung durch Vermehrung der Schulärzte und Einsetzung besoldeter Spezial-, Zahn- und Augenärzte in das Schulärztesystem hat am Mittwoch, den 7. Februar getagt. Der als Magistratskommissar zu den Verhandlungen zugezogene Leiter des schulärztlichen Dienstes Professor Dr. Hartmann vertrat den Standpunkt, daß vorläufig hier in Berlin eine regelmäßige Untersuchung und dauernde Ueberwachung aller Schulkinder, wie es in Wiesbaden und anderen Städten durchgeführt ist, nicht erforderlich sei. Es genüge vollauf, wenn im Rahmen der gegebenen Dienstausweisung die Schulkinder gründlich unter-

